



Argumente

3/2004



100 Jahre Arbeiterjugendbewegung

Beiträge zur Zukunftsdiskussion von links



Magazin

Hart(z) an der Realität vorbei – zum gescheiterten Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung	3
Von Thomas Goger	
Integration statt Ausgrenzung, humane Standards statt „flat rate“ und Lager!	6
Von Antje Trosien	
Was bleibt von der sozialistischen Vision?	9
Von Peter von Oertzen	

Inhaltsverzeichnis

Intro	15
Von Franz Müntefering	
Rede	17
des Juso-Bundesvorsitzenden Niels Annen anlässlich der Jubiläumsfeier „Die Zukunft hat Geburtstag! 100 Jahre Arbeiterjugend“ am 15. Mai 2004 in Berlin	
JungsozialistInnen zwischen Anpassung und Opposition	26
Von Martin Oberpriller	
Working Class Heroes	38
Die Arbeiterjugend wird 100 Jahre alt. Ihre Themen sind so aktuell wie damals. Von Christian Kühbauch	
2004 – Das doppelte Jubiläum: 35 Jahre Linkswende der Jusos	43
Interview mit Loke Mernitzka	
Profile einer Minderheit? Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung	51
Von Martina Naujoks	

Geschichte der Arbeiterjugendbewegung weltweit – eine unvollständige Geschichte!62
Von Kai Burmeister	
Keine, neue, andere, alte Helden? – Die neuen sozialen Bewegungen67
Von Lars Klingbeil	
Herausforderungen für die Zukunft der Jusos76
Von Niels Annen	

Hart(z) an der Realität vorbei – zum gescheiterten Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung¹

Von Thomas Goger

Thomas Goger ist Landesvorsitzender der Jusos Bayern und lebt in Regensburg

Es ist richtig: Der Auseinandersetzung um die Auswirkungen und Folgen von Hartz IV täte auf Seiten aller Beteiligten etwas mehr Detailkenntnis durchaus gut. Richtig ist auch: Inwieweit es angezeigt ist, dass Jusos bei jeder denkbaren Gelegenheit deutlich machen, dass sie eigentlich gegen Hartz IV waren, anstatt sich der aktuellen und noch gestaltbaren politischen Prozesse anzunehmen, erscheint auch eher fraglich. Etwas anderes ist es jedoch, wenn nun Scholz/König den Eindruck vermitteln wollen, dass, obwohl an einigen zentralen Punkten Hartz IV den von den Jusos gehegten Erwartungen an sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik zuwiderläuft, doch eigentlich die positiven Facetten überwiegen würden, zumindest aber eine grundlegende Korrektur des Gesetzespakets „eine komplett illusorische Forderung“ sei. Mit dem angekündigten Versuch einer „sachlichen Auseinandersetzung mit Hartz IV“ hat dies nichts mehr zu tun.

Makroökonomische Betrachtung? Fehlanzeige

Neben den teilweise fatalen Folgen der Reform für die Betroffenen, standen vor allem die makroökonomischen Auswirkungen von Hartz IV im Mittelpunkt der innerparteilichen Debatte. Kern der Analyse der derzeitigen Lage der bundesdeutschen Wirtschaft ist die Erkenntnis, dass die strukturell und andauernd schwächelnde Binnennachfrage die Hauptwachstumsbremse darstellt. Während der Export auch unter weltwirtschaftlich schwierigen Bedingungen immer eine verlässliche Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage war, bleibt die Entwicklung der Binnennachfrage weit hinter dem Notwendigen zurück. Die schwache Binnennachfrage ist weniger Resultat renitenter Konsumverweigerung der BundesbürgerInnen. Vielmehr ist sie direkte Folge zum einen der realen Einkommenslage der Privathaushalte, zum anderen eines politischen Reformdiskurses, der beinahe täglich neue Horrorszenarien und Unsicherheiten für die zukünftige Einkommensentwicklung bereit hält. Die spürbare Absenkung der Höhe der Lohnersatzleistungen für die derzeitigen BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe wird der chronisch schwachen Konjunktur weitere Nachfrage entziehen, ohne dass dies durch eine Nachfragerhöhung bei den derzeitigen erwerbsfähigen SozialhilfeempfängerInnen kompensiert werden würde. Hartz IV ist also ein schnörkelloses Beispiel für die gesetzgeberische Umsetzung der

¹ Scholz/König, „Die gebarzte Nation. Der Versuch einer sachlichen Auseinandersetzung mit Hartz IV“ in: Jusos-Bundesverband, Argumente 2/2004 – Innovationen

1 These, dass das Problem nicht die in Folge einer Nachfrage- und Wachstumsschwäche nicht
 vorhandenen Arbeitsplätze sind, sondern die Erwerbslosen, die aufgrund individueller Ver-
 5 mittelungshindernisse oder Vermittlungsunwillens nicht bereit seien, vorhandene Arbeits-
 plätze auch anzunehmen. Ist es schon schlimm genug, dass Makroökonomie in der gesetz-
 geberischen Umsetzung von Hartz IV keine Rolle gespielt hat, ist es noch viel schlimmer,
 wenn auch Scholz/König auf diese Zusammenhänge mit keinem Wort eingehen. In der
 wirtschaftspolitischen Debatte waren wir schon einmal weiter.

10 **Sachlichkeit erfordert Wahrheit. Wahrheit erfordert Vollständigkeit.**

10 Gleich an mehreren Stellen wird von Scholz/König die sog. Job-Garantie für
 Jugendliche positiv hervorgehoben. Zunächst ist davon die Rede, dass Hartz IV Jugend-
 lichen unter 25 Jahren einen „verbrieften Anspruch auf eine Ausbildung oder eine Arbeit“
 einräumen würde. Erst zwei Seiten später wird klargestellt, dass es sich dabei um einen
 15 „einklagbaren Anspruch auf eine Ausbildung, oder einen Arbeitsplatz oder eine Arbeits-
 gelegenheit mit Qualifizierung“ handelt. In der Praxis wird sich der Anspruch also auf
 eine Arbeitsgelegenheit (sog. Ein-Euro-Job) beschränken. Dabei wird es sich in erster
 Linie um geringqualifizierte Tätigkeiten handeln, die – auch unter Hinzurechnung der
 ALG-II-Leistungen schlecht bezahlt – eher den Weg in eine existenzsichernde Tätigkeit
 20 erschweren werden. Wie die Qualifizierungskomponente dieser Arbeitsgelegenheiten
 aussehen wird, ist – vorsichtig gesprochen – noch offen.

Was von Scholz/König vollständig verschwiegen wird, ist die unerfreuliche Kehr-
 seite der von den AutorInnen geradezu euphorisch begrüßten angeblichen Job-Garantie:
 Während bei Erwachsenen ALG-II-BezieherInnen die Nichtaufnahme einer zumutbaren
 Arbeit oder Arbeitsgelegenheit zu einer stufenweisen Kürzung der Leistung führt, verlie-
 25 ren die Jugendlichen unter 25 ihren Leistungsanspruch sofort komplett. Leistungen für
 Unterkunft und Heizung werden dann nur noch direkt an den Vermieter bezahlt. Bei
 Jugendlichen wird die ideologische Stoßrichtung von Hartz IV so offensichtlich wie sel-
 ten: Jeder der zahlreich und unbegrenzt vorhandenen Arbeitsplätze bzw. jede Arbeitsge-
 legenheiten ist anzunehmen. Wer dies nicht tut, weil er oder sie seinen/ihren individu-
 30 ellen Lebenslauf anders gestalten möchte, verliert den Anspruch auf staatliche Unter-
 stützung. Einem solchen Modell sozialstaatlichen Transfers fehlt jede auf Mündigkeit und
 Selbstverantwortlichkeit setzende emanzipatorische Komponente. Wenn Scholz/König
 wirklich an einer sachlichen Auseinandersetzung gelegen wäre, hätten sie auf diese
 besondere Sanktion für Jugendliche unter 25 Jahren zumindest hinweisen müssen.

35 **Das Konzept der Bedarfsgemeinschaft nicht verstanden**

40 Zunächst bleibt die Haltung der AutorInnen zum Konzept der Bedarfsgemein-
 schaft unklar. Als eine der Grundannahmen von Hartz IV machen Scholz/König aus, dass
 Einkommen und Vermögen in Partnerschaften gegenseitig anrechenbar sind und unter

Umständen den Bezug von ALG II verhindern können. Diese Grundannahmen sind, so heißt es, „nicht nur vernünftig, sondern stellen auch eine Verbesserung für viele Frauen und Mütter dar.“ Wenige Zeilen später wird die Anrechnung von Partnereinkommen in der Bedarfsgemeinschaft dann auf einmal als „Wehrmutstropfen“ bezeichnet und in einen abenteuerlichen Zusammenhang mit dem nahehelichen (!) zivilrechtlichen Unterhalt gerückt. Unabhängig davon, dass die AutorInnen also eine zustimmende und eine ablehnende Haltung zur Bedarfsgemeinschaft gleichermaßen haben, wurde hier offenbar das Konzept der Bedarfsgemeinschaft nicht verstanden.

Es geht nämlich zunächst nicht einmal nur um die Berücksichtigung von Einkommen von Personen, zwischen denen unterhaltsrechtlich relevante Beziehungen bestehen. Auch das Einkommen einer Person, mit der mensch in einer eheähnlichen Beziehung lebt, die unterhaltsrechtlich völlig irrelevant ist, wird berücksichtigt. Auch wenn Verschwägere im Haushalt leben, wird (widerlegbar) vermutet, dass diese die notwendigen Leistungen für den Hilfebedürftigen erbringen. Bei den bisherigen SozialhilfebezieherInnen war dies auch in der Vergangenheit nicht anders, für die ArbeitslosenhilfebezieherInnen handelt es sich um eine drastische Verschlechterung. Wie diese Konstruktion mit dem zentralen Anliegen der Jusos, insbes. Frauen ein selbstbestimmtes Leben ohne Abhängigkeit von meist männlichen Familienernährern zu ermöglichen, unter einen Hut zu bringen ist, bedarf zumindest noch einer ausführlicheren Erklärung. Schlicht Humbug ist die Behauptung, eine Aufhebung der Anrechnung von Partnereinkommen würde „natürlich auch die Rechtsansprüche auf Leistungen nach einer Scheidung zunichte machen“. Zum einen werden von der Bedarfsgemeinschaft auch nichtverheiratete PartnerInnen erfasst, die qua definitionem schon nicht geschieden werden können, zum anderen hat der Unterhalt nach Scheidung wenig mit der während der Ehe bestehenden Unterhaltspflichtung zu tun. Es handelt sich um gesonderte Unterhaltstatbestände. Die (schlicht falsche) Argumentation von Scholz/König trägt also hier eher zur Verschleierung der tatsächlichen Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten der Bedarfsgemeinschaft bei.

Mission not accomplished

Die Aufstellung von Unschärfen in der Darstellung der Hartz-IV-Gesetzgebung und einseitigen Fehlbewertungen ließe sich noch eine ganze Weile fortsetzen. Das selbstgesteckte Ziel, eine sachliche Bewertung von Hartz IV vorzunehmen, die insbesondere die strategischen und taktischen Handlungsoptionen für die nächsten Monate widerspruchsfrei deutlich macht, konnten Scholz/König leider nicht erfüllen. Herausgekommen ist eher eine Apologetik für ein Reformprojekt, das nicht dadurch weniger kritikwürdig wird, dass es mittlerweile im Bundesgesetzblatt steht. Wer Hartz IV „gerecht weiter denken“ möchte, kommt aber nicht darum herum, sich mit der Reform in einer Art und Weise auseinanderzusetzen, die über die Qualität einer Werbebroschüre des Bundespresseamts spürbar hinausgeht.

Integration statt Ausgrenzung, humane Standards statt „flat rate“ und Lager!

Von Antje Trosien

Antje Trosien ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Hersbruck bei Nürnberg

„Europa hat uns aufgegeben, ebe wir überhaupt angekommen sind, dachte sie. Das darf ich nie vergessen, wie auch immer es mir in Zukunft gehen wird. Wie viele von ihnen ertrunken waren, wusste sie nicht, wollte es auch gar nicht wissen. Die Schreie, die abgebrochenen Hilferufe, hallten noch wie ein pochender Schmerz in ihrem Kopf wider. Wie sie da in dem kalten Wasser lag, war sie zuerst von all diesen Rufen umgeben gewesen, die dann jedoch nach und nach verstummt waren. Als sie gegen eine Klippe stieß, war ein Triumphgefühl in ihr aufgestiegen. Sie hatte überlebt, sie war am Ziel. An was für einem Ziel?“

Henning Mankell, Tea-Bag

Ende März 2004 haben sich die europäischen Innenminister auf ihrer Konferenz in Brüssel auf konkrete Regelungen zur Harmonisierung des Asylrechts in der EU geeinigt.

Dieser Schritt war eigentlich schon lange überfällig.

Wir Jusos haben uns von jeher für die Harmonisierung des Asylrechts eingesetzt, zuletzt beschlossen auf dem Bundeskongress in Köln 2001, knüpfen daran jedoch zahlreiche qualitative Anforderungen.

Doch viele der Anfang des Jahres in der Richtlinie getroffenen Festlegungen bestätigen entweder existierende menschenunwürdige Regelungen oder lassen nationale Standards fortbestehen, wo durch die europäische Harmonisierung eine Optimierung für die Rechtslage der Betroffenen Flüchtlinge notwendig gewesen wäre. Leider konnte nur der kleinste gemeinsame Nenner erreicht werden.

- Nach wie vor wird es möglich sein, durch nationale Regelungen den Zugang zu Arbeitsmarkt und Sozialleistungen zu reglementieren.
- Anstatt einige der fortschrittlicheren Regelungen aus anderen Nachbarländern zum gemeinsamen Standard zu erheben, wurde insbesondere auf bundesdeutschen Druck die umstrittene Drittstaatenregelung ohne Einzelfallprüfung durchgesetzt.
- Zudem wurden in der damit verbundenen öffentlichen Debatte wiederholt rechtspopulistische Äußerungen zur Begründung vorgebracht, auch durch Bundesinnenminister Schily, die geeignet sind, bestehende Ressentiments in der Bevölkerung zu verschärfen.

Selbst unter dem verschärften innenpolitischen Druck, der durch geänderte politische Mehrheitsverhältnisse schon die „Zuwanderungsdebatte“ bestimmt hat, sind die Ergebnisse von Brüssel inakzeptabel.

- Rechtsstaatliche Regelungen und Verfahrenswege haben auch für Flüchtlinge und Asylbewerber zu gelten. 1
- Flüchtlinge dürfen sozial- und arbeitsmarktpolitisch nicht wie Menschen dritter Klasse behandelt werden. Dies befördert Stigmatisierung und Ausgrenzung. 5
- Wir fordern eine Harmonisierung ohne Ausnahmen, auf akzeptablen sozialen Standard.
- Keine weitere Verbreiterung von rechtspopulistischen Ressentiments durch Regierungsmitgliedern, um uns nicht im Wahlkampf in den Rücken zu fallen.

Dies ist die aktuelle Position der Jusos zur Frage der europäischen Harmonisierung im Asylrecht. Zu recht kritisch, denn auch von prominenter Stelle werden Bedenken geäußert. 10

„War die Harmonisierung so ehrgeizig und großzügig, wie wir es gerne gehabt hätten? Der Prozess hat sicher nicht die Erwartungen erfüllt, die wir hatten, als wir diesen Weg eingeschlagen haben,“ schreibt zum Beispiel Raymond Hall, der UNHCR-Europadirektor, in der Juli/August-Ausgabe von „Flüchtlinge“. 15

Die europäische Abschottung gegen Flüchtlinge war, zahlenmäßig betrachtet, bisher schon sehr erfolgreich: Die Organisation Pro Asyl meint, dass die Zahlen der Asyl-Antragsteller „in einem bedenklichen Ausmaß zurückgegangen“ seien. Insbesondere Deutschland komme seiner Verpflichtung zur Aufnahme bedürftiger Menschen nicht ausreichend nach. Ausschlaggebend dafür sei einerseits, dass die EU insgesamt immer erfolgreicher den Zugang zum Asylverfahren beschneide. 20

Die Zahl der neuen Asylbewerber in Deutschland ging im gesamten Jahr 2003 auf 50.450 zurück – das ist der niedrigste Stand seit vielen Jahren. Damit sank auch der Anteil der Bundesrepublik an der Aufnahme von Flüchtlingen in der EU, berechnet anhand der Einwohnerzahl der BRD. 25

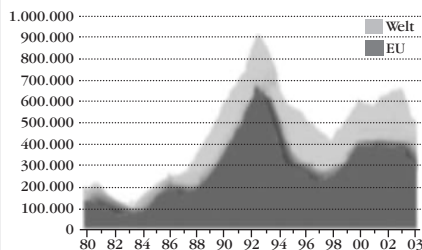
Asylanträge

in EU-Staaten im Jahr 2003, einschließlich der zehn neuen Mitgliedstaaten

Großbritannien	61.050	Luxemburg	1.550
Frankreich	51.360	Portugal	110
Deutschland	50.450	<i>Tschech. Rep.</i>	<i>11.390</i>
Österreich	32.340	<i>Slowakei</i>	<i>10.320</i>
Schweden	31.360	<i>Polen</i>	<i>6.920</i>
Belgien	16.940	<i>Zypern</i>	<i>4.410</i>
Niederlande	13.400	<i>Ungarn</i>	<i>2.400</i>
Griechenland	8.180	<i>Slowenien</i>	<i>1.100</i>
Irland	7.900	<i>Malta</i>	<i>570</i>
Italien	7.280*	<i>Litauen</i>	<i>180</i>
Spanien	5.770	<i>Estland</i>	<i>10</i>
Dänemark	4.560	<i>Lettland</i>	<i>10</i>
Finnland	3.080		

*Daten von 2002.

JÄHRLICHE ASYLANTRÄGE
IN 36 INDUSTRIESTAATEN 1980–2003



1 Vor diesem Hintergrund stellt die Idee des Bundesinnenministers, Asylbewerber in Lagern in Nordafrika aufzubewahren, bis irgendwo in Europa ihr Verfahren entschieden ist, alles bisher Dagewesene in den Schatten.

5 Obwohl – und das trotz der immer noch andauernden Krisen – die Zahl der Asylanträge deutlich oder dramatisch zurückgegangen ist, wird auf die Situation mit billigem Rechts-Populismus reagiert.

10 Richtig ist natürlich, dass eine Lösung für die Gefährdung der „boat people“ gefunden werden muss, die auf unsicheren Booten und mit inkompetentem Schiffspersonal versuchen, nach Europa zu immigrieren. Diese kann aber nicht darin liegen, die „Festung Europa“ endgültig dicht zu machen und Vorschläge zu unterbreiten, die einerseits mangelnde historische Sensibilität bezeugen, andererseits in eindeutigen Widerspruch zum vor nicht allzu langer Zeit beschlossenen Zuwanderungsgesetz stehen. Dort wurden die Verfahrenswege eindeutig definiert, ohnehin schon eingeschränkt. Eine weitere Aushöhung kommt keinesfalls in Betracht.

15 Ich will nicht falsch verstanden werden: wir Jusos haben das Zuwanderungsgesetz, das aus unserer Sicht eher ein Begrenzungs- als ein Einwanderungsgesetz ist, deutlichst kritisiert. Wenn aber nicht einmal mehr diese problematischen Regelungen Bestand haben, sondern auch darüber noch hinausgegangen werden soll, ist das völlig indiskutabel.

20 Für die Betroffenen wäre eine ihren Bedürfnissen angepasste, tolerante Verfahrensweise nötig. In anderen europäischen Ländern, vor allem in Skandinavien, werden in regelmäßigen Zeitabständen illegal eingewanderte sans-papiers mit Aufenthaltsrechten ausgestattet und so legalisiert.

25 Die Bundesrepublik ist, auch wegen der abweisenden Drittstaatenregelung schon lange nicht mehr ein Land, das allzu viele Immigranten und/oder Asylbewerber zu verzeichnen hat. Es liegt auch wohl eher in der fremdenfeindlichen Bewusstseinsbildung, dass einer vergleichsweise kleinen Bevölkerungsgruppe immer wieder mit hysterischen Überreaktionen und Übergriffen begegnet wird. Diese Ausrichtung der offiziellen Politik bereitet ihrerseits den Boden für neonazistische Wahlerfolge, wir brauchen keine Verbotsanträge, sondern Integration und eine rationale Herangehensweise!

30 Erfreulicherweise deuten Medienberichte von Beginn dieser Woche an, dass Schilys Idee auf wenig Gegenliebe stößt, weder bei anderen europäischen Ländern noch bei der Europäischen Kommission und nach Marokko hat sich jetzt auch Algerien deziert gegen dieses Vorhaben ausgesprochen.

35

40

Was bleibt von der sozialistischen Vision?

Von Peter von Oertzen

Peter von Oertzen, geboren 1924, ist Mitberausgeber der spw, Professor für Soziologie, langjähriges Mitglied im SPD-Parteivorstand, Minister a.D., lebt in Hannover

Der sogenannte „reale Sozialismus“ ist bankrott – wirtschaftlich, politisch, moralisch. (...) In dieser (...) Situation ist es nötig, dass wir uns an die ursprüngliche Idee des Sozialismus erinnern – des wirklichen, nicht des „realen“. Es ist die Vorstellung einer Gesellschaft der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Alle diese drei Ideen hängen miteinander zusammen, eine ist ohne die andere nicht denkbar. Aber das Herz des Sozialismus ist die Freiheit. Für die libertäre Strömung der sozialistischen Bewegung; für Anarchisten und Syndikalisten, für Rätekommunisten und Genossenschaftssozialisten war das immer selbstverständlich. Aber auch dem Marxismus geht es um die Freiheit des Einzelnen – ungeachtet aller im Namen von Marx und Engels geübten Unterdrückung. Schon im „Kommunistischen Manifest“ steht der Satz, der Sozialismus sei „eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ – in dieser Reihenfolge wohlgemerkt und nicht umgekehrt.(...)

Kurz gesagt: Im Lichte der ursprünglichen sozialistischen Idee ist die Vorstellung, dass eine erleuchtete Elite, eine leninistische Avantgarde, eine „führende“ Partei – und in ihr ein kleiner Zirkel allmächtiger Spitzenfunktionäre – die Menschen befreien und stellvertretend für sie auf den Weg zum vollendeten Sozialismus führen könne, ein grotesker, schrecklicher Irrtum. Das heißt: Ohne Demokratie, Rechtsstaat und gesellschaftlichen Pluralismus kann es prinzipiell keinen Sozialismus geben.(...)

Der Sozialismus bedarf dieser Grundlagen im besonderen Maße. Ziel des Sozialismus ist es, wie Engels formulierte, den kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer individueller Aneignung aufzuheben, die Produktion nicht mehr am Automatismus der Marktkonkurrenz und dem Maßstab der Profiterwirtschaftung, sondern an den konkreten Bedürfnissen der Menschen auszurichten und damit die scheinbare „Naturgesetzlichkeit“ des Prozesses der Akkumulation und Verwertung des Kapitals außer Kraft zu setzen.

Zu diesem Zweck ist es nötig, die bürgerlich-kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsformen zu sprengen. Anstelle der Verfügung der Kapitalistenklasse über die Produktionsmittel und der kapitalistischen Regelung von Produktion und Verteilung tritt „eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen.“ Dies ist der Sinn der vielberufenen „Vergesellschaftung“ oder „Sozialisierung“ der Produktionsmittel; ihr Ergebnis: „Einerseits direkte gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkte, individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel“. (F. Engels)

1 Es leuchtet unmittelbar ein, dass die Funktionsweise einer solcherart vergesellschafteten Produktion es erfordert, dass alle Gesellschaftsglieder auf der Grundlage freiwilliger Übereinkunft in gleicher Weise an ihr teilhaben. Andernfalls handelte es sich nur wieder um die Herausbildung einer ausbeutenden und unterdrückenden herrschenden Minorität.

5 Die Kooperations- und Organisationsformen des Sozialismus können also nur die einer radikalen rechtlich gesicherten Demokratie sein. Sozialismus ist vollendete Demokratie, Sozialisierung ist mit Demokratisierung identisch.

10 Die praktisch-politische Konsequenz dieser theoretischen Überlegungen ist sehr einfach: Der Sozialismus muss mehr persönliche Freiheit und mehr demokratische Teilhabe (aber auch mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität) schaffen als der Kapitalismus – nicht weniger.(...)

15 Für eine realistische – oder mit Marx gesprochen: „materialistische“ – Theorie des Sozialismus schwebt die Idee des wirklichen, d.h. des demokratischen Sozialismus freilich nicht im historisch luftleeren Raum; sie ist an bestimmte gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden: geschichtliche, kulturelle, politische und – vor allem – ökonomische. Erst wenn die „Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“, sei der vollständige Sozialismus, der Kommunismus, möglich. (Marx 1875) Die Gründe dafür hatte schon der junge Marx formuliert: Die Aufhebung der „Entfremdung“ (der Sozialismus) setze „eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad der Entwicklung“ voraus, was „auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung“ sei, „weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müsste.“ Im Zusammenhang der wissenschaftlichen Kritik der politischen Ökonomie erscheint dieser Gedanke dann als das zwingende Resultat einer differenzierten Analyse: Der Kapitalismus führe „zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein (!!!) die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundlage die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“(...)

30 Wenn denn also der „real existierende Sozialismus“ gescheitert ist, und zwar endgültig und prinzipiell, ist dann nicht doch – trotz aller Berufungen auf die Idee des wirklichen Sozialismus – der „real existierende“ Kapitalismus die einzige Alternative, die uns geblieben ist, zumindest in der Praxis? Die liberal-konservative Herausgeberin der ZEIT, Marion Gräfin Dönhoff – des Linksradikalismus sicherlich nicht verdächtig – hat auf diese Frage eine höchst bemerkenswerte Antwort gegeben: „Die Niederlage des Marxismus bedeutet nicht den Triumph des Kapitalismus“. Mit Nachdruck verteidigt sie die Idee des Sozialismus: Als wirtschaftliches System sei er gescheitert. „Aber als Utopie, als Summe uralter Menschheitsideale: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit für die Unterdrückten, Hilfe für die Schwachen ist er unvergänglich.“ Und sie lässt es bei der idea-

35
40

listischen Proklamation nicht bewenden, sondern richtet ihren Blick auch auf die Wirklichkeit „unserer so erfolgreichen westlichen Gesellschaft“ – in Großbritannien, in Japan, in den USA. Ihre Bilanz ist nicht sehr schmeichelhaft: „Heimsuchungen aller Art ... Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Prostitution, Kürzungen der Sozialprogramme, Steuersenkungen und Budgetdefizit. Sollte dies wirklich die perfekte Gesellschaft sein, die für alle Zeiten über den Sozialismus triumphiert?“ Dem kann man kaum widersprechen. 1
..... 5

Darüber hinaus besteht der Kapitalismus ja beileibe nicht nur aus den relativ befriedeten Wohlstandinseln Nordamerikas, West-Europas, Japans, Australiens und Neuseelands. Der Kapitalismus ist ein Weltsystem, das zunehmend auch die nicht kapitalistischen System des „Realsozialismus“ aufgesaugt hat und weiter aufsaugt; und die Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes produzieren für den weitaus größten Teil der Menschheit alles andere als allgemeinen Wohlstand, von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie ganz zu schweigen. 10

Das gilt schon für die Zentren des reifen, entwickelten Kapitalismus. Da gibt es nicht nur Stockholm und Amsterdam, Stuttgart und Bologna, Toronto und Sidney, sondern auch Sizilien und Kalabrien, Griechenland und Portugal, Nordengland und Schottland; und die Slums der US-amerikanischen Großstädte gehören ebenfalls dazu – ganz zu schweigen von Kalkutta und Nairobi, von Mexiko-Stadt und Rio de Janeiro. Denn – nicht wahr – der Kapitalismus in Lateinamerika wie in Nordamerika, in Afrika wie in Europa, in Indien wie in Japan ist ein und derselbe: Der kapitalistische Weltmarkt ist eine Einheit! Und wer das nicht glauben mag, der lese die Wirtschaftsteile und Börsennachrichten unserer Zeitungen und sehe nach dem guten Stern auf den Straßen aller fünf Erdteile. 15
..... 20

Wir können uns nicht die „guten Seiten“ des Weltkapitalismus herauspicken und die „schlechten Seiten“ der Entwicklungshilfe und den Aktionen „Brot für die Welt“ und „Misereor“ überlassen. Dort in der Dritten Welt verschieben sich übrigens auch die Beurteilungsmaßstäbe im Vergleich der Weltsysteme. Nicht nur im „Realsozialismus“ haben Menschen gelitten und leiden sie. In vielen kapitalistischen Entwicklungsländern ist der Lebensstandard in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur nicht gestiegen, sondern drastisch gesunken. Und noch das wirtschaftlich stagnierende, unter drei Jahrzehnten Diktatur politisch und moralisch erstarrte Kuba hat ein Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem, das turmhoch über jedem anderen Lande Lateinamerikas steht – allenfalls vielleicht mit der Ausnahme des sozialdemokratisch geprägten Costa Rica. Und zurück zur voll industrialisierten Welt: Es ist sehr die Frage, ob nicht der ärmste Bürger der DDR unter dem „Realsozialismus“ immer noch menschenwürdiger gelebt hat, als heute ein arbeitsloser farbiger Jugendlicher (und 50% von ihnen sind arbeitslos) in den Ghettos von New York, Chicago oder Washington lebt. 25
..... 30
..... 35

Und was die Freiheit anbetrifft, so hat der „Realsozialismus“ seine vorgezeigten Ideale zwar auf eine deprimierende und erbitternde Weise verraten; die weitverbreitete 40

1 Meinung, dass Privateigentum und Marktwirtschaft zugleich auch Demokratie und Rechts-
 5 staat garantieren, ist dennoch ein Irrglaube. Wir brauchen gar nicht bis zu Hitler oder
 Franco zurückzudenken. Somoza in Nicaragua, Pinochet in Chile, die südafrikanischen
 Rassisten herrschten oder herrschen über kapitalistische Gesellschaften – und sie waren
 und sind nicht die einzigen dieser Art. Natürlich will jeder intelligente Kapitalist am lieb-
 10 sten sein Eigentum in gesicherter Freiheit genießen und seine Klassenvorrechte in den
 zivilen Formen der parlamentarischen Demokratie ausüben. Aber wehe dem Volk, wenn
 die Alternative lautet: Demokratie ohne Kapitalismus oder Kapitalismus ohne Demokra-
 tie. Noch immer haben sich in der bisherigen Geschichte die herrschenden Klassen des
 Kapitalismus in ihrer Mehrheit für den Profit und gegen die Freiheit entschieden, und
 nur politisch reife und selbstbewusste Völker in gefestigten sozialen Demokratien haben
 sie daran gehindert, praktische Konsequenzen aus dieser Präferenz zu ziehen. Die Außen-
 politik der USA bietet dafür Anschauungsmaterial in Hülle und Fülle.(...)

15 Die entscheidenden Fragen an die Idee des Sozialismus werden in der Regel
 überhaupt nicht gestellt; und wenn es doch geschieht, werden sie an unzutreffende Vor-
 aussetzungen geknüpft oder in falsche Alternativen gezwängt. Dementsprechend gehen
 die Antworten häufig an den Problemen vorbei.

20 Das zentrale Beispiel für diese Deformation der wissenschaftlichen und politi-
 schen Urteilskraft ist die scheinbar unausweichliche Alternative Kapitalismus – bürokrati-
 sche Staatswirtschaft, die auch große Teile der sozialistischen Linken in tiefe Verwirrung
 gestürzt hat. Diese Alternative ist falsch, weil sie unvollständig ist. Eine nicht-bürokrati-
 sche, nicht-zentralistische, nicht-staatsautoritäre, freiheitliche und dennoch nicht kapita-
 listische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist denkbar und real möglich. Die Bedin-
 25 gung ihrer Möglichkeit ist die theoretische und praktische Auflösung der Identifikation
 von Markt und Kapitalismus.

Nun ist in der bisherigen geschichtlichen Wirklichkeit der Industriegesellschaf-
 ten der Markt in der Tat fast ausschließlich in der Gestalt der kapitalistischen Marktwirt-
 schaft in Erscheinung getreten, (die sog. „soziale Marktwirtschaft“ ist nicht mehr als ein
 30 Tarnbegriff für den modernen, sozialstaatlich abgedeckten Kapitalismus.)

Ist diese historische Verbindung aber zwingend notwendig?

Der Markt ist ein – höchst sinnreiches und kunstvolles – System der Ökonomie
 d.h. der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen;
 der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung mit ganz bestimmten grundlegenden so-
 35 zialen Traditionen, Institutionen, Normen, Verhaltensweisen, die das gesamte menschi-
 che Leben prägen und die weit über die Ökonomie im engeren Sinne hinausreichen,
 und die die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmen, unter denen der Markt
 funktioniert: die Eigentumsverfassung, das Erb- und Steuerrecht, den Grad der ökonomi-
 40 schen und sozialen Gleichheit oder Ungleichheit, die Machtstruktur der Gesellschaft

und der politischen Ordnung, das Werte- und Erziehungssystem, kurz das, was in der Sprache der marxistischen Tradition die gesellschaftliche Klassenstruktur genannt wird. 1

Sie ist wie gesagt im Kapitalismus aufs engste mit der Marktwirtschaft verbunden: Die kapitalistische Ökonomie prägt die gesellschaftlichen Strukturen, und diese bestimmen wiederum die Bedingungen für die Ökonomie. Die uns interessierenden zentralen Fragen werden durch diese empirische Feststellung jedoch nicht beantwortet: Kann diese Verbindung aufgelöst werden; ist ein ökonomisches Marktsystem auch unter anderen Gesellschaftsstrukturen als den kapitalistischen möglich; und insbesondere: Ist es zum Funktionieren einer Marktökonomie zwingend erforderlich, dass auch ihre Rahmenbedingungen durch die Gesetze der Marktkonkurrenz geprägt werden oder kann die Gesellschaft auf demokratische und solidarische Art und Weise diese Bedingungen autonom setzen? 5

Diese Fragen führen direkt zum Kern der klassischen Kritik der politischen Ökonomie. „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion“, so schreibt Marx, „ist das Kapital selbst, ist das: dass das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; dass die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.“ Anders ausgedrückt: Die Kritik der kapitalistischen Ökonomie (und Gesellschaft) geht dahin, dass in ihr die wirtschaftliche Tätigkeit nicht an den wirklichen Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, sondern sich in autonomen ökonomischen Prozessen vollzieht, die sich über ihre Köpfe hinweg und hinter ihrem Rücken durchsetzen und die von ihnen nicht gesteuert werden können. 10

Nun ist es seit eh und je – und heute nach dem eklatanten Versagen der bürokratisch-autoritären Staatswirtschaften erst recht – das grundlegende Argument zur Rechtfertigung des Kapitalismus und der Marktwirtschaft, dass die „unsichtbare Hand“ der kapitalistischen Konkurrenz ohne wesentliche gesellschaftliche Steuerung die menschlichen Bedürfnisse am besten befriedigen könne, und dass jeder Versuch einer solchen Steuerung in den ökonomischen und politischen Bankrott führen müsse. Die historische Erfahrung hat uns in der Tat gelehrt, dass in weiten Bereichen der Ökonomie unter den Bedingungen einer komplizierten arbeitsteiligen modernen Industriegesellschaft der Preis- und Qualitätswettbewerb selbständiger Unternehmungen auf dem Markt ein konkurrenzlos sparsames, effizientes, elastisches und bedürfnisgerechtes ökonomisches System der Produktion und Verteilung ist. Aber wäre dieses System nicht auch mit anderen als mit kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen und Rahmenbedingungen vereinbar? 15

Daran, dass diese Frage heute so weitgehend verneint wird, sind die ideellen Traditionen des Sozialismus (einschließlich der Theorien von Marx und Engels) nicht unschuldig. Mehr als ein Jahrhundertlang haben die meisten konsequenten Sozialisten es 20

1 als notwendige Voraussetzung für das ökonomisch-gesellschaftliche System des Sozialismus gehalten, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen und die „Anarchie des Marktes“ durch die „Planwirtschaft“ zu ersetzen. Diese Sicht ist insofern nicht falsch, als sie das Erfordernis ausdrückt, die Ökonomie den individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen unterzuordnen; aber sie ist viel zu oberflächlich.

5 Es ist denkbar und praktisch möglich, solche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die in großen Teilen der Wirtschaft fortbestehende Preis- und Qualitätskonkurrenz selbständiger Unternehmungen nicht mehr Selbstzweck ist.(...)

10 Freilich genügen ökonomische und politische Strukturveränderungen alleine nicht. Ein Prozess des Umdenkens und der daher rührenden Verhaltensänderungen müsste solche Strukturreformen tragen und begleiten. Das ist kein im luftleeren Raum schwebender idealistischer Appell. Die Erkenntnis, dass der bisherige Weg der – kapitalistischen – Entwicklung um des Überlebens der Menschheit willen nicht einfach weitergegangen werden kann, breitet sich aus und reicht bis in die persönlichen Entscheidungen vieler Menschen hinein. Dass Wachstum kein Selbstzweck ist, Konkurrenzkampf nicht der einzige Lebenssinn und Lebensqualität nicht dasselbe wie unbeschränkter Konsum, dass Gesundheit, eine unzerstörte Natur, freie Zeit, dass Schönheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wichtiger werden können als ein unaufhaltsam steigendes Einkommen, ist nicht mehr nur die Überzeugung kleiner utopisch-radikaler Zirkel.(...)

20 *Aus: Peter von Oertzen, Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft. Hrsg. von Michael Buckmüller, Gregor Kritisidis und Michael Vester. Offizin Verlag Hannover 2004, S. 418 ff.*

25

30

35

40

Intro

Von Franz Müntefering

100 Jahre Arbeiterjugend sind Grund zu feiern. Vieles hat sich seit 1904 verändert – einige nennen das Glück, wir nennen das Fortschritt. Die unwürdigen Bedingungen in den Betrieben, denen Lehrlinge vor 100 Jahren ausgesetzt waren, sind zweifelsohne von gestern. Auszubildende heute haben garantierte Rechte, genießen Schutz vor der Willkür ihres Lehrherrn und erhalten tarifvertraglich abgesicherte Ausbildungsvergütungen. Doch nichts kommt von allein und nichts ist von Dauer. Heute wird die Vergütung der Auszubildenden von Politikern der CDU in Frage gestellt und viele Unternehmen entziehen sich ihrer Verantwortung zur Berufsausbildung.

Die Arbeiterjugendverbände und mit ihr die Sozialdemokratie sind es, die sich für die Zukunftschancen der Jugendlichen einsetzen – damals wie heute. Wir wollen, dass kein Jugendlicher von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit fällt. Wir wollen Chancengleichheit im Bildungswesen – der Abschluss der Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Berufschancen für Mädchen und junge Frauen müssen die gleichen sein wie für Jungen und junge Männer. Wir wollen die Jugend von heute so gut wie möglich ausbilden und qualifizieren. Auch, weil wir nur so unsere Rolle als eine der führenden Wirtschaftsnationen behaupten können.

Hierfür ist es wichtig, dass junge Menschen ihre Interessen vertreten und in die Politik einbringen. Es ist wichtig, dass Jugendliche sich in den Betrieben, Schulen und Hochschulen organisieren und den Forderungen ihrer Generation Gehör verschaffen. Für uns als Parteiführung gilt es die Arbeiterjugendverbände und den eigenen Nachwuchs bei den Jungsozialisten zu fördern – und zu fordern.

Die Zeit bei den Jungsozialisten war für viele, die heute an der Spitze der SPD stehen, eine wichtige Schule. Hier wurde viel an politischem Handwerkszeug gelernt. Und manche inhaltliche Position wurde in langen nächtlichen Diskussionen geschärft. Auch das ist ein Beitrag zu politischer Bildung.

Ich erinnere mich noch gut an den Juso-Bundeskongress 1969 in München: Damals haben wir mit der Wahl von Karsten Voigt und dem Bruch mit der bisherigen Juso-Führung auch zur Erneuerung der SPD beigetragen. Viel hat sich seitdem verändert – bei den Jusos selbst, in der Partei und in der Gesellschaft. Für viele Reformen haben



..... 1

..... 5

..... 10

..... 15

..... 20

..... 25

..... 30

..... 35

..... 40

1 die Jungsozialisten wichtige Impulse geliefert: Beim Ausstieg aus der Atomenergie, bei der Durchsetzung einer neuen Friedenspolitik oder bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

5 Die Jusos haben dabei eine wechselvolle Geschichte durchlebt: Von den Anfängen in den Lehrlingsvereinen vor 100 Jahren über die erste Gründungszeit in der Weimarer Republik, im Widerstand gegen die Nazi-Diktatur bis zur Wiedergründung als Arbeitsgemeinschaft in der SPD 1946. Als zunächst eher „brave Parteijugend“ gewannen sie zwar an Bedeutung, aber der innere Reformdruck stieg – bis hin zur sog. Linkswende 1969.

10 Auch danach blieb die Geschichte wechselhaft: Anfang der 1970er Jahre wurden die Jungsozialisten von der Welle der gesellschaftlichen Reformen getragen. Später nahmen interne Auseinandersetzungen mehr und mehr zu. In den 1980er Jahren schließlich begann ein Erneuerungsprozess, der bis heute anhält: Stichworte sind die Feminisierung und die Jugendorientierung in den 80er, die Kampagnen- und Aktionsorientierung in den 90er Jahren bis zur Mitmachorientierung heute, die in den Jungen Teams ihren Ausdruck findet.

15 Dass es dabei zu Auseinandersetzungen mit der Parteiführung kommen muss, liegt in der Natur der Sache. Jugendorganisation zu sein, heißt weiter denken und hin und wieder nicht zu oft und nicht allzu sehr frecher zu sein, als es die Partei erlaubt. Jugendorganisation zu sein heißt auch, sich stetig zu verändern und weiterzuentwickeln. Organisatorischer und politischer Stillstand, gar Blockaden, sind für alle politischen Kräfte gefährlich – für eine Jugendorganisationen aber wären sie tödlich.

20 Partei zu sein, heißt auch Partei zu ergreifen. Für die Jusos heißt das: Partei zu ergreifen für die junge Generation in der Gesellschaft, sich einzusetzen für ihre Interessen: Innerhalb der Partei und außerhalb in Bewegungen, Verbänden und Vereinen. Keine leichte Aufgabe in einer Gesellschaft, die immer älter wird. Daher meine herzliche Bitte: Fallt nicht auf diejenigen herein, die versuchen unsere Gesellschaft in alt und jung zu spalten. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind keine Fragen einer einzelnen Generation, sie sind Fragen der ganzen Gesellschaft. Insofern lasst uns gemeinsam die Zukunft gerecht weiter denken.

25 Mit herzlichem Glückauf!

35 

40 Franz Müntefering
SPD-Parteivorsitzender

Rede

des Juso-Bundesvorsitzenden Niels Annen anlässlich der Jubiläumsfeier „Die Zukunft hat Geburtstag! 100 Jahre Arbeiterjugend“ am 15. Mai 2004 in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste....

Vor einhundert Jahren trieb die Verzweiflung über die schlechten Lebensbedingungen und seine Rechtlosigkeit den jungen Handwerkslehrling Paul Nähring im Berliner Grunewald in den Tod. Sein Selbstmord rief Empörung hervor. Sie erweckte aber auch Kraft und Entschlossenheit, um für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu streiten und sich zu organisieren. Und genau das geschah: Überall in Deutschland bildeten sich Vereine und Verbände junger Lehrlinge. Und die schlossen sich dann zusammen. Das war die Geburtsstunde der Arbeiterjugendbewegung – heute wollen wir sie gemeinsam feiern.

Anrede

Die Arbeiterjugendbewegung besteht bis heute aus vielen unterschiedlichen Organisationen. Diese Vielzahl haben wir immer als Stärke verstanden und ich freue mich hier heute die Vorsitzenden unserer Schwesterorganisation SJD Die Falken, Veit Dieterich und den Bundesjugendsekretär der Gewerkschaftsjugend, Christian Kühbauch begrüßen zu können. Ich denke ihr werdet es mir nachsehen, wenn ich in meiner Rede einen Schwerpunkt auf die Geschichte der Jusos legen werde.

Heute, hundert Jahre nach dem Freitod von Paul Nähring haben Jugendliche in diesem Land verbrieft Rechte. Sie können sich gewerkschaftlich organisieren, bekommen eine Ausbildungsvergütung und verfügen mit 18 Jahren über das allgemeine und



..... 1

..... 5

..... 10

..... 15

..... 20

..... 25

..... 30

..... 35

..... 40

1 freie Wahlrecht. Wir sind stolz darauf, dass die Jugend dies heute als das ansieht, was es
lange Zeit nicht war: Eine Selbstverständlichkeit. Wenn aber heute die CDU fordert, die
Ausbildungsvergütung drastisch zu kürzen, dann zeigt dies nur, dass es nicht ausreicht,
auf das Erreichte stolz zu sein. Wir müssen es täglich aufs Neue verteidigen.

5 Die Arbeiterjugendbewegung wuchs rasch. Und sie wurde für viele Jugendliche
zu einer zweiten Heimat. Es ging nicht nur um die große Politik, auch die gemeinsame
Gestaltung der Freizeit war wichtig. Die Festigung des eigenen Milieus, durch gemeinsa-
me Wanderung, Zeltlager – ja bis hin zum proletarischen Fahrradfahren und Briefmar-
kensammeln – war eine große Stärke der Arbeiterjugendbewegung. Sie festigte das Zu-
sammengehörigkeitsgefühl derer, die von der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen
10 wurden. Willy Brandt beschreibt dies in seinem Buch „Links und Frei“: „Mir hat die Ju-
gendbewegung viel bedeutet: Durch die Gemeinschaftserlebnisse, wohl auch als Famili-
enersatz und gewiss als Boden persönlicher Erprobung. Aus ihren Reihen gingen später
viele der Menschen hervor, denen später eine besondere politische Verantwortung an-
vertraut wurde. (...) Die Gruppen boten denen, die aus beengten Verhältnissen kamen
15 auch eine neue Art von Zuhause: mit Heimabenden und Zausestunden, bei Gesang und
Volkstanz, auf Fahrten und am Lagerfeuer.“

Allerdings wurde diese Stärke zu einer Schwäche, als sich die Gesellschaft,
nicht zuletzt durch die Erfolge der eigenen Politik veränderte. Die SPD entschied sich
20 nach 1945 für den Weg zur Volkspartei. Sie öffnete sich für andere Schichten und verän-
derte damit auch ihre Jugendorganisation.

Die politischen Voraussetzungen im Kaiserreich waren schwierig. Die Reaktion
sah in dem Versuch von Jugendlichen, sich zusammenzuschließen zu Recht ein subver-
sives Unterfangen und tat alles, um die neuen Vereine zu zerschlagen. Aber auch in der
SPD selbst, stieß die Initiative der Jungen keineswegs nur auf Gegenliebe. Im Gegenteil:
25 Sie wurden misstrauisch beäugt. Der Konflikt über die Frage nach der Organisation der
Jugend stellt bis heute eine Konstante in unserer einhundertjährigen Geschichte dar.

Als der Kaiser 1908 ein neues Vereinsgesetz erließ, dass Jugendlichen unter 18
Jahren eine politische Betätigung untersagte, wurden die Vereine der Arbeiterjugend auf-
gelöst und organisatorisch unter dem Dach der Partei zusammengefasst.
30

Verhältnis zur Partei

Nach Ende des ersten Weltkrieges mussten die Strukturen mühsam wieder auf-
gebaut werden. Als Friedrich Ebert 1919 Reichspräsident wurde, hatten sich viele tausend
35 junger Mitglieder bereits vom Kurs des Parteivorstandes verabschiedet. Die Sozialistische
Arbeiterjugend unter ihrem Reichsvorsitzenden, dem späteren SPD-Chef Erich Ollen-
hauer, entwickelte keine ausreichende Integrationskraft, um die Spaltung zu verhindern.
Die Jungsozialisten, die die 18-25jährigen organisierten, forderten Ende der 20er Jahre
40 eine härtere Gangart der SPD gegenüber den erstarkenden Nationalsozialisten ein. Die

zunehmende Radikalität ihrer Jugend beantwortete die SPD 1931 mit einer drastischen Maßnahme: Sie löste die Jungsozialisten auf. 1

Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass die Parteiführung zu repressiven Maßnahmen gegenüber ihrer Jugendorganisation griff. Klaus Uwe Benneter kann darüber sicher lebhaft berichten. Sein Ausschluss aus der SPD 1977, wegen mangelnder Abgrenzung zu kommunistischen Organisationen sollte die Jusos disziplinieren. 5

Nicht verschweigen sollte man an dieser Stelle, dass es sich die SPD leistete, zwei ihrer Studierendenverbände, den SDS und den SHB zu verstoßen. Den Aufstieg der Grünen und damit den Verlust fast einer ganzen Generation hat die SPD mit solchen Entscheidungen leider mit befördert. 10

In der Auseinandersetzung mit der Politik der Regierung Schmidt trieben die Jusos nicht nur den eigenen Kanzler das ein oder andere Mal zur Weißglut, sie trieben auch die programmatische Erneuerung der SPD voran. Die Forderungen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und nach dem sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft wurden zu Forderungen der gesamten Partei. Die Ablehnung des NATO Doppelbeschlusses machte die SPD Jugendorganisation für die Friedensbewegung zu einem glaubwürdigen Partner. Die Reibungen mit der Partei waren also keineswegs nur destruktiven Charakters. Ohne den Einsatz der Jusos hätte die SPD so manche gesellschaftliche Entwicklung schlicht verschlafen. 15

Das Verhältnis der Jusos zur Partei allerdings blieb schwierig. Und es war auch innerverbandlich stets ein Diskussionsthema: Wie weit kann man in der Kritik an den eigenen Leuten gehen? Was ist die richtige Strategie? In manchen Situationen wurde sogar darüber diskutiert, ob die Jusos sich bei Wahlen für die Sozialdemokratie einsetzen könnten. 20

Der sogenannte Asylkompromiss mit der Kohl-Regierung 1993 stellte den Verband vor eine Zerreißprobe. Insbesondere nach den Gewalttaten gegen Asylbewerber stieß die Position der Parteiführung, mit der Union einen Kompromiss zu suchen, bei den Jusos auf erbitterten Widerspruch. Aber auch viele SPD-Gliederungen lehnten die Haltung von Björn Engholm und anderen ab. Die Jusos entwickelten auf einem turbulenten außerordentlichen Bundeskongress in Bonn eine eigene Losung: „Engholm geht, wir bleiben“ lautete das Motto, mit dem vermutlich viele tausend Mitglieder überzeugt werden konnten, der Partei nicht den Rücken zu kehren. 30

Auch die Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung sich am Kosovo-Krieg zu beteiligen wurde von den Jusos heftig kritisiert. Eine Kommission des Parteivorstands zu den Hintergründen des Kosovo-Krieges sollte später die Position der Jusos bestätigen: Der Einsatz der Bundeswehr war völkerrechtswidrig. 35

2. Weltkrieg

Doch diese Fragen spielten im Januar 1933 noch keine Rolle. Mit dem Beginn der nationalsozialistischen Terrorherrschaft verteidigten junge Sozialisten die Demokratie. 40

1 Im Gegensatz zu den bürgerlichen und liberalen Parteien, stimmten die Sozialdemo-
 5 kraten als einzige Fraktion am 23.3. geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz. In sei-
 10 ner letzten Rede begründete Otto Wels eindrucksvoll diese Entscheidung. Kurz darauf,
 15 am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Aber trotz der Einschüchterungen und dem
 20 Terror bestand die Sozialistische Bewegung weiter. Und viele junge Genossen vertei-
 25 digten unter schwierigsten politischen und persönlichen Bedingungen ihre Überzeu-
 30 gungen.

35 Schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik stellten die ehemaligen SAJ
 40 und Juso-Mitglieder einen Großteil des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Tausende unse-
 45 rer Genossen mussten ins Ausland fliehen und setzten von dort, wie der junge Willy
 50 Brandt in Norwegen ihre Arbeit fort. Auch die nächste Etappe seines Exils ist symbolhaft
 55 für viele. Brandt begibt sich in das republikanische Spanien, wo er den Kampf gegen die
 60 frankistischen Truppen unterstützt. Ein letzter, wie wir heute wissen, vergeblicher Ver-
 65 such den Vormarsch des Faschismus in Europa zu stoppen.

70 Viele junge Sozialisten ließen im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben. Ich
 75 möchte an dieser Stelle stellvertretend für alle anderen aus dem „Buch der Erinnerung“
 80 des SPD Parteivorstandes das Schicksal des jungen Willy Arons verlesen:

85 Willy Aron

90 Geb. 3. Juni 1907 in Bamberg

95 Gest. 13. Mai 1933 im Konzentrationslager Dachau

100 Im Alter von 14 Jahren trat der Sohn eines jüdischen Justizrates 1921 in die
 105 Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) ein. Willy Aron studierte Jura in Erlangen und Würz-
 110 burg und zählte zu den Aktivisten der SAJ in Bamberg und den Mitbegründern des
 115 „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, dessen Gauleitung er als Referendar übernahm. An-
 120 fang März 1933 kam Willy Aron in „Schutzhaft“, weil er öffentlich geäußert hatte: „Die
 125 Nazis haben den Brand im Reichstag selbst gelegt.“ Er wurde in das Konzentrationslager
 130 Dachau überführt. Nach zwei Tagen schwerster Misshandlungen auf dem Appellplatz
 135 starb Willy Aron am 13. Mai 1933. Seine Leiche wurde in einem Schuppen verbrannt. Die
 140 Eltern Arons kamen 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt um.

145 Wir werden Willy Aron und seine Genossinnen und Genossen niemals vergessen.

150 Internationale Solidarität

155 Internationalismus gehörte von den ersten Tagen der organisierten Arbeiterbe-
 160 wegung zu den Grundsätzen unserer Politik. Über viele Generationen hinweg haben die
 165 Jusos dazu beigetragen, junge Menschen für die Probleme zwischen Nord und Süd zu
 170 sensibilisieren. Neben konkreten Projekten wie Spendensammlungen für Nicaragua ge-
 175 hört bis heute der direkte Kontakt zu unseren Genossinnen und Genossen überall auf
 180

der Welt dazu. In der Sozialistischen Jugendinternationalen IUSY und in der ECOSY übernehmen Jusos auch personell Verantwortung. Dass bei unserer Feierstunde junge Sozialisten aus vielen europäischen und außereuropäischen Ländern anwesend sind, zeigt, dass Internationalismus für uns keine Phrase geblieben ist. 1

Aber auch dies ist wahr: International lebt die SPD in vielen Bereichen nur noch von der Substanz. Bis heute überdeckt der Name Willy Brandt, dass sich unsere Partei insbesondere im Bereich der Dritten Welt nicht mehr mit der gleichen Energie engagiert wie früher. Dabei bietet die Debatte um die demokratische Gestaltung der Globalisierung gerade den Gliederungen der SPD die Möglichkeit, die Internationalität unserer Bewegung zu leben. Dieses Potential sollten wir stärker nutzen. Gleichzeitig könnten wir so die Diskussion mit den sozialen Bewegungen intensivieren, deren Arbeit insbesondere von jungen Menschen getragen wird. 5

1946

Als die Jusos 1946 als Arbeitsgemeinschaft wiedergegründet wurden, bestimmten zunächst heimgekehrte Frontsoldaten das Bild der Organisation. In der sowjetischen Zone dominierte schon bald die Freien Deutsche Jugend. Im Westen waren die „Jusos“ ein parteitreuer Jugendverband, der dadurch auffiel, dass er eben nicht auffiel. Es war der SPD-Parteivorstand, der den Vorstand einsetzte und einen Zentralsekretär bestimmte. (Ich habe etwas gezögert diesen Teil in Anwesenheit des Parteivorsitzenden zu sagen – ich hoffe es kommt niemand auf dumme Gedanken?) 15

Der erste Zentralsekretär, Hans Hermsdorf, der vor seiner Flucht in den Westen in Chemnitz gegen die Vereinigung zwischen SED und KPD gekämpft hatte, war ein treuer Gefolgsmann Ollenhauers. Die Jusos sollten dem Parteiapparat dienen. Eigenständige Politik stand nicht auf der Tagesordnung. Dies änderte sich erst, als Hans-Jürgen Wischnewski 1959 von Werner Buchstaller die Führung der Jusos übernahm. Er bestand auf eine demokratischen Wahl. Und so wurde der erste Juso Bundesvorsitzende gewählt. Ich freue mich sehr, dass sowohl Hans-Jürgen, als auch sein Nachfolger im Amt, Holger Börner heute bei uns sind. 20

Die 60er Jahre veränderten die Republik. Viel ist darüber geschrieben worden und viele der Akteure von damals sind die Akteure von heute. Ende der 60 Jahre erschütterte die Studentenbewegung die im Mief der 50er Jahre verharrende Bundesrepublik. Tausende junger Menschen begannen sich für die Demokratisierung der Gesellschaft zu engagieren. Und viele von ihnen trafen eine Entscheidung über deren Tragweite sich nicht alle bewusst waren: Sie traten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. 30

Demokratie

Das Motto von Willy Brandts Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen“ hat für uns Jusos bis heute Gültigkeit. Dafür steht der Einsatz der 68 für eine umfassenden 40

1 de Demokratisierung der Gesellschaft. Dafür steht das Engagement unzähliger Jusos in
 Schüler- und Studierendenvertretungen und dafür steht der Kampf für die Gleichbe-
 5 rechtigung von Männern und Frauen. Aber auch der Anspruch an die eigene Partei, die
 Spielregeln der innerparteilichen Demokratie einzuhalten, ist aktueller denn je. Die De-
 10 batte um die Agenda 2010 und der Versuch, innerparteiliche Willensbildung über die Me-
 dien und sogenannte „Machtwörter“ zu umgehen ist uns noch in frischer Erinnerung. Es
 geht bei der Frage der innerparteilichen Demokratie ja nicht nur um die Rechte eines
 Teils der Partei, sich zu artikulieren. In Wirklichkeit stellt sich damit eine existentielle Fra-
 ge für die SPD als Volks- und Mitgliederpartei: Wer entscheidet in Zeiten der Medien-
 15 demokratie? Scheitern wir vor der Aufgabe, unseren Mitgliedern und ihren gewählten
 Vertretern wirkliche Entscheidungskompetenz einzuräumen, wird die SPD als Mitglieder-
 20 partei auf Dauer unattraktiv. Ich bin überzeugt: als reiner Wahlverein hat die Sozialde-
 mokratie keine Zukunft.

Die Zeit der Jusos als braver Verbund parteitreuer Nachwuchspolitiker neigte
 15 sich seinem Ende entgegen. Schon auf dem Bundeskongress 1969 in München verfügte
 der bisherige Vorsitzende Peter Corterier über keine Mehrheit mehr. Sein Nachfolger sitzt
 hier heute in der ersten Reihe: Mit der Wahl von Karsten Voigt leiteten die Delegierten
 die legendäre „Linkswende“ der Jusos ein. Dies war die Geburtsstunde des modernen
 20 Juso-Verbandes. Der Anspruch, als eigenständiger Jugendverband die Interessen der Ju-
 gend zu artikulieren und wenn nötig auch im Konflikt mit der Mutterpartei durchzuset-
 zen, hat bis heute Gültigkeit. Die damals entworfene Doppelstrategie für die Arbeit in
 sozialen Bewegungen und innerhalb der Partei, gehört noch immer, trotz einiger Modi-
 fikationen, zum Selbstverständnis unseres Verbandes.

Und die neue Strategie hatte Erfolg: Das politische Gewicht der Jusos stieg und
 25 der Verband wurde größer. Gleichzeitig verschärfte sich der Konflikt um den richtigen
 Kurs. Die Auseinandersetzungen um die richtige Strategie zur Überwindung des Kapita-
 lismus führten zur Bildung von verschiedenen politischen Flügeln. Noch 1989, als ich in
 die SPD eingetreten bin, konnte man sich ohne einen Grundkurs in „Verbandsgeogra-
 30 phie“ schwerlich in unserer Arbeitsgemeinschaft zu Recht finden. Und gemeint war da-
 mit nicht nur das Grundwissen über die verschiedenen Theorien.

Ich weiß nicht, ob ich noch alle Gruppierungen zusammenbekomme, die mir
 in meinen mittlerweile 15 Mitgliedsjahren untergekommen sind (Mehrfachnennungen
 sind wegen gelegentlicher Umstrukturierung möglich): Stamokaps, Refos, Undogs, Anti-
 35 revis, Göttinger, Hkler, Juso-Linke, Duisburger, Y, Koblenzer Kreis, Karfreitagsrunde,
 Bonner Runde, Nord-Linke, Netzwerk linkes Zentrum...

Es ging auch die richtige Zuordnung der Strömungen zu Bezirken und Landes-
 verbänden. Denn nicht immer waren Vertreter des „Hannoveraner Kreises“ auch in Han-
 40 nover zu finden. Und wer Ende der 80er am Niederrhein nach „Duisburgern“ suchte
 wurde fast immer enttäuscht.

Die Strömungsauseinandersetzungen waren für Außenstehende schon bald nicht mehr nachzuvollziehen. Auf der einen Seite haben die zum Teil abenteuerlichen Formen der Auseinandersetzung bei einigen Beteiligten bis heute Wunden hinterlassen. Auf der anderen Seite denke ich aber auch, dass der Parteienforscher Franz Walter nicht ganz Unrecht hat, wenn er schreibt:

„Alle großen Sozialdemokraten sind in solchen innerparteilichen Religionskriegen gestählt worden: ob Lassalle oder Bebel, Brandt oder auch (...) Schröder, der damals stolz darauf war, zu den besonders entschiedenen Antirevisionisten unter den Jungsozialisten zu gehören. Offenkundig sind solche Exaltiertheiten und wüsten Diskussions-schlachten gar keine schlechte Schule für eine später erwachsene und reife Führung.“

Personelle Kontinuität

„Frecher als die Partei erlaubt“ – dieser Titel einer Juso-Kampagne der 80er spiegelt bis heute unser Selbstverständnis wieder. Die Jusos verorten sich spätestens seit dem Kongress 1969 in München auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Aber was hieß es 1969 links zu sein? Und was bedeutet es heute? Diese Fragen haben Juso-Kongresse in unzähligen Strategiediskussionen zur jeweiligen Zeit unterschiedlich beantwortet. Aber nie ist die Antwort ohne einen klaren Bezug zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – ausgefallen. Mich interessiert, welche Bedeutung die aktive Juso-Zeit eigentlich für die handelnden Personen und ihren jeweiligen Lebensweg gehabt hat. Wir werden dazu später Gelegenheit haben.

Unser Verband hat über viele Jahre politische Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geprägt. Wer sich einmal die Mühe macht und die Namen der Juso-Vorstände der letzten 58 Jahre durchblättert, wird auf viele vertraute Namen stoßen und sicher einige Überraschungen erleben. Alle haben sie Politik bei den Jusos erlernt. Nicht alle sind in der Politik geblieben. Aber prägend dürften die Jahre in der sozialistischen Jugend für alle gewesen sein. Ich hoffe, dass wir Jusos heute dazu beitragen können, eine Form der Auseinandersetzung untereinander zu entwickeln, die uns auch in fünfzig Jahren einen zufriedenen Blick zurück erlaubt. Denn dieselben zermürbenden Kämpfe wie sie die Jusos in der Vergangenheit häufig praktiziert haben, können und dürfen wir uns nicht leisten.

Ostdeutschland

Man kann sich also in etwa vorstellen, wie schwierig es nach 1989 für die ostdeutschen Genossinnen und Genossen gewesen sein muss, sich nach der Gründung der „Jungen Sozialdemokraten“ in der DDR in einem gemeinsamen Verband zurecht zu finden. Und trotz einiger Geburtswehen gelang dieser Prozess. Auf dem Bundeskongress 1991 wurde in Potsdam die Vereinigung zu einem gesamtdeutschen Juso-Verband voll-

1 zogen. Im Vorsitz folgte Ralf Ludwig auf Susi Möbbeck und der bisherige Vorsitzende der
 Jungen Sozialdemokraten, Arne Grimm wurde zu einem seiner Stellvertreter gewählt. In
 der ebenfalls in Potsdam beschlossenen und noch immer gültigen Grundsatzerklärung
 bekennen sich die Jusos zu ihren sozialistisch-feministischen Wurzeln.

5

Frauen

Wer es heute wagt, einen Blick auf die Wahlergebnisse der SPD zu werfen, der
 stellt fest, dass berufstätige, junge Frauen zu unseren treuesten Unterstützerinnen zählen.
 Dies ist kein Zufall. Denn junge Frauen haben schon früh selbstbewusst das Bild der
 Jusos und damit die politische Agenda mitbestimmt: Von unserer ersten Vorsitzenden
 10 Heidemarie Wiczorek-Zeul bis zu Andrea Nahles.

Und dennoch müssen wir feststellen, dass die hoch gesteckten Ziele der Frau-
 enbewegung auch innerhalb der SPD noch lange nicht erreicht sind. Wir feiern in die-
 sem Jahr nicht nur hundert Jahre Arbeiterjugendbewegung, wir erinnern auch an die
 15 Einführung der Frauenquote bei den Jusos vor 20 Jahren. Für uns Jusos und für die SPD
 wird die Zukunftsfähigkeit entscheidend davon abhängen, ob wir es schaffen, unseren
 Verband für junge Frauen wieder attraktiver zu machen: In seinem Selbstverständnis, sei-
 ner Arbeitsweise und in der Berücksichtigung frauenspezifischer Sichtweisen in allen
 Politikfeldern. Die Quote, die bei den Jusos in ihrer „harten Form“ bis heute praktiziert
 20 wird, bleibt dafür ein nicht hinreichendes, aber notwendiges Instrument.

Anrede

Meine Juso-Generation ist wie kaum eine andere von der Erfahrung in sechs-
 zehnjährigen Jahren Helmut Kohl geprägt worden. Bis 1998 kannten wir keinen anderen Kanz-
 25 ler als den „Dicken“. In diesen Jahren diskutierten Jusos u.a. über die Zukunft der Arbeit
 und verkündeten „Schluss mit der Enkelpartei“. Immer wieder standen auch die eigenen
 Arbeitsformen im Mittelpunkt. „Kampagnenorientierung“ hieß das Stichwort, das zu
 intensiven Diskussionen und Auseinandersetzungen führte. Die Forderung einer Ausbil-
 dungsplatzumlage wurde, wie ich inzwischen nicht ohne Genugtuung sagen kann – zum
 30 lebendigen Beispiel für eine erfolgreiche Kampagne und Andrea Nahles verlieh den Jusos
 eine neue, selbstbewusste Stimme.

Jusos heute – solidarisch, praktisch, gut – das alles sind wir.

Demokratie braucht Partei, Engagement und Partizipation an Entscheidungen.
 35 Angesichts der demografischen Entwicklung geht es nicht um ein gegeneinander der
 Generationen. Aber ein erfolgreiches „Miteinander“ setzt Teilhabe der Jugend an poli-
 tischen Prozessen voraus. Die anhaltende ökonomische Krise, aber auch der sich radikal
 verändernde Kapitalismus fordern von uns andere Formen der Jugendsprache und
 40 Organisation von Politik. Diese zu entwickeln, wird eine zentrale Aufgabe der Jusos in

den nächsten Jahren sein. Aber auch die SPD muss erkennen, dass sie sich engagierter um den eigenen Nachwuchs kümmern muss. Wir können es uns heute buchstäblich nicht mehr leisten, Ressourcen zu vergeuden und engagierte junge Leute links liegen zu lassen. 1

Dass die Jusos heute keinesfalls, wie Gabor Steingart vom Spiegel schreibt unbedeutend sind, hat auch etwas mit der „Agenda“ zu tun, die mein Vorgänger Benjamin Mikfeld in zähem Ringen bei den Jusos durchsetzen konnte. Die Bedingungen für die eigene Arbeit hatten sich dramatisch verändert und die Jusos mussten „Neue Zeiten denken“. Sie waren plötzlich der Jugendverband der Regierungspartei. Wichtige Entscheidungen mussten getroffen werden, und so mancher wollte dies nicht wahr haben. 5

Junge Menschen machen heute anders Politik, als die Jusos vor 20 Jahren. Ich habe in den letzten Jahren von vielen Altvorderen häufig Sätze gehört wie „damals waren wir Jusos aber radikaler“. 10

Ich glaube nicht das dies stimmt. Offen gesagt: Die politischen Ausdrucksformen der Studentenrevolte sind 36 Jahre nach 1968 in der heutigen Gesellschaft kein ausreichend wirksames politisches Instrument mehr. Meine Generation und vor allem diejenigen, die heute zum Teil schon mit 14 Jahren zu den Jusos stoßen, werden ihre eigenen politischen Ausdrucksformen entwickeln müssen. Es ist einfach zu beklagen, dass sich heute, in einer Zeit in der Parteien und Politik insgesamt als diskreditiert gelten, zu wenige Jugendliche für sozialistische Politik zu engagieren. Etwas dagegen zu tun ist manchmal mühsam. Aber unsere Geschichte zeigt: es lohnt sich! 15

Vieles ist in den vergangenen hundert Jahren erreicht worden. Aber schon ein Blick in die Tageszeitung zeigt, dass unser Einsatz für eine gerechtere Welt nicht zu Ende ist. Der alte Ruf der Arbeiterjugend „Dem Morgenrot entgegen!“ beschreibt das Zutrauen auf die eigene Stärke, die unsere Bewegung von den ersten Tagen an geprägt hat. Wenn wir, wie es bei Willy Brandt heißt „auf der Höhe der Zeit“ bleiben, haben wir allen Grund zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. 20

..... 30

..... 35

..... 40

JungsozialistInnen zwischen Anpassung und Opposition

Von Martin Oberpriller

Martin Oberpriller (36) ist Historiker und Journalist; Autor des Buches: Jungsozialisten zwischen Anpassung und Opposition. 100 Jahre Arbeiterjugendbewegung. Dietz-Verlag

1. Arbeiterjugendbewegung bis 1945

Das Letzte, das der 15-jährige Schlosserlehrling Paul Nähring in seinem kurzen Leben sah, waren die Bäume im Berliner Forst Grunewald. Am 3. Juni 1904 beging der junge Mann Selbstmord, weil er die ständigen Misshandlungen und Demütigungen durch seinen Meister nicht mehr länger ertragen konnte.

Nun war es sicher nicht so, dass alle der rund vier Millionen arbeitenden Mädchen und Jungen zwischen 14 und 18 Jahren im Deutschen Reich um die Jahrhundertwende derart schlecht behandelt wurden wie Nähring. Aber trotzdem: Der ungeheure industrielle Aufschwung, der nach der Reichsgründung von 1871 eingesetzt hatte, war vor allem an den jugendlichen Proletariern weitgehend vorbeigegangen. Zumindest wenn es darum ging, die jungen Arbeiter und Lehrlinge am wachsenden Wohlstand teilhaben zu lassen. Im Gegenteil: Der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat trat wohl keiner anderen sozialen Gruppe derart unverhohlen als Klassenstaat entgegen wie dem proletarischen Nachwuchs. Die Lehrzeiten wurden zum Beispiel auf bis zu sechs Jahre erhöht, um die Handwerksmeister möglichst lange in den Genuss billiger Arbeitskräfte kommen zu lassen. Arbeitszeiten von bis zu 18 Stunden täglich waren keine Seltenheit.

In diesem Klima schwerer materieller Ausbeutung wirkte der Tod Paul Nährings im Frühsommer 1904 wie ein Fanal. Nachdem es bereits in den Jahren zuvor nicht an Versuchen gemangelt hatte, eine eigenständige sozialistische Jugendbewegung auf die Beine zu stellen, entwickelten sich nun in der Folgezeit verstärkte Anstrengungen, den Jugendlichen zu einer speziellen Organisation zu verhelfen. Dabei war es allerdings kein Zufall, dass die Gründungsentwicklungen an zwei Orten gleichzeitig einsetzten. In Berlin und in Mannheim konstituierten sich im Herbst 1904 zwei unterschiedliche Verbände, die in den folgenden Jahren sowohl in Nord- als auch in Süddeutschland an weiteren Orten mehrere tausend Mitglieder gewinnen konnten.

Womit hing diese parallele Entwicklung zusammen? Nun, im preußischen Norden schränkte das so genannte Vereinsgesetz den Handlungsspielraum ein. Denn hier war es Jugendlichen unter 18 Jahren verboten, eigenständige politische Vereinigungen zu gründen. Dementsprechend verlegten sich die Norddeutschen in ihrer Arbeit auf allgemeine soziale Themen und mussten peinlich genau darauf achten, ja nicht in den Verdacht zu geraten, das politische Geschäft der marxistischen Sozialdemokratie zu betrei-

ben. Etwas anders, liberaler lagen die Dinge im Süden. Bis hierhin, nach Baden-Württemberg und in die bayerische Rheinpfalz reichte der restriktive Griff des preußischen Vereinsgesetzes nicht. Und darum konnte der Mannheimer Verband nach seiner Gründung viel offener Partei für die SPD ergreifen und sich aktiv in die Richtungsauseinandersetzungen der damaligen Sozialdemokratie einmischen. 1
..... 5

Das klang zunächst einmal gut, da es in Zeiten zunehmender Hochrüstung für die Jugendlichen durchaus angezeigt erschien, sich zum Beispiel in der Militarismuskussion zu engagieren. Immerhin stellte der proletarische Nachwuchs die Mehrheit der Rekruten in einer Armee, die ganz offenkundig auch zur Abwehr der eigenen Klasseninteressen eingesetzt werden sollte. Doch jenseits dieses objektiven Tatbestandes begaben sich die Süddeutschen auf politisch vermintes Terrain. Denn auch innerhalb der Sozialdemokratie war die Gründung spezieller Jugendverbände lange umstritten gewesen, und auch nach 1904 überwog bei vielen Genossen – zumal in den Freien Gewerkschaften – die Skepsis gegenüber den nun organisierten Jugendlichen. Kurz und schlecht: Der süddeutsche Jugendverband machte sich in dem Maße angreifbar, in dem er im Militarismusstreit Stellung bezog und sich so auf die Seite der Parteilinken begab. 10
..... 15

Als die Reichsregierung dann 1908 ein für ganz Deutschland einheitliches Vereinsgesetz im Reichstag durchbrachte, das sich in seiner tatsächlichen Ausgestaltung fatal an das alte preußische Gesetz anlehnte, befanden sich die sozialdemokratisch orientierten Jugendverbände in einer Falle, aus der es in der Folgezeit auch für die „unpolitischen“ Norddeutschen kein Entkommen mehr geben sollte. Dass die „politischen“ Süddeutschen die neue Regelung nicht überleben würden, war klar. Sie lösten sich dementsprechend noch vor Inkrafttreten des Gesetzes auf und begaben sich mit ihren örtlichen Einzelvereinen unter die Obhut der SPD und setzten so ihre norddeutschen Altersgenossen unter gehörigen Zugzwang. Denn plötzlich wurden in der Partei und in den Gewerkschaften jetzt wieder Stimmen laut, die einmal mehr Sinn und Nutzen eigenständiger Jugendorganisationen in Frage stellten. 20
..... 25

Um es kurz zu machen: Vor dem ersten Weltkrieg war die Autorität der deutschen Sozialdemokratie noch derart ungebrochen, dass sich auch die Norddeutschen – wenn auch nicht begeistert – schließlich unter das organisatorische Dach der SPD stellten. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass diese neue Regelung durchaus Vorteile mit sich brachte. Unter dem Schutz der Partei waren die Jugendlichen vor Übergriffen der autoritären Staatsmacht größtenteils sicher. Die proletarische Arbeiterbewegung wuchs bis 1914 dementsprechend ungebrochen weiter. Überall entstanden neue Jugendheime, Ausflüge wurden organisiert, die Partei versuchte über Schulungsarbeit, den Nachwuchs enger an sich zu binden. Doch es gab eben auch Nachteile, die vielleicht auf den ersten Blick nicht so ohne weiteres sichtbar waren, aber in der Folgezeit durchaus fatale Folgen zeitigen konnten. In die deutsche Arbeiterjugendbewegung vor 1914 konnte man weder ein- noch austreten. Es gab keine Mitgliedsbücher und keine exakten Statistiken. Eine 30
..... 35
..... 40

1 „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ wachte unter dem Vorsitz Friedrich Eberts im
 fernen Berlin über die Arbeit der ihr angeschlossenen Vereine. Aber das Hauptziel, die
 Jugendlichen nach dem 18. Geburtstag zum Eintritt in die SPD zu bewegen, geriet im
 Zuge dieser Entwicklung ein wenig aus den Augen. Jedenfalls ließ der Durchfluss von den
 5 Vereinen in die Partei zu wünschen übrig. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war die
 Jugendfrage für die deutsche Sozialdemokratie noch lange nicht zufriedenstellend beant-
 wortet.

Und auch nach 1918 tat sich die SPD schwer, ein ausgefeiltes politisches Kon-
 zept zur Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu entwickeln. Wäh-
 10 rend des Krieges hatte sich die Arbeiterjugend – den Erwachsenen gleich – gespalten.
 Dabei war zwar die Majorität der proletarischen Jugend auf der Seite der Mehrheitssozi-
 aldemokratie geblieben, gleichwohl bedeutete dies sowie die gesetzlichen Erleichterun-
 gen im Zuge der Revolution von 1918/19 noch keinesfalls eine Entspannung der Lage.
 Während die „Zentralstelle“ als Organisation der Jüngeren im „Verband der Arbeiterju-
 15 gendvereine Deutschlands“ (VAJV) aufging, der wiederum 1922 zur „Sozialistischen Ar-
 beiterjugend Deutschlands“ (SAJ) wurde, organisierten sich die Älteren bis 25 Jahre nach
 Kriegsende bei den „Jungsozialisten“, die zwar 1920 von der Partei anerkannt wurden,
 nichtsdestoweniger aber fast während der gesamten Weimarer Zeit das jugendpolitische
 Sorgenkind der SPD blieben. Das muss zunächst einmal verwundern, hatten diese Wei-
 20 marer Jusos doch mit der heutigen Arbeitsgemeinschaft nicht viel mehr als den Namen
 gemeinsam. Selbst zu ihren besten Zeiten zählten sie nicht mehr als 4.000 Mitglieder.
 Zum Vergleich: Die SAJ vereinigte nie weniger als 49.000 Mädchen und Jungen.

Doch was die Jusos so einmalig machte und gleichzeitig immer wieder Proble-
 me mit der Partei provozierte, war ihr elitäres Selbstverständnis. Bis 1926 existierten
 25 zwei politische Richtungen bei den Jungsozialisten. Die jugendbewegten „Hofgeismarer“
 lehnten den Marxismus als alleinige weltanschauliche Richtschnur ab, während die so
 genannten „Hannoveraner“ eben weiterhin darauf bestanden. Nachdem es schon in den
 ersten Jahren der jungen Republik nicht an Versuchen der politischen Rechten geman-
 gelt hatte das bestehende parlamentarische System zu beseitigen, erwiesen sich die
 30 Sammlungsideen der „Hofgeismarer“ schnell als reichlich illusorisch. Der marxistische
 Jusoflügel setzte sich durch. Aber damit überwandten die Jungsozialisten nicht ihre
 Außenseiterposition innerhalb der Sozialdemokratie. Natürlich bestanden ideologische
 Übereinstimmungen mit der Parteilinken und gerade in der Beurteilung der vom Natio-
 nalsozialismus ausgehenden Gefahr erwiesen sich die Jungsozialisten als ausgesprochen
 35 weitsichtig. Den Weimarer Jusos fehlte aber die sprichwörtliche Massenbasis, um sich
 gegen Gegner innerhalb wie außerhalb der SPD durchzusetzen. Wieder geriet eine kon-
 sequent sozialistische Jugendorganisation in die Mühlen parteiinterner Auseinandersetz-
 ungen. Vor allem die seit 1927 von Erich Ollenhauer geleitete SAJ entwickelte sich zum
 40 Hauptkontrahenten der Jusos, da die Führungskader der Sozialistischen Arbeiterjugend

eine wachsende Einflussnahme von Jungsozialisten auf ihre eigene jüngere Klientel befürchteten. 1

Nachdem sich die Streitigkeiten um 1930 zugespitzt hatten, wurden die Jungsozialisten im Mai/Juni 1931 vom Leipziger SPD-Parteitag kurzerhand aufgelöst. In der konkreten Situation des Frühsommers 1931 mochte die Parteiführung mit diesem Schritt kein allzu großes Risiko eingehen. Schließlich handelte es sich bei den dermaßen geschulriegelten Jusos immer noch nur um eine verschwindend kleine Gruppe. Auf längere Sicht jedoch erwies sich dieser Schritt doch als verhängnisvoll. Denn jenseits aller Auseinandersetzungen hatte es sich bei den Jungsozialisten in der Tat um den besonders aktiven Teil einer Generationskohorte gehandelt, von der sich in der Folgezeit zumindest einige Mitglieder zur neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) absetzten. 5

Bereits bald zeigte sich, dass der Konflikt um die Weimarer Jungsozialisten nur Verlierer kannte. Der Sozialdemokratie gingen viele hoch motivierte junge Mitglieder verloren, während die Abtrünnigen in der SAP wohl eine neue politische Heimat fanden. Diese war allerdings nicht im Ansatz in der Lage, sich dem heraufziehenden Nationalsozialismus entgegenzustellen. Dass es letztendlich überhaupt so weit kam, lag wiederum nicht im Verantwortungsbereich der SPD. Die Sozialdemokratie und mit ihr auch ihre jungen Mitglieder verteidigten als einzige große Partei die parlamentarische Demokratie von Weimar. Doch gerade das Festhalten an rechtsstaatlichen und demokratischen Überzeugungen wurde der Sozialdemokratie und ihrem Nachwuchs nicht gedankt. Mit Beginn der Präsidialkabinette nach den Reichstagswahlen vom September 1930 befand sich die Sozialdemokratie in einer politischen Defensive, aus der sie sich nicht mehr befreien konnte. 15

Dennoch traf die Brutalität und Gesetzlosigkeit, mit der die Nationalsozialisten nach der Machtübertragung vom Januar 1933 gegen politische Gegner vorgehen, Partei und SAJ unvorbereitet. Auch im Zeichen eines immer stärkeren Verfolgungsdrucks hielten die Sozialdemokraten an ihrem streng legalistischen Kurs fest – gleichsam ein Kurs, der der Brutalität der neuen Machthaber nicht gewachsen war. Nun rächte sich, dass es SPD und Arbeiterjugend versäumt hatten, sich auf einen Kampf in der Illegalität vorzubereiten. Zwar hatte es in Berlin bereits 1932 Anstrengungen einzelner SAJ-Gruppen gegeben, sich zusammen mit kommunistischen Jugendlichen für einen eventuellen Gang in die Illegalität zu wappnen. Doch angesichts des bis zum bitteren Ende der Weimarer Republik bestehenden Misstrauens zwischen den beiden Arbeiterparteien sowie der SPD-feindlichen Agitation der KPD blieben alle Versuche einer gezielten Zusammenarbeit gegen die Nazis letztlich erfolglos. 25

Der Preis, den auch Arbeiterjugendliche in der Zeit des NS-Regimes zu zahlen hatten, war hoch. Zwar mangelte es in den ersten Jahren der Diktatur nicht an Widerstand ehemaliger SAJler, die auch nach dem Verbot der SPD und ihrer Jugendorganisation die Nationalsozialisten bekämpften. Doch das Risiko zum Beispiel von Flugblattaktionen stand in keinem Verhältnis zum Nutzen eines solch resistenten Verhaltens – zumal 30

Der Preis, den auch Arbeiterjugendliche in der Zeit des NS-Regimes zu zahlen hatten, war hoch. Zwar mangelte es in den ersten Jahren der Diktatur nicht an Widerstand ehemaliger SAJler, die auch nach dem Verbot der SPD und ihrer Jugendorganisation die Nationalsozialisten bekämpften. Doch das Risiko zum Beispiel von Flugblattaktionen stand in keinem Verhältnis zum Nutzen eines solch resistenten Verhaltens – zumal 35

Der Preis, den auch Arbeiterjugendliche in der Zeit des NS-Regimes zu zahlen hatten, war hoch. Zwar mangelte es in den ersten Jahren der Diktatur nicht an Widerstand ehemaliger SAJler, die auch nach dem Verbot der SPD und ihrer Jugendorganisation die Nationalsozialisten bekämpften. Doch das Risiko zum Beispiel von Flugblattaktionen stand in keinem Verhältnis zum Nutzen eines solch resistenten Verhaltens – zumal 40

1 die sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung im Vergleich zu anderen jugendlichen
 Widerstandsgruppen wie etwa kirchlich orientierten Zirkeln, keinen organisatorischen
 Rückzugsraum mehr besaß. Dieser Punkt darf nicht unterschätzt werden. Immerhin gab
 es im Fall der sozialdemokratischen Jugendlichen keine Partei, keinen Verband und mit
 5 zunehmender Dauer noch nicht mal mehr ein einigermaßen funktionierendes soziales
 Milieu, in dessen Grenzen ein zumindest partieller Widerstand möglich gewesen wäre.

Umso höher müssen resistente Verhaltensweisen von Arbeiterjugendlichen ein-
 geschätzt werden. Im Falle einer Entdeckung drohten drakonische Strafen – eine Situa-
 tion, die sich mit zunehmender Konsolidierung des Regimes noch verschärfen sollte und
 10 die die Betroffenen zu neuen Vorgehensweisen zwang. Nach einer ersten Phase des ju-
 gendlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus bis etwa 1935 gingen Arbeiter-
 jugendliche dazu über, sich mit Mädchen und Jungen aus anderen sozialen und poli-
 tischen Milieus zu verbinden. Vor allem im mitteldeutschen Raum und im Rheinland ver-
 schaffte sich jugendlicher Widerstand Gehör. Dabei darf aber die strukturelle Schwäche
 15 dieser Auflehnung nicht aus den Augen verloren werden. Es blieb dabei: Jugendliche
 Renitenz war hauptsächlich auf sich selbst gestellt. Kontakte zu sozialdemokratischen
 Gruppen im Ausland, die für eine Koordination der einzelnen Maßnahmen dringend
 notwendig gewesen wären, kamen nur in Einzelfällen zustande.

Vor allem der Widerstand der rheinischen „Edelweißpiraten“ ist in diesem
 Zusammenhang von Bedeutung. Schon vor Kriegsbeginn hatten sich in einigen west-
 20 deutschen Städten mehrere tausend Mädchen und Jungen in solchen Gruppen zusam-
 mengeschlossen. War es zunächst vor allem der Versuch, sich den zunehmend totalitären
 Ansprüchen der Nazis zu entziehen, entwickelte sich der Widerstand der „Edelweißpira-
 ten“ nach 1939 weiter. Vor allem unter dem Eindruck der sich abzeichnenden katastro-
 25 phalen Niederlage des „Dritten Reiches“ nahm die Entschlossenheit der Jugendlichen zu.
 Die „Piraten“ versorgten zum Beispiel 1944 entflohenen Kriegsgefangene und Zwangsar-
 beiter in Köln mit Lebensmitteln, indem sie zum Beispiel Einbrüche begingen. Die Natio-
 nalsozialisten reagierten hierauf mit gnadenloser Härte. Aufgegriffene Jugendliche wur-
 den standrechtlich erschossen und darüber hinaus kriminalisiert. Eine Denunziation, die
 30 die Nazi-Diktatur sogar überdauerte. Bis in die 70er-Jahre hinein wurde den ju-
 gendlichen Widerstandskämpfern die ihnen eigentlich gebührende Anerkennung verweigert –
 das „Dritte Reich“ wirkte in den Köpfen der Deutschen noch lange nach 1945 weiter.

2. Die brave Parteijugend

35 Doch das war nicht das dringendste Problem nach der totalen militärischen
 und moralischen Niederlage 1945. Allen anderen politischen Kräften gleich, mussten
 sich auch die Sozialdemokraten nach Kriegsende erst einmal neu ausrichten.

Dies galt umso mehr, als schon bald nach 1945 der Kalte Krieg zwischen Ost
 40 und West begann und damit eine eigentlich notwendige schonungslose Auseinanderset-

zung mit den Verbrechen des NS-Regimes erschwert wurde. Natürlich sollte sich der Sieg der Alliierten in der Folgezeit auch als Befreiung für die Deutschen erweisen. Doch das wurde in den ersten Nachkriegsjahren nur von den wenigsten so empfunden. Vor allem in der jungen Generation, die im Falle der zwischen 1920 bis 1925 geborenen Männer den höchsten Blutzoll hatte entrichten müssen, machte sich schnell eine äußerst politik-skeptische Haltung breit. Zu tief saßen die traumatischen Erlebnisse des Krieges, zu nachhaltig waren aber auch die diffusen Gefühle eigenen Versagens und die Stimmung, um die Jugend betrogen worden zu sein, als dass es schnell zu einer Normalisierung des politischen Alltags hätte kommen können. Das wiederum konnte auch den 1946 neu gegründeten Jungsozialisten nicht egal sein. Im Gegensatz zu den 20er-Jahren umfassten die Jusos nun zwar alle Sozialdemokraten zwischen 20 und 35 Jahren und entwickelten sich so von Beginn an zu einer politischen Massenorganisation. 1

Doch tatsächlich dürften sich in der ersten Nachkriegszeit nicht mehr als 5.000 bis 6.000 junge Sozialdemokraten aktiv an der jungsozialistischen Arbeit beteiligt haben. Während in Ostdeutschland die sozialdemokratisch orientierten Jugendlichen mit zunehmender Konsolidierung des stalinistischen Regimes einmal mehr einem starken Verfolgungsdruck ausgesetzt waren und von sowjetischen Militärgerichten in vielen Fällen zu hohen Haft- und Zwangsarbeitsstrafen verurteilt wurden, hatten die Jusos im Westen mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen erschwerte die bereits erwähnte ablehnende Haltung vieler Jugendlicher gegenüber politischen Parteien das Geschäft der Jungsozialisten, zum anderen machte es aber auch die eigene Partei dem Nachwuchs schwer. Zu frisch erschien nämlich manchem erwachsenen Sozialdemokraten noch die Erinnerung an die unbequemen Jusos der Weimarer Zeit, als dass es den Verantwortlichen der Schumacher-SPD ratsam erschienen wäre, der eigenen Jugendorganisation übermäßig viele Freiheiten einzuräumen. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten wurde an eine kurze politische Leine genommen. Bis 1959 bestimmte ein von der Parteiführung bestellter und von ihr abhängiger Zentralsekretär die Geschicke des Verbandes. 5

Es blieb dabei. Angesichts der Verwüstungen, die die Nazis auch und vor allem in den Köpfen der jungen Deutschen hinterlassen hatten, ging es den sozialdemokratischen Verantwortlichen zunächst einmal darum, das eigene politische und soziale Milieu zu stabilisieren sowie den Jugendlichen die Ideale der Partei nahezubringen. Nach Lage der Dinge verfügte die SPD zum Erreichen des letztgenannten Ziels über eine erprobte Schablone: die eigene Jugendpflege der 20er-Jahre, die vor allem darauf abzielte, die jungen Leute über eine gezielte Schulungsarbeit an die Sozialdemokratie zu binden. 15

All das machte die Arbeit der jungsozialistischen Funktionsträger während der gesamten 50er-Jahre nicht einfacher. Einerseits vermochten sich auch die Jusos im Zeichen des Kalten Krieges nicht jener antikommunistischen Grundstimmung in der jungen Bundesrepublik zu entziehen, die eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erschwerte. Andererseits wachte eine weiterhin autoritativ gepräg- 20

1 te SPD über die Aktivitäten der Nachwuchssozialdemokraten. Es ist bezeichnend, dass
 5 sich die Jungsozialisten nur ein einziges Mal während der 50er-Jahre eindrucksvoll in der
 Öffentlichkeit zu Wort meldeten, als sie gegen die Rekrutierungspraxis der französischen
 Fremdenlegion 1953 mit einer großen Kampagne zu Felde zogen. Der Kampf gegen die
 Besatzungsmacht zeigte durchaus Erfolge. Tatsächlich sagten die französischen Militärs
 nach einigen Wochen der Auseinandersetzung zu, in Zukunft auf aggressive Anwerbungs-
 methoden zu verzichten. Dennoch war die Kampagne für die Jusos nur ein halber Erfolg.
 Denn nicht sie selbst, sondern die SPD beendete die Aktion im Frühjahr 1953.

10 Nach Lage der Dinge mussten sich sozialdemokratische Verantwortliche zum
 Ausgang des Jahrzehnts nicht mehr länger um die Loyalität der Jungsozialisten sorgen. Zu-
 mal die Partei auf ihrem außerordentlichen Parteitag von Bad Godesberg im November
 1959 auch formal und programmatisch die Wende zur Volkspartei vollzogen hatte und
 darin von der überwältigenden Mehrheit der Jusos unterstützt worden war. Schon Mona-
 te vor Godesberg war der Nachwuchsorganisation das Recht zugestanden worden, die
 15 eigene Führungsspitze im Bund aus den Reihen der jungsozialistischen Funktionsträger
 auf Bezirksebene zu bestimmen. Angesichts steigender Zahlen von jungen Mitgliedern
 sowie der weiterhin ungebrochenen Loyalität der Arbeitsgemeinschaft zu Beginn der
 60er-Jahre stand in den Augen der SPD einer weiteren innerverbandlichen Demokratisie-
 rung auch nichts mehr im Wege. Seit 1963 hatte der Bundeskongress der Jungsozialisten
 20 das Recht, den eigenen Bundesvorstand zu wählen. Zwar hielten sich – wie in der Partei
 – auch bei den Jusos nach 1959 oppositionelle Strömungen, die einer Aufgabe des Mar-
 xismus kritisch gegenüberstanden. Doch wie gesagt: Eingedenk der Mehrheitsverhältnisse
 in SPD und Arbeitsgemeinschaft musste man solche Minderheiten nicht allzu ernst neh-
 men. Die Jungsozialisten waren eine brave Parteijugend – so schien es zumindest.

3. Wendejahre

Es ist beinahe paradox. Während der gesamten 60er-Jahre stand der „Genosse
 Trend“ auf Seiten der Sozialdemokratie. Die formale Neuausrichtung auf dem Parteitag
 von Godesberg zahlte sich aus. Die SPD wurde im verstärkten Maße auch für solche Be-
 30 völkerungsgruppen politisch satisfaktionsfähig und damit wählbar, die der Partei bis dato
 eher ablehnend gegenüber standen. Angestellte und Beamte votierten nun immer öfter
 für die einstige Arbeiterpartei, der es sukzessive gelang, auf Bundesebene Verantwortung
 zu übernehmen: zuerst in der Großen Koalition mit der CDU/CSU ab 1966, drei Jahre
 später dann im Bündnis mit der FDP.

35 Doch als ausgerechnet mit Willy Brandt zum ersten Mal ein Sozialdemokrat ins
 Palais Schaumburg einzog und darüber hinaus mit dem neuen Bundeskanzler ein Mann
 die Verantwortung als Regierungschef übernahm, der wie kein zweiter das „andere“, das
 demokratische Deutschland verkörperte, schwenkten die Jungsozialisten auf ihrem Bun-
 40 deskongress von München im Dezember 1969 nach links. Wie lässt sich diese Renais-

sance marxistischer Ansätze bei den Jusos erklären? Zunächst einmal dies: Die Kräfteverhältnisse in der Gesamtpartei hatten sich seit Beginn der 60er-Jahre nicht nennenswert verschoben. Weiterhin stand die überwältigende Mehrheit der Sozialdemokraten hinter dem Wechsel von Bad Godesberg. Die weiterhin existierenden marxistischen Minderheiten in der SPD, die so genannten Altlinken, vermochten diese Entwicklung nicht zurückzudrehen. 1
..... 5

Ein Prozess, der zunächst einmal außerhalb der Partei eingesetzt hatte, holte die SPD schließlich dennoch ein. Nicht nur, aber doch vor allem junge Leute wurden zur Mitte des Jahrzehnts von einer zunächst diffusen Unruhe erfasst. Unbehagen machte sich breit angesichts der westdeutschen Wirtschaftswundergesellschaft, die in den Augen mancher ihre demokratische Nagelprobe noch keineswegs bestanden hatte. Was ursprünglich in kleinen Zirkeln linker Studenten begonnen hatte, verdichtete sich im Zuge der ersten Wirtschaftskrise 1966/67, mit dem Einzug der rechtsextremistischen NPD in einige Landtage und nicht zuletzt befördert durch die Bildung der Großen Koalition in Bonn zu einer massenhaften linken, meist jugendlichen Bewegung. Und genau an dieser Stelle übernahmen die Jungsozialisten in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre eine Scharnierfunktion, die das Bild der Arbeitsgemeinschaft nachhaltig verändern sollte. 10
..... 15

Karsten Voigt, der 1969 auf dem spektakulären Bundeskongress von München den parteiloyalen alten Vorsitzenden Peter Corterier ablöste, steht dabei stellvertretend für eine ganze Generation von Jungsozialisten, die die Geschicke des Verbandes in den 70er-Jahren lenkte und die Arbeitsgemeinschaft bis zum heutigen Tag prägt. Voigt war 1962 in die SPD eingetreten – also zu einer Zeit, als die Jusos tatsächlich noch eine brave Parteijugend waren. Doch in den nun folgenden Jahren kamen er und andere junge Akademiker bei den Jungsozialisten mit der beginnenden Studentenbewegung in Berührung. Das veränderte den Nachwuchs bereits vor dem später als Linkswende ins kollektive Gedächtnis der Arbeitsgemeinschaft eingegangenen Bundeskongress in der bayerischen Landeshauptstadt. 20
..... 25

Immer öfter setzten sich an der Basis die Linken durch. Seit dem Mainzer Bundeskongress von 1967 hielten sich Oppositionelle und Gemäßigte im Bundesvorstand die Waage, spätestens seit dem Frühjahr 1968 verfügte Peter Corterier im eigenen Verband jedoch über keine Mehrheit mehr. Somit wurde mit seiner demonstrativen Abwahl 1969 nur nachvollzogen, was in der Zeit davor bereits Realität geworden war: Die Mehrheit der Jusos stand links und inzwischen für „systemverändernde Reformen“. 30

4. Links 35

Entschieden war mit der Wahl Voigts zum neuen Bundesvorsitzenden allerdings noch nichts. Zwar spiegelte der neue Vorstand, dem nun nur noch Linke angehörten, die tatsächlichen Verhältnisse in der Arbeitsgemeinschaft erheblich klarer wider, als dies noch zu Zeiten Corteriers der Fall gewesen war. 40

1 Doch es darf nicht übersehen werden, dass der Meinungsbildungsprozess in
 der gesamten Linken damals noch nicht abgeschlossen war. Das galt für die sich zuse-
 5 hendts zerfransende Außerparlamentarische Opposition (APO) ebenso wie für die Jung-
 sozialisten, die sich – soviel stand Ende 1969 auf jeden Fall schon fest – als integraler
 Bestandteil der Neuen Linken begriffen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf
 den Atomisierungsprozess der APO dezidiert einzugehen. Nur so viel: Im Frühjahr 1970
 löste sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als bisheriger Hauptträger
 10 von „1968“ auf und die Jusos schienen prädestiniert, die bisherige Führungsrolle des
 Hochschulverbandes zu übernehmen. Immerhin erfreute sich der SPD-Nachwuchs dala-
 ms großer Beliebtheit. Zwischen dem Einzug Willy Brandts als Bundeskanzler ins Palais
 Schaumburg und 1972 strömten mehr als 300.000 junge Menschen im Jungsozialisten-
 alter in die SPD. Allein im Wahljahr '72 fanden über 100.000 Frauen und Männer unter
 35 Jahren zur Sozialdemokratie.

15 Das war für die Jusos gleichermaßen Chance und Verpflichtung. Einerseits be-
 deutete der starke Zustrom die Möglichkeit, in Zukunft direkter Einfluss auf die Politik
 der Partei nehmen und eigene Akzente setzen zu können. Andererseits waren aber längst
 nicht alle neuen SPD-Mitglieder mit der Linksorientierung der Arbeitsgemeinschaft ein-
 verstanden. Sie fühlten sich vielmehr über ein mehr oder weniger diffuses Gefühl der Zu-
 20 stimmung zur vorsichtigen Reformpolitik Brandts zur SPD hingezogen. Eine andere Re-
 publik, sozialistische Experimente gar waren mit ihnen kaum zu machen.

Zudem war man sich in der jungsozialistischen Führungsriege über den zu-
 künftigen Kurs des Verbandes keineswegs einig. Zwar wurden die Jusos nun von einer
 Gruppe reformsozialistisch orientierter Funktionsträger geführt, die in den Jahren 1970/
 25 71 neue Konzepte zu Themen wie Lehrlingsarbeit und linker Kommunalpolitik entwi-
 ckelte und darüber des Öfteren in offene Konflikte mit der Mutterpartei geriet. Doch ab-
 seits dieser neuen Mehrheit entwickelten sich – ausgehend von studentischen Kreisen –
 im Verlauf des Jahres 1971 zwei weitere, dezidiert linke Juso-Gruppen. Während sich in
 Berlin und Hamburg Anhänger der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus
 (Stamokap) durchsetzten, die, an diesem Punkt den Theoretikern in der DDR nicht un-
 30 ähnlich, den bürgerlich-demokratischen Staat in den Händen einiger weniger Monopo-
 le sahen, setzten sich ausgehend von der Universität Göttingen im Bezirk Hannover so
 genannte antirevisionistische Gruppen durch, die wiederum die gesellschaftliche Wei-
 terentwicklung zum Sozialismus in bestehenden Institutionen wie Staat und Parteien
 ausgesprochen skeptisch beurteilten.

35 Es ging also um die Frage, auf welchem Wege „systemüberwindende Reformen“
 bewerkstelligt werden konnten. Die Reformsozialisten sprachen sich für eine sozialisti-
 sche Weiterentwicklung im Rahmen des parlamentarischen Systems aus und nahmen an,
 mit Hilfe einer „Doppelstrategie“ innerhalb wie außerhalb der SPD die Gesellschaft auf
 40 die bevorstehenden Veränderungen vorbereiten zu können. Die Stamokaps setzten auf

eine Bündnisstrategie unterschiedlicher Gruppen, mit deren Hilfe die Macht der Monopole gebrochen werden sollte und schlossen dabei – auch wenn sie das in dieser Deutlichkeit nicht sagten – eine Zusammenarbeit mit der DKP ein. Die Antirevisionisten wiederum glaubten in Modellen der Basismobilisierung einen gangbaren Weg zum Sozialismus erblickt zu haben. 1

Zum ersten Mal prallten diese drei Fraktionen beim Hannoveraner Strategiekongress vom Dezember 1971 aufeinander, ohne dass allerdings eine Entscheidung über die zukünftige theoretische Ausrichtung der Jungsozialisten herbeigeführt werden konnte. Im Gegenteil: Zwar schweißte der hoch emotionale Bundestagswahlkampf 1972 die konkurrierenden Gruppen noch einmal zusammen, doch nach dem erneuten Wahlsieg Willy Brandts wurden die Auseinandersetzungen wieder aufgenommen. Die nun folgenden Streitigkeiten, die nicht unfrei waren von persönlichen Animositäten, lähmten die Arbeitsgemeinschaft über Jahre. Dabei waren, auch das darf nicht verschwiegen werden, die theoretischen Spitzfindigkeiten, mit denen sich die führenden Jungsozialisten auf ihren Bundeskongressen und in aller Öffentlichkeit befahdeten, nur noch wenigen zu vermitteln. Ob es nun um die Rolle des Staates als „ideeller Gesamtkapitalist“ ging oder immer wieder allein theoretische Erwägungen über ein Bündnis mit der politisch bedeutungslosen DKP angestellt wurden – die Jusos, so zumindest der Eindruck in der Öffentlichkeit sowie bei der überwältigenden Mehrheit der Sozialdemokraten, drehten sich immer mehr um sich selbst. Die Jungsozialisten wurden langsam aber sicher zum Gefangenen ihrer eigenen marxistischen Weltanschauung. 5

Dabei dürfen die damaligen Jusos nicht zu streng beurteilt werden. Tatsächlich war es im Zuge der Außerparlamentarischen Opposition zu einer Wiederentdeckung marxistischer Theorien und Theorieersatzstücke gekommen. Insofern betrachteten es viele Protagonisten in der ersten Hälfte der 70er-Jahre als ihre Aufgabe, Konzepte zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu entwickeln. Man darf nicht vergessen: Noch herrschte innerhalb der politischen Eliten ein ungetrübler Glaube an ständiges wirtschaftliches Wachstum und das Vertrauen in die Planbarkeit politischer und gesellschaftlicher Prozesse war noch weitgehend ungebrochen. 10

So gesehen erwischten zwei „Tendenzwenden“ zur Mitte des Jahrzehnts die Jungsozialisten auf dem sprichwörtlich falschen Fuß. Einerseits kündigte sich mit dem ersten „Ölschock“ 1973 und der anschließenden wirtschaftlichen Krise, während derer zum ersten Mal seit Beginn der 50er-Jahre die Massenarbeitslosigkeit wieder zu einem Problem wurde, ein Ende der ökonomischen Boomphase in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg an. Andererseits verloren im Zuge dieser Entwicklung auch originär marxistische Erklärungen an Plausibilität und machten auf Seiten der westdeutschen Linken einer neuen Wachstumsskepsis Platz. 15

Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, als sich zum ersten Mal die neuen sozialen Bewegungen in Sachen Umweltschutz, Frauen und Frieden zu Wort meldeten, stritten 20

..... 25

..... 30

..... 35

..... 40

1 die Jusos – weiterhin gefangen in der eigenen Theoriediskussion – untereinander be-
 5 sonders heftig. Nach Karsten Voigt folgte 1972 mit Wolfgang Roth ein weiterer Reform-
 sozialist an die Spitze der Arbeitsgemeinschaft gefolgt. Auch Heidemarie Wieczorek-Zeul,
 die von 1974 bis 1977 dem Verband vorstand, gehörte zur alten Mehrheitsfraktion. Den-
 10 noch gewannen langsam aber sicher die oppositionellen Fraktionen an Gewicht. 1974/75
 schafften es die Stamokaps erstmals, mit Klaus-Uwe Benneter aus Berlin einen eigenen
 Vertreter in den Bundesvorstand zu schicken. Eben jener Benneter war es auch, der sich
 auf dem Hamburger Bundeskongress im März 1977 mit Hilfe der Antirevisionisten in
 einer Kampf abstimmung gegen den Reformsozialisten Ottmar Schreiner um den Bun-
 desvorsitz durchzusetzen vermochte.

15 Gute sieben Jahre nach der Linkswende von München befanden sich die Jusos
 in einer ernsten Krise, die noch dadurch verschärft wurde, dass der neue Vorsitzende be-
 reits wenige Wochen nach seiner Wahl mit der SPD-Führung in Konflikt geriet und nach
 ungeschickten Äußerungen über das Verhältnis zu den Kommunisten aus der Partei aus-
 geschlossen wurde. Zwar setzte nach der Übernahme des Vorsizes durch Gerhard Schrö-
 20 der, der damals zum antirevisionistischen Flügel gezählt wurde, eine Phase der Konsoli-
 dierung ein. Trotzdem war die große Zeit der Jungsozialisten vorüber. Durch die
 Fokussierung auf die Theoriedebatte gelang es der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr,
 innerhalb der anpolitisierten linken Jugend jene Rolle zu spielen, die sie zu Beginn der
 70er-Jahre eingenommen hatte. Die neue Partei der Grünen wurde zu der jugendlichen
 politischen Kraft der 80er-Jahre. Zwar engagierten sich die Jusos weiterhin im linken
 Spektrum und verstanden sich darüber hinaus als integraler Bestandteil der neuen sozi-
 25 alen Bewegungen. Die Auseinandersetzungen der vorausgegangenen Jahre hatten jedoch
 zuviel Kraft gekostet, als dass es der Arbeitsgemeinschaft hätte gelingen können, noch
 einmal zur bestimmenden politischen Jugendorganisation in der Bundesrepublik zu
 werden.

5. Fazit

30 Das gilt umso mehr, wenn berücksichtigt wird, dass die Jungsozialisten ihre
 theoretischen Richtungskämpfe bis in die 90er-Jahre mit sich schleppten, ehe dann
 schließlich eine neue Juso-Generation die erbitterten Theorieschlachten zugunsten einer
 neuen, kampagnenbezogenen Politik allmählich zu den Akten legte.

35 Was bleibt also nach 100 Jahren organisierter Arbeiterjugendbewegung? Eine
 sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die, kaum hatte sie sich am Ende der 60er-Jah-
 re von der SPD emanzipiert, den Fehler so vieler linker Gruppen machte und sich intern
 zerfetzte? Ganz so einfach liegen die Dinge sicher nicht. Die sozialdemokratischen Arbei-
 40 terjugendverbände waren – wie könnte es anders sein – immer auch ein Spiegelbild
 ihrer Zeit. Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch gegen den Widerstand der erwach-
 senen Arbeiterbewegung begann, was in den 20er-Jahren mit den Weimarer Jungsozialis-

ten erste theoretische Auseinandersetzungen und schließlich 1931 die Auflösung des ersten Juso-Verbandes provozierte, fand nach dem Zweiten Weltkrieg seine Fortsetzung in der Gründung der heutigen Arbeitsgemeinschaft. Wir haben gesehen, dass die zunächst enge politische Orientierung an der SPD nicht überraschen konnte. Andere als partizipatorische sowie basisdemokratische Aufgaben harren einer Lösung; dazu kam, dass die Jungsozialisten der Nachkriegszeit emotional und auch materiell sehr eng an die Mutterpartei angebunden waren. 1

Es bedurfte des gesellschaftlichen Aufbruchs der 60er-Jahre um die Jungsozialisten zu jenem Richtungsverband zu machen, der sich bis heute als bisweilen linkes Korrektiv zur SPD versteht. Spurlos gingen die Impulse, die von außen einströmten, an der Arbeitsgemeinschaft nicht vorbei. Nächtelange Sitzungen auf Bundeskongressen, hitzig geführte Diskussionen um unzählige Änderungsanträge, informelle Absprachen, wenn es um die Organisation von Mehrheiten ging, die am Ende doch nicht in der Lage waren, die politischen Dinge in der Bundesrepublik in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken – nicht nur außenstehende Betrachter, sondern auch viele Jusos selbst fanden sich schließlich in den Kontroversen der 70er-Jahre nicht mehr zurecht. Dennoch: Das Urteil über die linken Jungsozialisten während jenes „roten Jahrzehnts“ fällt durchaus positiv aus. Denn neben den schon erwähnten und manchmal auch persönlich motivierten Auseinandersetzungen gelang es der Arbeitsgemeinschaft, einen erheblichen Anteil der politisierten linken Jugend in einer durchaus problematischen historischen Situation für die Sozialdemokratie zu gewinnen und schließlich auch mit den damals so vehement kritisierten „Verhältnissen“ im bürgerlich-demokratischen Staat auszusöhnen. 10

So mancher APO-Aktivist machte sich nach „1968“ auf dem Weg „durch die Institutionen“. In den meisten Fällen wurde daraus eine Reise „in die Institutionen“ der bundesdeutschen Demokratie – eine Aussicht, die 1969 wohl auch viele Jusos kaum mit Begeisterung erfüllt hätte. Trotzdem veränderten die Institutionen nicht nur die Protagonisten von damals, sondern die Jusos verwandelten auch die Institutionen. Die Arbeitsgemeinschaft trägt bis heute an dem linken Erbe der 60er- und 70er-Jahre. Es bedurfte schmerzhafter Prozesse, die einmal angestoßenen Diskussionen zu einem Ende zu führen. Doch der Abschied von den theoretischen Streitereien bedeutete nicht, dass die heutigen Jusos die Uhr gleichsam zurückdrehten. Zur „braven Parteijugend“ wurde die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr. Wenn es sein muss, versteht man sich bis heute als „innerparteiliche Opposition“. Auch wenn es den Jungsozialisten – wie allen anderen politischen und gesellschaftlichen Jugendverbänden – nicht mehr in dem Maße wie vor 30 Jahren gelingt, die junge Generation anzusprechen: Wer könnte in Zeiten neuer fundamentaler gesellschaftlicher Umbrüche für einen kritischen Nachwuchs mehr Verständnis aufbringen als die heutigen SPD-Spitzenpolitiker? Schließlich stehen ihre Nachfolger ganz eindeutig in ihrer Tradition... 15

1
 Working Class Heroes
 Die Arbeiterjugend wird 100 Jahre alt.
 Ihre Themen sind so aktuell wie damals.
 5

Von Christian Kühbauch

Christian Kühbauch ist DGB-Bundesjugendsekretär und lebt in Berlin

10 Das Jahr 2004 ist ein besonderes Jahr für die Jusos und die Gewerkschaftsju-
 gend. Denn der Beginn unserer gemeinsamen Bewegung liegt nun 100 Jahre zurück. Am
 10. Oktober des Jahres 1904 gründete sich in Berlin der „Verein der Lehrlinge und arbei-
 tenden Jugendlichen“, und diese Gründung ist die Geburtsstunde der Arbeiterjugend-
 bewegung. Anlass für die Gründung des Vereins war der Selbstmord des Berliner Lehr-
 lings Paul Nährung, der im Juni 1904 tot im Berliner Grunewald aufgefunden wurde. Er
 15 trug körperliche Zeichen der Misshandlungen seines Lehrmeisters.

Die Zustände von damals sind heute vielleicht schwer vorstellbar. Offen miss-
 handelt wird in Deutschland kein Lehrling mehr, was mit Sicherheit auch ein Erfolg der
 Arbeiterjugendbewegung ist. Um die Jahrhundertwende waren die Zustände für arbei-
 tende Jugendliche schwieriger. Die Bevölkerung wuchs rapide an, die großen Ballung-
 20 zentren der Industrie entstanden, und in den Fabriken arbeitete auch die proletarische
 Jugend. Etwa vier Millionen Jugendliche sollen damals gearbeitet haben, nur etwa zwanzig
 Prozent davon befanden sich in einem Lehrverhältnis.

25 Weil das Handwerk in der Konkurrenz zur Industrie stand, mussten die Lehr-
 linge oft wie Erwachsene arbeiten und erhielten dafür weit weniger Geld. Wenn man
 eine Lehrstelle bekommen hatte, dauerte die Lehrzeit drei bis vier Jahre, später sogar
 sechs. Die Lehrlinge wohnten nicht selten im Haus des Meisters, wurden dort gepflegt
 und mussten nach der Arbeit noch im Haushalt mithelfen. Ein Arbeitstag konnte so
 schnell 13 bis 14 Stunden betragen. In den Handwerksbetrieben gab es keine gewerk-
 schaftliche Vertretung.

30 Die Arbeiterjugendbewegung entstand wegen dieser oft unerträglichen Um-
 stände. Sie prangerte Misshandlungen und niedrige Löhne an, forderte eine bessere Bil-
 dung junger Menschen und ein Ende ihrer Ausbeutung. Sie deckte Missstände in den Be-
 trieben auf, gründete Lehrlingsschutzkommissionen und bot den Betroffenen Rechts-
 schutz. Offiziell war das Ziel des „Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter“, die
 35 „wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der jugendlichen Arbeiterinnen
 und Arbeiter“ zu wahren. Obwohl anfangs nur wenige Mädchen in den Vereinen organi-
 siert waren, war es auch ein Ziel, die Zusammenarbeit der Geschlechter zu fördern.

40 Die Bewegung war dem Staat und den herrschenden Schichten ein Dorn im
 Auge. Bereits im Jahr 1908 wurde ein Gesetz erlassen, das so genannte Reichsvereinsge-

setz, das die entstandene Bewegung in die Schranken weisen sollte. Die politische Betätigung Jugendlicher wurde praktisch verboten. Im Paragraph 16 dieses Gesetzes hieß es: „Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Auf den Veranstaltungen der Arbeiterjugend tauchten immer wieder Polizisten auf, die überwachten, dass keine politischen Themen besprochen wurden. In den Jahren 1906 und 1907 etwa wurden in Berlin allein 15 Veranstaltungen der Arbeiterjugend vorzeitig von der Polizei aufgelöst. Es blieb den Arbeiterjugendvereinen nichts anderes übrig, als sich nach außen hin als Bildungsvereine zu tarnen. Aber die Bewegung war letztlich nicht aufzuhalten. Im Jahr 1913 erreichte die Zeitung „Die arbeitende Jugend“ bereits eine Auflage von 100.000 Exemplaren.

Es folgten turbulente Zeiten, Zeiten der Repression, des Streits und der Spaltung. Seit dem Jahr 1908 kümmerte sich die SPD mit der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ um die Belange jugendlicher Arbeiter. Ihren Vorsitz hatte Friedrich Ebert, der spätere Reichspräsident, inne. Aber der Erste Weltkrieg brachte die Spaltung der Bewegung mit sich. Viele Jugendliche wandten sich von der SPD ab, die die Kriegskredite bewilligte und die kaiserliche Kriegspolitik unterstützte. Denn die Arbeiterjugendbewegung war von Anfang an auch stark antimilitaristisch geprägt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) gründete sich, und viele oppositionelle Jugendliche schlossen sich der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) an, die dem Spartakusbund um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nahe stand. Aus dem FSJ wurde die Kommunistische Jugend Deutschlands, die sich dem Kampf gegen die Weimarer Republik und gegen den Kapitalismus widmete und später der Parteiführung unterstellt wurde.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 kam es zur schnellen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und auch ihrer Jugendverbände. Viele der jungen Arbeiter gingen in den Widerstand oder ins Exil. Manche kämpften in den internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg und bereiteten in der „Union der sozialistischen Jugend“ in London die Zeit nach dem Sturz Hitlers vor.

Nach 1945 war die Bewegung der Arbeiterjugend wie das Land geteilt. Im Osten kam es zur Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die schon bald als „Kampfreserve der Partei“, der SED, fungierte. In Westdeutschland übernahmen die „Sozialistische Jugend – die Falken“, die Jusos und die Gewerkschaftsjugend das Erbe der Bewegung.

Immer wieder war die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung geprägt von der Auseinandersetzung mit dem Nationalismus. Das ist bis heute nicht anders. Man braucht nur auf die jüngsten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien in Brandenburg und Sachsen zu blicken, um zu sehen, wie wichtig etwa die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist, wie wichtig es ist, Jugendliche zu einer Auseinandersetzung mit diesem

1 gesellschaftlichem Phänomen zu bewegen. Ein Großteil der Wähler der NPD in Sachsen ist
 männlich, jung und arbeitslos. Zwanzig Prozent der Erstwähler in Sachsen stimmten nach
 5 Umfragen des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap für die NPD, nur acht Prozent
 für die SPD. Überdurchschnittlich viele Personen, die nach der 10. Klasse die Schule ab-
 geschlossen haben, überdurchschnittlich viele Arbeiter und Erwerbslose stimmten für
 die Rechtsextremen.

Das Ergebnis zeigt, welche Bedeutung unsere Arbeit mit den Jugendlichen in
 den Betrieben hat, wie wichtig aber auch unser Eintreten für die Interesse derer ist, die
 gar keinen Betrieb von innen sehen. 40.000 Jugendliche blieben in diesem Sommer in
 10 Deutschland ohne Schulabschluss. Nun schockierte uns die Meldung, dass trotz des
 großspurig verkündeten Ausbildungspaktes zwischen der Wirtschaft und der Politik die
 Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen auf einem historischen Tiefstand angekommen
 ist. Die so genannte Ausbildungslücke, ein beschönigendes Wort für die Perspektiv- und
 Hoffnungslosigkeit Tausender junger Menschen, ist in diesem Jahr trotz des Paktes sogar
 15 noch größer als im letzten Jahr, obwohl 2003 bereits einen Negativrekord darstellte.

Fakt ist, dass der Ausbildungspakt zwischen Regierung und Arbeitgebern per
 Saldo nicht greift. Es wurden 25.000 neue Ausbildungsplätze versprochen – aber das was
 an neuen Ausbildungsplätzen hereinkommt geht an anderer Stelle wieder verloren. Vor
 allem die großen Unternehmen halten sich zurück. Sie denken immer kurzfristiger an
 20 Kostensenkung und ignorieren dabei den schon mittelfristig drohenden Fachkräftemangel.
 Die Logik schlechte Konjunktur = zwangsläufig wenig Lehrstellen ist die Falsche weil
 sie den Faktor Humankapital als wichtigen Baustein für die Zukunftsfähigkeit der Unter-
 nehmen außer Acht lässt.

Als Gewerkschafter kann ich es nur begrüßen, dass die Jusos vor diesem Pro-
 25 blem die Augen nicht verschließen. Der Bundesvorsitzende der Jusos, Björn Böhning,
 hat recht, wenn er sagt, wenn die Unternehmen schon in diesem ersten Jahr Schwierig-
 keiten hätten, die Auflagen des Paktes zu erfüllen, sei es fraglich, ob der Ausbildungspakt
 das Problem nachhaltig lösen könne. Er warf den Unternehmen zurecht vor, „leere Ver-
 sprechungen auf Kosten der jungen Generation“ gemacht zu haben.

Wir wissen alle, wie es heutzutage wirkt, wenn ein Gewerkschafter solche Kri-
 30 tik äußert. Schnell wird sie abgetan als die Meinung eines „Blockierers“ und „Besitz-
 standwahrers“, leider auch aus Kreisen der SPD. Wenn in dieser Frage die Jusos und die
 Gewerkschaftsjugend zusammenarbeiten, kann es nur positive Folgen haben. Wir müs-
 sen es gemeinsam auf das Schärfste kritisieren, wenn der Präsident der Bundesvereini-
 35 gung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, in der ARD lapidar zugibt: „Aber
 ich denke, dass wir so etwa 20.000 bis 30.000 unversorgte junge Menschen haben wer-
 den.“ Als ob dies nicht schon bei der Verständigung auf den vage gehaltenen „Ausbil-
 dungspakt“ vorhersehbar gewesen wäre! Und also ob man es hinnehmen müsse wie ein
 40 Naturereignis.

Eines muss man der SPD schon vorwerfen: Sehr schnell nimmt die Partei immer wieder die Vorschläge und Forderungen aus dem Unternehmerlager auf und verwandelt sie in praktische Politik, siehe etwa bei der Agenda 2010. Aber wenn es darum geht, die Jugendlichen in Lehrstellen zu bringen, um ihnen überhaupt eine Perspektive zu eröffnen, bleibt es bei lauen Ermahnungen und zaghaften Forderungen.

Wir leben in einer fragmentierten Gesellschaft, in der es mehr und mehr Menschen, nicht nur Jugendlichen, schwer fällt, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen und für sie einzutreten. Auch die Jusos dürften wissen, wie schwer es ist, Jugendliche dazu zu bewegen, in einer Partei oder einer Gewerkschaft aktiv zu werden.

Auskunft darüber gibt zum Beispiel die Shell-Studie aus dem Jahr 2002. Ihr zufolge bezeichnen sich nur noch 30 Prozent der 12- bis 25jährigen als politisch interessiert. „Insgesamt beziehen sich die heutigen Jugendlichen eher sporadisch auf die Politik“, heißt es in der Studie. 37 Prozent der Jugendlichen trauen keiner Partei eine Lösungskompetenz für die gesellschaftlichen Probleme zu. Das Vertrauen in die Gewerkschaften bewegt sich nur im mittleren Bereich, höheres Vertrauen genießen das Bundesverfassungsgericht, die Justiz und die Polizei.

Auch im Blick auf die jüngsten rechtsextremen Wahlerfolge ist die Studie aussagekräftig. Zwar seien die Jugendlichen „nach wie vor eine tolerante Bevölkerungsgruppe“, ein Viertel der Jugendlichen aber habe Vorbehalte gegenüber Aussiedlerfamilien, 18 Prozent gegenüber Familien mit vielen Kindern, 15 Prozent gegenüber homosexuellen Paaren. Eine Mehrheit der Jugendlichen lehne einen weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland ab. „Je höher die Bildung, desto geringer die Vorbehalte gegenüber bestimmten Gruppen“, heißt das Fazit, das wir uns immer wieder vor Augen führen sollten. Denn Bildung heißt eben auch Ausbildung. Je mehr Jugendliche ohne Lehrstelle dastehen, desto größer ist die Gefahr, dass die Rechtsextremen unter ihnen an Akzeptanz gewinnen.

Was können wir tun, um auf die neuen Verhältnisse angemessen zu reagieren? Wenn wir nicht völlig kampflos den Rechten und den Neoliberalen das Feld überlassen wollen, heißt es aktiv bleiben. Es kann nicht sein, dass es Regionen in Deutschland gibt, wie etwa in der Sächsischen Schweiz, wo die Jugendarbeit inzwischen faktisch in den Händen der Neonazis liegt, wo sie mit Zeltlagern und Festen als einzige den Jugendlichen ein Angebot machen. Wir dürfen die Auseinandersetzung mit diesem Gegner nicht scheuen.

Und wir müssen Antworten finden auf die Auswirkungen der Globalisierung, auf die Massenarbeitslosigkeit, auf die Probleme in unserem Bildungssystem. Wir müssen uns der konkreten Lebenswirklichkeit der Jugendliche widmen. Wir müssen sie beraten und informieren und zur Kenntnis nehmen, dass es sich, wie die Shell-Studie belegt, um eine pragmatische Generation handelt, für die das Arbeits- und Berufsleben immer größere Bedeutung gewinnt.

1

Hierfür können wir von den Anfängen unserer Bewegung lernen. Wir müssen die Jugendlichen ernst nehmen, ihnen Hilfe bei der Vertretung ihrer Interessen anbieten und solidarisch sein. Und wir müssen auch kulturell wieder interessanter werden für sie. Wir müssen zeigen, dass unsere Musik besser ist als Rechtsrock und dass unsere Partys und Freizeitveranstaltungen spannender sind als die der Neonazis.

5

Wichtig ist, dass wir in diesen Zielen einig bleiben, denn die Uneinigkeit der Arbeiter- und Arbeiterjugendbewegung, das zeigen viele historische Beispiele, hat uns immer nur geschadet. Im hundertsten Jahr unserer Geschichte sollte das besonders auf unserer Agenda stehen, trotz allen Diskussionsbedarfes in den Details.

10

15

20

25

30

35

40

2004 – Das doppelte Jubiläum: 35 Jahre Linkswende der Jusos

..... 1

Die Linkswende von 1969 gilt als eine der wichtigsten Grundlagen auch für die aktuelle Juso-Arbeit. Auf dem Juso-Bundeskongress 2004 in München berichtete Loke Mernizka als einer der Protagonisten dieses Ereignisses von seinen Erlebnissen. Wir haben Loke zum Beginn seines politischen Engagements, zu den Umständen des Bundeskongresses von 1960 und zur Situation der Juso-Arbeit in der 1. Hälfte der 1970er Jahre befragt. 5

In der DGB-Zeitung „Die Welt der Arbeit“ vom 28. Dezember 1970 erschien unter der Überschrift „Endlich ein Mann der Basis“ folgender Artikel über Lokes Wahl in den Juso-Bundesvorstand: „Der Walzwerker Loke Mernizka trägt die Hoffnungen der jungen Linken. Mit ihm wissen die Jungsozialisten einen, wie es der Genosse Vorsitzende beglückt bekennt, „praktizierenden Arbeiter“ im neuen Bundesvorstand. Lokes Wahl auf dem Bremer Kongreß kam dem Aufspüren eines exotischen Wesens gleich. Die akademisch kopflastigen SPD-Junioren haben endlich einen, der nicht nur über Arbeiter redet, sondern einer ist. 10

Der 31jährige Siegener Hüttenmann, bäugt wie ein Fabelwesen, hat sich an das Starren der Genossen gewöhnt. (...) Der Genosse, (...) rückt das Ziel, die Massen des Proletariats wachzurütteln, endlich näher. Mit Mernizka an der Spitze müssen sich die Jusos nicht mehr von Lebers Staatssekretär, dem Betonfacharbeiter Holger Börner, sagen lassen, sie ergingen sich darin, ihre nichtproletarische Vergangenheit nachzuholen. (...)“ Während und nach seiner aktiven Juso-Zeit bekleidete Loke zahlreiche Ämter in der SPD, war unter anderem Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Westliches Westfalen. Zwischen 1980 und 2000 gehörte er dem Landtag NRW, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion an. Heute ist Mernizka Mitglied des SPD-Bundesparteirats. 15

FRAGE: Loke, vielleicht sagst Du zu Beginn ein paar Sätze zu Deiner Person. 25

Loke Mernizka: Ich bin 1939 geboren, in dem Jahr wo der Krieg begonnen wurde, und habe dann im Krieg meinen Vater verloren. Der ist vermisst, aber es war klar, dass der auch nicht mehr wieder kam. Meine Mutter hat schon so bald ich das wahrnehmen konnte immer gesagt: „Sobald Du groß bist, musst Du Dich engagieren, aber nicht in einer Partei, sondern in der Gewerkschaft, da musst Du rein, das ist ganz wichtig. Das war dadurch bedingt das hier in dem Ort Geisweid das große Stahlwerk war und früher zu meiner Kindheit auch der Erzbergbau, die alle montanmitbestimmt waren und meine Großeltern mein Vater auch auf diesem Stahlwerk gearbeitet haben. Dann kam noch eins hinzu, was ich darauf zurückführe das ich mich später auch aus mir selbst heraus engagiert habe: Ich wurde damals schon als kleiner Junge als „der Mann“ in der Familie hingestellt und das war für ein Kind ne schwierige Position, man sollte praktisch den Vater ersetzen. 30

Ich besuchte von 1946 an acht Jahre lang die Volksschule. Direkt nach dem Krieg gab es keine Lehrer, die waren ja entweder Nazis, durften nicht unterrichten, 40

1 waren im Krieg umgekommen, oder waren in Gefangenschaft. Und um überhaupt den
 Unterricht aufrechtzuerhalten hatte man schon pensionierte Lehrkräfte reaktiviert. Also
 die ersten zwei Jahre war nicht viel mit Schule, und man hat gelernt was man so lernen
 konnte. Ich habe sobald ich es konnte Bücher gelesen. Übrigens alles was in der dama-
 5 ligen Zeit in den 40er und 50er Jahren zu lesen gab. Und damit einen Teil der Schul-
 defizite abgebaut.

Ich bin dann mit 14 Jahren aus der Schule gekommen, und zu den damaligen
 Stahlwerken Südwestfalen arbeiten gegangen. Es gab dort zwei Möglichkeiten: eine Leh-
 re im Bereich „Dreher, Schlosser, Fräser, oder Elektriker“ oder als Chemie-Laborant oder
 10 Bürokaufmann. Ich kann mich noch genau erinnern: 25 Mark „Ausbildungsbeihilfe“ be-
 kam man als Vergütung. Es gab die Alternative als „Anlehrling“ zwei Jahre als Walzwerker
 oder Hüttenwerker zu lernen, da bekam man damals schon 72 Mark, und da wir sehr
 arm waren, habe ich mich entschieden, die Anlehre mitzumachen.

15 **FRAGE: Wie begann Dein politisches Engagement?**

Loke Mernitzka: Ich hab mich sofort 1954 in der Gewerkschaftsjugend enga-
 giert und habe dort nach damaligen Gegebenheiten wie es so möglich war mitgemischt.
 Wir haben Aktionen gemacht, insbesondere für den Frieden. „Schlagbäume hoch für
 Europa“ war ein Stichwort, wir sind nach Luxemburg gefahren und haben die Grenz-
 20 pfähle hochgeschoben. Da wurde man bestraft, aber wir waren ganz froh das wir das ge-
 macht hatten. Und dann waren natürlich die Arbeitsbedingungen Thema. Damals war es
 so das wir der festen Überzeugung waren das die Lehrlinge überall ausgebeutet werden.
 Später haben wir bei den Jusos in den 1960er Jahren eine Kampagne gemacht „Ausbil-
 dung statt Ausbeutung“. Nebenbei haben wir sogar Volkstänze gemacht, das gab's auch
 25 noch damals. Bei uns war die Gewerkschaftsjugend ganz hervorragend eingerichtet weil
 der Arbeitsdirektor dahinter stand. Mitbestimmter Betrieb, ein Arbeitsdirektor der ersten
 Stunde, und der hat uns dann auch immer sehr unterstützt.

Durch die Jugendarbeit war ich ein bisschen bekannt geworden. Weil ich auch
 gut reden und formulieren konnte, ist man dann von den Betriebsräten auf mich zuge-
 30 kommen und hat gesagt Mensch, du kannst doch auch Vertrauensmann werden für die
 IG Metall. Das habe ich dann gemacht. Ich habe Seminare besucht und dadurch mein
 Wissen das ich eigentlich vom Lesen her hatte vervollkommnet, so dass ich immer in der
 Lage war, auch Spezialdiskussion im Betrieb wie die über Arbeitsbedingungen und
 Arbeitszeiten mitzuführen. Ich bin später Vorsitzender der gewerkschaftlichen Vertrau-
 35 ensleute geworden und wir haben einige tolle Aktionen auch zum Ärger der IG Metall
 gemacht. Es gab eine Lohnauseinandersetzung, und die Gewerkschaft kam nicht zurecht
 in den Verhandlungen. Es kam zur Urabstimmung, und wir haben voll gepowert dass das
 auch ein Erfolg wird gegen dieses unmögliche Angebot der Arbeitgeber. Die IG Metall
 40 hatte über Nacht verhandelt und eine Einigung erzielt, die wir abgelehnt haben. Da woll-

ten sie mich zwar ausschließen, haben sie aber nicht gemacht. Nicht nur linientreu, sondern auch mal wider den Stachel, so waren wir damals. 1

FRAGE: Wie begann dann Dein Engagement in der SPD?

Loke Mernizka: Ich habe immer schon gemerkt, die betriebs- und gewerkschaftspolitischen Fragen müssen aus dem Betrieb herausgetragen werden, aber dort entscheiden Parteien und Parlamente, da konnte ich nicht mitreden. Auch hatte ich immer im Ohr was meine Mutter gesagt hatte, also „Partei nicht, aber in die Gewerkschaft, da musst Du rein“. In Frage kamen jetzt höchsten KPD oder SPD. Aber ich habe dann doch noch gewartet, habe auch ein paar Mal für den Betriebsrat kandidiert, bin damals nie gewählt worden – war klar, ich galt ja als „links“. 5

Ich war natürlich einer der immer mit an der Spitze war wenn Missstände anzuprangern waren, aber ich habe das dann so gemacht dass sie mich nie richtig drankriegen konnten. Ich habe zum Beispiel am Arbeitsplatz immer den Mund aufgetan. Die alten Kollegen, die noch militärisch geübt waren, sagten nichts wenn der Direktor kam. Dadurch habe ich mir dann bei den Kollegen ein hohes Ansehen erworben und bin dann später doch in den Betriebsrat gewählt worden. Auf einer Gewerkschaftsversammlung hat mir endlich einer den Aufnahmeschein für die SPD hingelegt, und dann habe ich unterschrieben. Weil mir auf einmal ganz klar war, du musst mitmischen, wenigstens in den kommunalen Parlamenten. Da „spielt die Musik“, wenn Du da nicht mitredest, kannst Du auf gewerkschaftlicher Seite noch soviel machen, aber du wirst immer konfrontiert werden mit den Entscheidungen der politisch Verantwortlichen. 15

FRAGE: Aktiv in der SPD, und dann auch sofort bei den Jusos?

Loke Mernizka: Ja, und dann sofort bei den Jusos. Ein bisschen spät – ich war ja 1966 schon 26 Jahre – und Jusos gab’s zwar, aber nur formal auf dem Papier. Ich habe dann bei den Jusos die Ochsentour gemacht, vom Ortsvereinsvorsitzenden, Schriftführer im Unterbezirk, Mitglied im UB-Vorstand und Vorsitz im Unterbezirk. Und gleichzeitig bin ich dann als Vorsitzender des Unterbezirks – das ist alles innerhalb kurzer Zeit passiert – in den Bezirksausschuss und dann den Bezirksvorstand der Jusos Westliches Westfalen gewählt worden. 20

Das war damals eine gewaltige Bewegung bei den Jusos. Viele 68er, überwiegend Studenten, waren in die SPD eingetreten. Und Willy Brandt hatte ja wirklich dafür gesorgt das die Partei aufnahmefähig war für die jungen Leute. Wobei ich immer ein seltenes Exemplar bei den Jusos war, denn Arbeiter gab es ja nicht so viele, aber es gab sie: Die aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kamen. Und dann habe ich die Bundesebene kennen gelernt. Da gab es schon – von ihrem Benehmen her – „gewaltige Vorsitzende“. Müller hieß einer, der ist dann später zur CSU gegangen. Der Nachfolger von Müller war Peter Corterier, der kam aus Karlsruhe und ist dann später mal Oberbürgermeister geworden. 25

..... 30

..... 35

..... 40

1 meister dort gewesen. Der Juso-Bundeskongress 1967 in Mainz wurde abgebrochen, weil
 es einen Antrag gab von Hessen-Süd glaube ich, der die Anerkennung der DDR forderte.
 Dass war damals noch verpönt. Und die Berliner machten Randalen und kriegten eine
 Mehrheit. Die Mehrheit der Bezirksdelegationen ist dann ausgezogen und damit war der
 5 Kongress geplatzt. Die Westlichen Westfalen sind bis auf zwei Leute – noch jemand und
 ich – auch ausgezogen. Und durch meine gewerkschaftliche Tätigkeit in der IG Metall
 war ich über die Gewerkschaftsarbeit auf Seminaren und Kongressen schon vielen Par-
 teimitgliedern und Jungsozialisten aus Hessen-Süd begegnet. Von da her hatte ich dann
 auch mehr Verständnis für deren Positionen.

10

FRAGE: Stichwort „Linkswende 1969“. Wie hast Du diesen Wandel bei den Jusos miterlebt?

15

Loke Mernitzka: Der abgebrochene Kongress wurde dann 1968 in Frankfurt
 am Main fortgesetzt. In Mainz konnte ja kein Vorstand gewählt werden. Der alte Vorstand
 war normalerweise gar nicht mehr im Amt. Dann war da so eine interessante Geschich-
 te, die wenig mit Politik zu tun hat die man aber kennen muss. Die ganzen Delegierten
 waren in Sachsenhausen im „Haus der Jugend“ untergebracht. Und das Problem war, das
 „Haus der Jugend“ war zwar keine Jugendherberge in dem Sinne, aber da wurden
 abends um 10 Uhr auch die Lichter ausgemacht, also abgeschlossen. Und der Kongress
 20 dauerte ja. Und jetzt kamen die ganzen Delegierten zurück, oder hatten sich noch irgend-
 wo unterwegs entspannt von den anstrengenden Debatten und kamen in das Haus nicht
 rein. Mit Betttüchern von der hinteren Seite konnte man nämlich ins Haus, weil die Fen-
 ster nicht so hoch waren. Am andern Morgen eine riesen Randalen auf dem Kongress, und
 dann stellte sich noch heraus, dass der Juso-Bundesvorstand in einem First-Class Hotel
 25 in Frankfurt untergebracht war. Das brachte den damaligen Vorsitzenden Corterier in
 große Schwierigkeiten. Der Kongress wurde mit Ach und Krach abgeschlossen. Die Par-
 tei schickte den damaligen Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt, und dann wurde der
 Vorstand gewählt. Diese beiden Kongresse und die Diskussion, die bei den Jusos statt-
 fanden – das was man Linkswende nennt ging ja über mehrere Jahre – bereiteten den Kong-
 30 ress von München 1969 vor. Wichtig dann natürlich auch die gesellschaftliche Diskus-
 sion, die ja eigentlich die Massenbewegung Jusos richtig in Bewegung gebracht hatte.

35

In München war ich auch wieder Delegierter, da war schon vorher richtig ge-
 kungelt worden damit die linke Mehrheit in den Bezirken klar war. Ich war schon damals
 im Gespräch für den Vorstand, aber ich war ja stark engagiert im Werk für meine Gewerk-
 schaft und 1969 schon ins kommunale Parlament gewählt worden, und habe deshalb
 gesagt ich kann das zeitlich nicht machen. In München ging es hoch her. SPD-Bundes-
 geschäftsführer Wischniewski hielt eine Rede, die musste er abbrechen. Es wurde be-
 schlossen, das er den Saal zu verlassen hat. Ich sehe das heute noch vor mir: der stand
 40 vor der Tür und wartete, wieder eingelassen zu werden – waren harte Zeiten. Und dann

wurde ein linker Vorstand gewählt mit Karsten Vogt an der Spitze, Wolfgang Roth, soweit ich mich erinnere Hans Eichel war auch dabei – das war damals ne linke Type – und Norbert Gansel aus Schleswig-Holstein und noch so'n paar. Aus WW wurde Harald Heintze gewählt. 1

..... 5

FRAGE: Du wurdest auf dem Juso-Bundeskongress 1970 in den Bundesvorstand gewählt. Wie lief das ab?

Loke Mernizka: Unser Mitglied im Bundesvorstand spurte nicht. Wenn er im Bezirksvorstand berichten sollte, war er nicht da. Nach einiger Zeit war im Bezirksvorstand klar, das in Bremen ein anderer kandidieren müsse. Wir hatten uns in WW ja auch ein bisschen von dem verschrieenen „rechten“, großen unbeweglichen WW zu einem sag ich mal „die Bundesvorstandslinie durchaus mittragenden Bezirk“ gewandelt. Eines Tages rief mich der damalige Bezirksvorsitzende Erdmann-Linde an, ich müsste mit nach Berlin, da wäre Bundesausschuss zur Vorbereitung des Juso-Bundeskongresses in Bremen. Es gäbe Chancen wenn WW mich als Arbeiter und aktiven Gewerkschafter nominiere wieder im Bundesvorstand vertreten zu sein. Einen Tag später rief mich der damalige Juso-Landesvorsitzende Manfred Dammeier an: „das du Bescheid weißt, du musst kandidieren, sonst kriegen wir da keinen rein“. Ich wäre dann auch der Kandidat von ganz NRW. Dann bin ich da hin zu meinem Arbeitsdirektor, der mich schon unterstützte für die Bezirksvorstandsarbeit, um zu klären ob ich für die Bundesvorstandsarbeit frei gestellt werden könnte. In Absprache mit dem Betriebsrat bekam ich „grünes Licht“, um in Bremen kandidieren zu können. 10

Für mich war der Juso-Kongress in Bremen ein großes Erlebnis. Willy Brandt kam direkt aus der Sowjetunion – wir waren ja begeisterte Anhänger der neuen Ost-Politik und hat er eine großartige Rede gehalten – und Herbert Wehner war auch da. 15

FRAGE: Die Strömungsauseinandersetzungen bei den Jusos sind legendär – und für die einen wichtiger Motor inhaltlicher Weiterentwicklung, für die anderen vor allem absurde Geschichten gewesen. Wie hast Du die Situation damals wahrgenommen? 30

Loke Mernizka: Ab 72 hatten wir dann auch die großen ideologischen Auseinandersetzungen. Von 1970 bis so 1972 hatten wir es hingekriegt das diese Auseinandersetzungen nicht im Bundesverband statt fanden, aber dann ging es los mit Stamopak, Linkssozialisten, etc. Wenn es ganz schlimm wurde – es gab manchmal haarige Diskussionen – habe ich mich zu Wort gemeldet. Und ich nutzte dann auch bewusst den Vorteil meines Arbeiterstandes, der mir immer Respekt verschaffte. Das muss man ja auch mal sagen, 80% waren Schüler und Studenten, und circa 20% waren aktive Gewerkschafter. In Wiesbaden gab es einen Bundeskongress, der drohte an der irren Diskussion zu Scheitern, wie man denn die Schwelle zum Sozialismus praktisch und theoretisch 35

..... 40

1 überschreiten sollte und es wurde dann so schlimm, das wir die Mehrheit in Gefahr
 sahen. Wir wollten mit der sogenannten Bundesvorstandsmehrheit den Verband stabil
 halten. Und kam von den „Schwellensozialisten“ der Antrag auf Schluss der Debatte –
 nach dem Motto „wir haben ne Mehrheit“ – und ich bin rein in die Diskussion und habe
 5 gesagt „das kann ja wohl nicht sein, Ihr müsst jetzt diskutieren, bis Euch das Kotzen
 kommt“. Das zeigte Wirkung, und die Geschichte von wegen Schluss der Debatte war
 erledigt. Es wurde weiterdiskutiert, und bei der Abstimmung zu den Anträgen die Bun-
 desvorstandsmehrheit gesichert und ein Auseinanderbrechen des Verbandes verhindert.
 Später ist es ja erst gefährlich geworden für die Jusos mit den politischen Strömungen
 10 von Stamokap, Linksozialisten und anderen. Ich hatte dabei immer ein Interesse dass
 bei dieser ganzen ideologischen Diskussion die reale betriebliche Wirklichkeit nicht aus-
 geblendet wurde.

FRAGE: Betriebliche Interessen? Wie sah Deine Arbeit konkret aus?

15 **Loke Mernitzka:** Zum Beispiel gab es in allen Bezirken, auf Bezirksebene und
 in vielen Unterbezirken und Ortsvereinen Betriebsarbeitskreise. Ich bin damals in ganz
 Westdeutschland rumgefahren, von Schleswig-Holstein bis in den bayrischen Wald, vor



40 *Loke Mernitzka (links) mit den ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden Wolfgang Roth und Heidamarie Wicze- rek-Zeul.*

allein in die Diaspora, wo man froh war wenn ein Bundesvorstandsmitglied sich sehen lies. Ich kam ja selber aus der Diaspora. Und auch dort gab es Betriebsarbeitskreise. Die diskutierten über betriebliche Probleme, vor allem über Mitbestimmung, vom Betrieb bis auf die regionale Ebene. Wir haben damals gefordert Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene, auf der überbetrieblichen Ebene und auf der regionalen Ebene. Es gab ja damals die Forderung vom DGB nach den sogenannten Wirtschafts- und Sozialräten. Die wurde voll von uns unterstützt. Und es ging damals auch um die Frage der Verstaatlichung der Großkonzerne, der Banken und Versicherungen. Wir haben bei der Bundestagswahl 1972 damit einen eigenständigen Wahlkampf geführt, und das hat nicht geschadet. Mitbestimmung und Selbstbestimmung, das waren die wesentlichen Themen. 10

FRAGE: Welche Themen waren für Eure Arbeit sonst noch wichtig?

Loke Mernizka: Und wir haben dann schon 1969 einen großen kommunalpolitischen Kongress gemacht, der erst von der Partei verboten wurde. Aber nach zähen Verhandlungen mit dem PV bekamen wir dann grünes Licht. Jochen Vogel, damals OB in München, war erst dagegen das die Jusos den Kommunalpolitikern sagten was sie tun sollten. Als dann als der Parteivorstand den Kongress verboten hatte konnte er mit anderen Oberbürgermeistern gemeinsam überzeugt werden, uns zu helfen. Es wurden dann die Ergebnisse des Kongresses in einem Taschenbuch mit dem Titel „Kommunalpolitik für wen?“ zusammengefasst. Dort kann man nachlesen, mit wie viel Praxis die Juso-Arbeit statt fand. Die damals erarbeiteten kommunalpolitischen Thesen sind schon lange Wirklichkeit in der kommunalpolitischen Arbeit. Und das war auch eine der Stärken die wir hatten, man konnte uns nicht so einfach als linke Spinner abtun. Auch meine Stärke war das ich Arbeiter war, das ich im Betrieb arbeitete, und das ich aktiver Gewerkschafter war, und schon seit 1969 in einem kommunalen Parlament saß. In der Parteidiskussion als linker Spinner abgetan zu werden, das war so Leicht nicht möglich. 25

Und das nächste große Thema war Internationale Politik. Immer vor dem Hintergrund das es wenigstens in Europa keinen Krieg mehr geben sollte. Wir haben schon in den 1960er Jahren demonstriert gegen den Krieg in Vietnam. Leute wie Ho Chi Minh und andere waren unsere Vorbilder. Auch haben wir ganz praktisch geholfen, vor allem den verfolgten Sozialisten in Diktaturen wie in Spanien, Portugal und Griechenland. Wir hatten immer einen Tag auf unseren Juso-Kongressen der nur für Internationales vorgesehen war. Immer waren dann auch Delegationen von Freiheitsbewegungen aus unterdrückten Ländern, besonders aus der 3. Welt anwesend. 35

FRAGE: In welchem Verhältnis standen für Dich Theorie und Praxis?

Loke Mernizka: Die damalige Mehrheit bei den Jusos hat immer – und ich glaube das war auch eine der Stärken die wir hatten – gesagt: Es darf nicht nur bei der Theorie bleiben, sondern die Praxis muss mit einhergehen. Die Praxisarbeit fand statt in 40

1 den Ortsvereinen, den Arbeitsgemeinschaften, auf Unterbezirksebene, in Städten und
 Gemeinden, an Schulen und Hochschulen, in den Betrieben, in Gewerkschaften, Jugend-
 verbänden und Vereinen.

5 Unsere Idee war ja auch das Volk muss sich selbst verwalten und nicht von
 anderen verwaltet werden, und die Herrschaft des Kapitals gebrochen werden. Und die
 Demokratie sollte nicht am Werkstor aufhören. Dazu haben wir die Gewerkschaften in
 ihrem Kampf unterstützt.

10 Eine aktive partei- und kommunalpolitische Arbeit war uns ganz wichtig. Heu-
 te stellt man fest, das vielleicht die Hälfte der Jusos mal in der Partei aktiv ist. Uns war
 damals klar, wenn wir unsere Ansichten durchsetzen wollen, müssen wir zuerst in der
 Partei Mehrheiten kriegen. So ging es natürlich damals auch in den Ortsvereinen hoch
 her. Das die Jusos in den 70er Jahren die Alten aus den Ortsvereinen herausdiskutiert
 haben, waren Einzelgeschichten. Wir haben in den Ortsvereinen redlich um Mehrheiten
 gekämpft. Also das war ein wesentliches Anliegen, in der Partei mitarbeiten. Wir haben
 15 ganz klar gewusst, wenn man in Partei oder Gewerkschaft nicht verankert ist, dann
 kannst du gesellschaftlich wenig bewegen.

Das Interview führte Thilo Scholle.

20

25

30

35

40

Profile einer Minderheit? Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung

Von Martina Naujoks

Martina Naujoks, Büroleiterin von Olaf Scholz, MdB, lebt mit ihrer Familie in Stelle bei Hamburg und war von 1989-1991 IUSY-Vizepräsidentin. Außerdem koordinierte sie die Feminist Working Group der IUSY.

So habe ich die Zusammenfassung meiner wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Situation der Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung zwischen 1919 und 1933 genannt und ein Stück verschütteter Mädchen- und Frauengeschichte zur Besichtigung freigelegt. Das war vor rund 20 Jahren. Wahrscheinlich stimmt diese Überschrift immer noch und doch nicht mehr – zum Glück!?! Mädchen und Frauen sind gar keine Minderheit – in unserer und anderen Gesellschaften jedenfalls. Aber in den politischen Organisationen schon. Warum? Diese Frage habe ich mir – zusammen mit anderen Frauen in diesen Zusammenhängen – lange und immer wieder gestellt. Und wir haben Antworten gesucht: in der Auseinandersetzung mit der Geschichte dieser Organisationen und unserer Gesellschaft – in Theorie und Praxis. Wir haben vielfältige Antworten gefunden: patriarchale Strukturen!	10
Und wir haben nach Mitteln und Wegen gesucht, diese zu verändern: Frauen und Männer sind gleich-berechtigt, die Lebensverhältnisse und die Welt zu gestalten; Frauen sind anders als Männer; Frauen sind von der Venus – Männer vom Mars; Frauen denken anders; Frauen und Macht – passen nicht zusammen; das Private ist politisch; wir brauchen eine Quote....	15
Inge Wettig-Danielmeier hat die passenden Worte in einem Vorwort für meine Arbeit gefunden: „Bis heute scheitert eine glaubwürdige Frauenpolitik in der SPD am emotionalen Widerstand ihrer männlichen Mitglieder.“	20
Wenn wir zurückblicken in die Geschichte wollen wir Antworten finden für die Gegenwart und Zukunft. Ich habe das versucht, indem ich alles, was über die Arbeiterjugend veröffentlicht ist, in Bezug auf die Situation der Mädchen, auszuwerten, um Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen. Aber ich habe auch viele Gespräche mit den „ehemaligen“ Mädchen geführt, um ihre Gedanken und Gefühle im Rückblick kennen zu lernen und so eine sehr subjektive Sichtweise auf die traditionelle Geschichtsschreibung/wissenschaft mit einzubeziehen.	25
Die organisierte Arbeiterjugend feiert nun ihren 100jährigen Geburtstag. Das ist mal wieder so ein Anlass, sich viele Fragen zu stellen: Was hat sich an der Situation der Mädchen in diesen Strukturen seit den Anfängen verändert? Wie haben sich die Mädchen, wie hat sich ihre Lebenssituation, haben sich ihre Ansprüche an Gestaltung ihrer	30
	35
	40

1 Lebensverhältnisse seither verändert? Was wollen sie heute noch verändern? Und wie? Und vor allem warum? Und was haben sie aus der Geschichte ihrer Organisationen gelernt?

5 **Ein Blick zurück nützt dem Blick nach vorn!**

10 „Wo wir also hinschauen, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens sehen wir eine Vorherrschaft des Mannes. Es ist leider immer noch das Wort vom Männerstaat Wirklichkeit. Unter dieser Ideologie der Vorherrschaft des männlichen Geschlechts vollzieht sich die Erziehung der weiblichen Jugend und unser gesamtes öffentliches und privates Leben ist davon beeinflusst. Nun kommen wir als Sozialistische Arbeiterjugend und bejahen eine gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen. Wir stellen uns damit in Gegensatz zur Ideologie der herrschenden Ordnung, die trotz der veränderten wirtschaftlichen Stellung der Frau das Mädchen nur zur Hausfrau und Mutter erziehen will. Unsere grundsätzliche Bejahung der gemeinsamen Erziehung erklärt sich aus unserem Erziehungsziel, dem Sozialismus, der die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter bringen wird. Auch die Ursachen zur Gründung der Arbeiterjugendbewegung, die wirtschaftliche Notlage der arbeitenden Jugend, lassen es ohne weiteres als selbstverständlich erscheinen, dass Jungen und Mädchen in ihren Reihen gemeinsam arbeiten.“ (Zitat aus „Der Führer – Monatszeitschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung“ 1930)

20 Dieses Zitat steht am Ende einer langen Entwicklung. Es kennzeichnet den Bewusstseinsstand der Arbeiterjugendbewegung nach jahrzehntelanger Diskussion und besagt doch wenig über den tatsächlich erreichten Stand der Gleichberechtigung und Zusammenarbeit von Mädchen und Jungen zu dieser Zeit. In den Veröffentlichungen über die Arbeiterjugendbewegung sind nur wenige Angaben über die Mädchen zu finden. Wo solche Angaben auftauchen, zeigen sie eine geringe Beteiligung der Mädchen an der Bewegung: ihr Anteil betrug während der zwanziger Jahre durchschnittlich ein Drittel der gesamten Mitglieder. Zweifellos ist dies zunächst in der Erziehung der Mädchen begründet, die auch in Kreisen der Arbeiterschaft an traditionellen Rollenmustern ausgerichtet war. Selbst nach der Erweiterung der weiblichen Rechte und Pflichten im politischen Bereich durch die Weimarer Verfassung von 1919 erfuhren die Mädchen und Frauen immer wieder die Beschränkung auf ihre „eigentlichen Aufgaben“.

35 Die Sozialisationsbedingungen für Mädchen veränderten sich auf formal-rechtlichem Gebiet in der Weimarer Republik grundlegend. Durch die Verankerung des Wahlrechts für Frauen und der Fortbildungsschulpflicht für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr in der Verfassung rückte die öffentliche Erziehung zur Staatsbürgerin in den Vordergrund. In der konkreten Umsetzung dieser gesetzlich garantierten Rechte ergaben sich viele Schwierigkeiten. Das größte Hemmnis auf ideologischer Ebene bildete dabei das weit verbreitete traditionelle Frauenbild. Dies wird besonders deutlich in den Aus-

40

einandersetzungen um den hauswirtschaftlichen Unterricht für Mädchen in den Fortbildungsschulen: zwar erhielten die Mädchen die Möglichkeit einer qualifizierten Ausbildung, gleichzeitig sollten sie jedoch auch auf ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter vorbereitet werden. 1

Das passive und aktive Wahlrecht bot den Frauen und Mädchen die Chance der politischen Beteiligung. Diese beschränkte sich jedoch vorwiegend auf sozialpolitische Bereiche und entsprach somit den ihnen – gemäß dem traditionellen Rollenverständnis – zugesprochenen Aufgaben. Der Widerspruch zwischen der reduzierten Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter und der Konfrontation mit dem erweiterten Aufgabenfeld der politischen Betätigung führte zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung mit den anerzogenen und verinnerlichten Rollenklischees. Für Mädchen und Frauen bedeutete dieser Widerspruch auch, dass sie sich die ihnen zugestandenen politischen Bereiche trotz formaler Rechte mühsam erobern mussten. Sie mussten gegen die überkommenen Vorurteile kämpfen. Sie mussten in die von Männern geprägten Strukturen eindringen, sich ihnen anpassen. 5
 10
 15

War die Arbeiterjugend eine Emanzipationsbewegung?

Es bot sich den Mädchen in der Arbeiterjugend die Möglichkeit der Emanzipation, da diese Jugendbewegung selbst emanzipatorische und systemverändernde Ziele verfolgte. In der SAJ fand jedoch keine grundsätzliche und abschließende Auseinandersetzung um Mädchenarbeit statt, und es wurde auch keine systematische Mädchenarbeit betrieben. Eine integrierte oder eigenständige Mädchenschulung sollte nach vorherrschender Meinung jeweils von den örtlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden. Eine zentrale Regelung und die Einrichtung einer „Reichsmädchenkonferenz“, die besonders zwischen 1923 und 1926 von weiblichen Delegierten gefordert wurde, wurden nicht als sinnvoll angesehen. Auf der obersten Ebene von Hauptvorstand, Reichsausschuss und Bezirksleitungen wurde konsequent an der Vorstellung der „Gemeinschaftserziehung“ festgehalten. 20
 25

Gerade die Gemeinschaftserziehung sei ein bedeutsamer Bestandteil der gesamten Jugendarbeit, hieß es dazu noch 1929. Eine Trennung der Geschlechter bedeutete, vor Schwierigkeiten auszuweichen. Mit dieser Position wurde keine parteiliche Stellungnahme für Mädchenarbeit abgegeben. Dort, wo die Mädchen ein Interesse an eigenen Gruppen äußerten, sollten sie an deren Gründung nicht gehindert werden. Diese Arbeit wurde jedoch weder inhaltlich noch organisatorisch von der SAJ-Führung ernsthaft betrieben. Mädchenarbeit blieb der Initiative der Mädchen überlassen. Die Mädchenkurse der Sozialistischen Arbeiterjugend waren im Wesentlichen unverbindlich und losgelöst von der übrigen Arbeit des Verbandes. 30
 35

Die Arbeiterjugendbewegung war von Anfang an eine Jungenbewegung. Die Jungen waren stets in der Mehrheit, sie nahmen die entscheidenden Funktionen ein und 40

1 prägten die Strukturen des Verbandes. Dies gilt für beide 1904 zunächst unabhängig voneinander entstandenen Organisationen junger Arbeiter.

5 **Der norddeutsche Verband hatte Anfang 1907 unter den 1268 Mitgliedern nur 12 weibliche; im süddeutschen Verband waren 1908 von 4500 Mitgliedern insgesamt nur etwa 250 weiblich. Bei der Zusammenfassung der beiden Ursprungsgruppen in die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ 1908 betrug der weibliche Anteil fünf Prozent.**

10 Obwohl die Mädchen mit anderen Voraussetzungen als die Jungen in die Bewegung kamen, gab es keine besonderen Veranstaltungen für sie. Mathilde Wurm, spätere SPD-Reichstagsabgeordnete erklärte 1913 den geringen Mädchenanteil in der Arbeiterjugendbewegung mit der Doppelbelastung der Mädchen durch Berufstätigkeit und Hausarbeit, mit der unzureichenden Schulbildung und den Vorurteilen der Eltern gegen die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen in den Jugendgruppen. Die Vernachlässigung der Schulung der Mädchen und ihre Zurücksetzung in der Arbeiterjugend verstärkte noch ihre generelle gesellschaftliche Benachteiligung.

15 Die Mädchen blieben innerhalb der Jugendbewegung deutlich unterrepräsentiert. Bis zum Ersten Weltkrieg stieg ihr Anteil auf 20 Prozent. Während des Krieges nahmen die Mädchen dann eine besondere Rolle in der Arbeiterjugendbewegung ein. Der Verlust an männlichen Funktionären durch die Einberufung zum Militär, die Spaltung der Arbeiterjugendbewegung 1916 und die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation führten dazu, dass die Mitgliederzahlen von Jahr zu Jahr sanken und auch einen Rückgang der Bildungsarbeit nach sich zog.

20 Die Mädchen übernahmen leitende Funktionen. Insgesamt war ihr Anteil nun auf ein Drittel angestiegen.

25 Ein Vorwurf, der den Mädchen oft von Seiten der Jungen gemacht wurde, war der, sie hätten dazu beigetragen, dass die Arbeit in den Gruppen unpolitischer wurde. Ein Aspekt, der zur Veränderung der Jugendarbeit beigetragen haben kann, war sicherlich durch die Kriegssituation bedingt: Die arbeitslosen Jugendlichen suchten ihrem Bedürfnis nach Gemeinschaft und Unterhaltung in den Arbeiterjugendgruppen nachzukommen. Und auf dieses Bedürfnis gingen die Mädchen in den leitenden Funktionen aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Erziehung eher ein.

30 Ein positiver Ansatz in dieser Entwicklung kann darin gesehen werden, dass die Mädchen während des Krieges eine ganz neue Selbständigkeit erfuhren. Sie hatten ihre Aufgabe darin gesehen, die Gruppen aufrechtzuerhalten und die Jüngeren in die Gruppenarbeit einzubeziehen. Warum sich die Mädchen nach dem Krieg aus diesen Funktionen durch die zurückkehrenden jungen Männer wieder herausdrängen ließen, bleibt zu untersuchen. Ebenso, ob dieser Prozess ohne Proteste auf Seiten der Mädchen ablief. Ein Grund für ihren Rückzug könnte in einer möglichen Überforderung der ungeschulten Mädchen gesehen werden. 1921 wurde auf einer Führeraussprache der Arbeiterjugend-

35
40

vereine Deutschlands festgestellt, von den weiblichen Mitgliedern aus der Zeit vor dem Krieg sei nichts mehr zu sehen. „Entweder sind sie gute Hausfrauen geworden oder sie sind bei den Linksparteien“, hieß es dort. 1

Die Mädchenarbeit 5

Nach dem Ersten Weltkrieg stieg der Mädchenanteil in der Arbeiterjugend weiter an: 1922 betrug er 34,3 %. In den Artikeln der Organe der Arbeiterjugend, in denen die Mädchenarbeit oder der geringe Anteil der älteren Mädchen in Funktionen diskutiert wurde, waren es vor allem die männlichen Funktionäre, die schreibgewandt die Passivität der Mädchen beklagten. Mädchenarbeit sollte ihrer Meinung nach die durch die Erziehung entstandenen „Defizite“ ausgleichen. In Zusammenkünften der Mädchen wurden dagegen häufig Klagen über das „rigorose Vorgehen der Burschen“ laut. 10

Die Berichte aus einzelnen Bezirken auf dem zweiten Reichsmädchenkursus 1925 machen deutlich, dass in einigen Orten die Mädchen planmäßig zu Funktionärinnen herangebildet wurden, während in anderen Gruppen von Mädchenarbeit nicht die Rede sein konnte. Dort wurde auch besonders hervorgehoben, dass die Zunahme des Mädchenanteils in der SAJ auf die in einzelnen Bezirken organisierten Mädchenkurse zurückzuführen sei. 15

Die Mädchen waren also keinesfalls entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft in Funktionen vertreten. Die Ämter waren und blieben von Jungen besetzt. Sie waren die verantwortlichen Träger und die „geistigen Führer“ der Bewegung. Auf Reichskonferenzen waren zum Beispiel 1922 in Wernigerode von 89 Delegierten acht weiblich; 1928 in Leipzig von 132 nur sieben und 1930 in Lüneburg von 146 nur 14. 20

Mädchen, die sich durchsetzten und behaupteten, blieben Ausnahmereisnerungen. Die Entwicklung zeigte zwar tendenziell eine Besserung: Nach einer statistischen Erhebung der SAJ unter ihren Mitgliedern aus dem Jahr 1931 betrug der Anteil der weiblichen Funktionäre insgesamt bereits 30,8 % (das waren sechs Prozent weniger als der Anteil der Mädchen an der Gesamtmitgliedschaft). Allerdings konzentrierten sich die Funktionen der Mädchen auf geschlechtsspezifische Tätigkeitsbereiche wie Schriftführerin (56,4 %) und Kassiererin (32,2 %). Bei den Vorsitzenden, den verantwortungsvollsten Posten, lag ihr Anteil nur bei 16,9 %. 25

„Wenn die wichtigsten Funktionen besetzt sind, sagt wohl der Vorsitzende, ‚aber ein Mädels muss mindestens dabei sein.‘“ Mit solchen „Argumenten“ wurden die Mädchen dann meistens Schriftführerin oder Revisorin, weil die Merkmale dieser Funktionen (wie Ausdauer und Verantwortung) ihren Fähigkeiten am ehesten entsprächen. 35
 „Hier müssten unsere Genossen weniger von ‚Gleichberechtigung‘ reden, sondern sie sollten auch danach handeln.“ (Zitate aus einem Artikel der Verbandszeitung „Der Führer“ von 1930).

Doch solche Einwürfe der Betroffenen nützten meist wenig. 40

1 Die Mädchen forderten häufig, dass ihnen Aufgaben übertragen werden sollten,
 die ihr Verantwortungsgefühl und den Willen zur Arbeit weckten und stärkten. Dies soll-
 5 ten gestaltende Aufgaben sein. Denn wenn den Mädchen Funktionen zugesprochen wür-
 den, denen die „selbstschöpferische“ Kraft fehle, so werde dadurch ihr Minderwertig-
 keitsgefühl noch verstärkt. Sie kritisierten, dass die Jungen es selbstverständlich fanden,
 das Wort zu führen und die leitenden Funktionen im Verband zu übernehmen. Meldeten
 sich dann die Mädchen zu Wort, erinnere man sich „plötzlich“, dass sie auch noch da
 wären. „Man trägt ihnen sogar Posten an, aber nur, weil die Mädels als Geschlecht für sich
 10 auch eine Vertretung im Vorstand haben müssten. Jedes Mädels sollte soviel Stolz besit-
 zen und diese Wahl glatt ablehnen.“ (1931)

Eine Quotierung als Mittel zum Abbau innerverbandlicher Unterrepräsentanz
 lehnten die Mädchen der SAJ ab. Nur „dem Tüchtigsten“ sollte eine Funktion übertragen
 werden, gleich welchen Geschlechts. Eine Erfolg versprechende Beteiligung wäre jedoch
 nur gewährleistet gewesen, wenn eine kontinuierliche Mädchenarbeit und -schulung ihr
 15 Selbstbewusstsein gestärkt hätte. Schulung im Interesse der Mädchen wiederum hätte
 nicht Anpassung an die von Jungen geprägten Verbandsstrukturen bedeuten dürfen, son-
 dern als ein Beitrag zur Strukturveränderung verstanden werden müssen: als Realisie-
 rung eines neuen Verhältnisses der Geschlechter zueinander, wie es in Reden und Zeit-
 schriftenaufsätzen so gern beschworen wurde.

20 Die zahlenmäßige Unterlegenheit der Mädchen hatte zur Folge, dass die Jungen
 ihre Interessen auch gegen die Bedürfnisse und Interessen der Mädchen durchsetzen
 konnten. „Das meiste ist für Burschen gedacht, und dass sich Mädels für Burschenarbeit
 interessieren, ist doch kaum anzunehmen.“ (1931)

25 „Es trifft durchaus auf unsere Bewegung zu, dass derjenige Teil, der die Majo-
 rität besitzt, stets einer Sache das Gepräge gibt und seinen Willen zur Geltung bringt.“
 (1928)

30 Hatte die „Mädchenarbeit“ in der Arbeiterjugend um 1920/22 noch viele Geg-
 ner, so vollzog sich in den folgenden Jahren ein allmählicher Wandel. Dies ist der Tatsa-
 che zuzuschreiben, dass durch besondere Mädchenveranstaltungen (wie Mädchenabende,
 Mädchenkonferenzen, Mädchenkurse) die Aktivität der weiblichen SAJ-Mitglieder
 gesteigert wurde. Wenn die Mädchenarbeit nun auch einen gewissen Grad an Eigen-
 ständigkeit erreichte, blieb sie doch weiterhin „Ergänzungsarbeit“.

35 Gemeinsame Erziehung hieß nun jedoch auch die Anerkennung der spezifi-
 schen Fähigkeiten der Mädchen als gleichwertige Leistungen. Mädchenarbeit bedeutete,
 die durch Erziehung entstandenen Bildungs- und Politisierungsdefizite auszugleichen.

Das Mädchenbild

40 Das in der Arbeiterjugend vorherrschende Frauenbild verstärkte die schon vor-
 handene Ungleichheit bzw. Ungleichberechtigung von Mädchen und Jungen in der Ge-

sellschaft. Auch innerhalb der Arbeiterjugendbewegung wurde Anfang der zwanziger Jahre von der „Eigenart der Mädchen“, von den „natürlichen Pflichten“ der Frau gesprochen. Auch hier gab es die Angst vor der „Verwilderung“, der „Verbengung“ der Mädchen: „Ein allzu jungenhaftes Mädchen wird auf die Dauer keinem Jungen behagen, doch wird das frische, natürliche Mädchen gern als Kameradin anerkannt werden.“ (Arbeiterjugend, 1921) 1

Der Lebensentwurf, dem das Mädchenbild der „weiblichen Eigenart“ zugrunde lag, reduzierte die Mädchen wiederum auf die Rolle der zukünftigen Mutter und damit zwangsläufig auf die Erzieherin der kommenden Generation. Für diese „Krönung ihres Lebens“ sollten sie durch Gymnastik ihren Körper gesund erhalten. Durch geistige und politische Bildung sollten sie die richtige Einstellung bekommen, die Kinder im Sinne der Bewegung zu erziehen. Die Mädchen sollten die durch Erziehung entstandenen Defizite ausgleichen, sie sollten sich auf den Mädchenabenden gegenseitig zur Gemeinschaft erziehen. Sie sollten den Jungen „gute Kameraden“ werden und gleichzeitig ihre „Eigenart“ bewahren. 5

Das Mädchenbild veränderte sich im Laufe der Zeit in der Arbeiterjugend – wie das Frauenbild insgesamt. Nicht mehr die „natürlich-weibliche“ Hausfrau und Mutter war Ende der zwanziger Jahre das Ziel, sondern die berufstätige, selbstbewusste Staatsbürgerin. „Erst im letzten Jahrzehnt beginnt das weibliche Geschlecht aufzuwachen“, stellte eine der Betroffenen 1931 in der Verbandszeitung fest. Die Mädchen erkannten und betonten, dass ihre angebliche Minderwertigkeit nur ein anerzogenes – also gesellschaftlich bedingtes – Minderwertigkeitsgefühl war. Die „weibliche Eigenart“ wurde als bürgerliches Rollenmerkmal entlarvt. Verschiedenartigkeit könne nicht mit Verschiedenwertigkeit beantwortet werden, hieß es in diesen Diskussionen. Die Kritik am Verhalten der Jungen nahm zu. Selbstbewusst stellten die weiblichen Mitglieder fest, dass auch Jungen als Funktionäre versagten. 10

Die Mädchen merkten auch, dass die Jungen dem Prinzip der Gemeinschaftserziehung widersprachen, wenn sie ihren Maßstab an das andere Geschlecht anlegten. Auch die Jungen sollten sich verändern: „Solange in der menschlichen Gesellschaft die Frau minderbewertet wird gegenüber dem Mann, solange werden wir auch in den Arbeiterorganisationen eine Mädels- bzw. Frauenfrage haben.“ (1931) 15

Die Gemeinschaftserziehung – ein abstraktes Prinzip

Die gesellschaftlich traditionell verschiedenartige Erziehung der Mädchen und Jungen sollte in der Arbeiterjugendbewegung ausgeglichen beziehungsweise beseitigt werden. Durch die gemeinsame Erziehung der Geschlechter sollten beide die gleichen Rechte und Pflichten übernehmen. Dabei sollte die Eigenart eines jeden nicht verloren gehen. So wären in Kurzform die Ziele der Gemeinschaftserziehung als Erziehungsgrundsatz der Arbeiterjugend zu umschreiben. Dieser Grundsatz stand im Gegensatz zur 20

..... 25

..... 30

..... 35

..... 40

1 Ideologie der herrschenden Moral- und Sittlichkeitsvorstellungen. Er musste immer wieder gegen die Angriffe von bürgerlicher und kirchlicher Seite, die das Zusammenleben von Jungen und Mädchen als unmoralisch, unsittlich und unnatürlich diffamierten, verteidigt werden.

5 In der Auseinandersetzung um die Mädchengruppen in der SAJ wurde immer wieder betont, es gelte „in der Praxis zu zeigen, dass wir stark genug sind, dieses Prinzip hochzuhalten“. (1921) Auch eine nur vorübergehende Einrichtung getrennter Gruppen wäre gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit ein Eingeständnis der Unzulänglichkeit des Grundsatzes gewesen.

10 Die Gemeinschaftserziehung setzte die Gleichberechtigung der Geschlechter voraus. Sie sollte einen wichtigen Bestandteil des Idealzustandes vorwegnehmen: die tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Frauen und Männern, die vollständig erst in der sozialistischen Gesellschaft zu realisieren wäre. Die Befreiung der Frau erfordere die gleiche Erziehung und die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten, wie sie dem Mann zugestanden wurden. Durch die gemeinsame Erziehung sollten die Mädchen auf den „Lebenskampf“ vorbereitet werden. Das Ziel der Gemeinschaftserziehung wäre ein kameradschaftliches und sittliches Verhältnis der Geschlechter zueinander. Gemeinschaftserziehung wurde so als Lernprozess verstanden.

20 Im „Handbuch für sozialistische Jugendarbeit“ hieß es 1928, das Verhalten der Geschlechter zueinander solle „natürlich, wahrhaftig und verantwortungsbewusst“ sein. Eine getrennte Erziehung sei aus der Anschauung entstanden, das weibliche Geschlecht sei minderwertig, minderbefähigt und minderberechtigt. Eine sozialistische Gesellschaft – und die Arbeiterjugend verstand sich als eine Art Versuchsstation, als Mikromodell einer neuen Gesellschaft (vgl. Anna Siemsen, Selbsterziehung der Jugend, Berlin 1929, S. 49) – fordere die volle Menschenwürde der Frau. Dazu sei eine gleiche Erziehung für Mädchen und Jungen notwendig.

Um dies zu erreichen, war auch eine gezielte Sexualerziehung Bestandteil der Gruppenarbeit. Unter anderem wurde dazu das Aufklärungsbuch von Max Hodann „Bub und Mädél – Gespräche unter Kameraden über die Geschlechterfrage“ von 1924 benutzt.

30 Die Gemeinschaftserziehung barg auch die Gefahr der Rollenstabilisierung. Das Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen war geprägt durch die bürgerlichen Normen und die traditionelle Erziehung. Deshalb blieb der Anspruch auf gemeinsame Erziehung ein abstraktes Prinzip. Die Voraussetzungen für Mädchen und Jungen waren so verschieden, dass hier ein Ausgleich hätte geschaffen werden müssen. Gleiche Bedingungen für beide Geschlechter waren nicht schon durch den äußeren Rahmen gegeben.

35 Die Jungen hatten aufgrund ihrer Erziehung generell ein hohes Maß an Überheblichkeit verinnerlicht. Sie entwickelten in der Pubertät einen „Geltungstrieb“, der sie eher dazu bewegte, eine Funktion in der Jugendorganisation zu übernehmen und ihre Interessen durchzusetzen. Dadurch wurden die Mädchen in den Gruppen nicht unter-

40

stützt, sondern weiter verunsichert. Wenn sich jedoch Formen und Inhalte der Arbeiterjugend eher an den Interessen der Jungen orientierten, so wurden die Mädchen im Verband über das gesellschaftlich erklärbare Maß an Passivität hinaus zurückgedrängt. 1

Kritik und Ausblick 5

Durch Ansätze einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den Gruppen, durch die Vernachlässigung der Mädchenschulung, durch die Dominanz der Jungen und deren scheinbar geringes Problembewusstsein für ihre Vorherrschaft wurde das traditionelle Frauenbild in der Arbeiterjugendbewegung unbewusst und bewusst gefördert und unterstützt. Eine Kritik kann allerdings nur dort ansetzen, wo die Emanzipation der Mädchen behindert wurde: Zum Beispiel durch das Festhalten an dem Prinzip der Gemeinschaftserziehung, das nur eine abstrakte Gleichberechtigung ermöglichte, weil die Auswirkungen der gesellschaftlichen Erziehung zwar erkannt, jedoch durch das Prinzip letztendlich aufrecht erhalten wurden – obwohl doch der Anspruch lautete, die Schäden der bürgerlichen Erziehung zu heilen. 10

Von Seiten der Freien Gewerkschaftsjugend des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin wurde schon 1925 Kritik an der inkonsequenten Mädchenschulung der proletarischen Jugendbewegung angemeldet. Im Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der „Mädchen-Kommission“ hieß es dort, der Anspruch der Gemeinschaftserziehung allein reiche nicht aus. Die Jungen, zahlenmäßig überlegen, hätten auch die Formen der proletarischen Jugendbewegung geprägt. Viele Jungen ließen ihre Überlegenheit spüren und hätten dadurch Befangenheit und Minderwertigkeitsgefühle der Mädchen noch weiter gesteigert und nicht dazu beigetragen, diese abzubauen. Die Gewerkschaftsjugend befürwortete und unterstützte folglich besondere Mädchenabende, um den Spielraum zur Entfaltung der weiblichen Mitglieder zu vergrößern. Eine besondere Mädchenwerbung und -schulung wurde auch deshalb als notwendig angesehen, weil die Mädchen mit anderen Voraussetzungen als die Jungen in die Gruppen kämen. 15

Die Analysen von SAJ und FGJ stimmten überein, führten jedoch zu unterschiedlichen Konsequenzen. Während das Prinzip der Gemeinschaftserziehung in der SAJ eine konsequente Mädchenarbeit behinderte und es der Initiative der Mädchen überlassen blieb, in einzelnen Bezirken besondere Kurse, Tagungen und Konferenzen einzuberufen, wurde in der FGJ diese Arbeit zentral und dezentral geplant und systematisch betrieben. 20

Auch die Nachfolgeorganisation der SAJ, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD), hielt zunächst an dem Prinzip der Koedukation als Gegenerziehung zur geschlechtsspezifischen Sozialisation fest. Allerdings wurden Ende der siebziger Jahre – sicher auch als Reaktion auf die neue Frauenbewegung, die eine parteiliche Mädchenarbeit forderte – besondere Arbeitskreise für Mädchen befürwortet, weil auch die 30

..... 35

..... 40

1 männlichen Mitglieder sich nicht von der patriarchalischen Ideologie freimachen könnten. Deshalb, so die damalige Forderung, sei es notwendig, auch im sozialistischen Jugendverband für die Emanzipation zu kämpfen. Die Sozialistische Mädchenkonferenz der Falken 1979 war die erste dieser Art in der damals 75jährigen Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sie fand nach dem Delegiertenprinzip für Bundeskonferenzen der Falken statt und war insofern berechtigt, verbindliche Beschlüsse zu fassen. 1924 hatten die weiblichen Delegierten der SAJ auf der Reichskonferenz gefordert, eine Reichsmädchenkonferenz parallel zum Reichsjugendtag in Hamburg 1925 abzuhalten. Sie wurden vertröstet auf einen Mädchenkursus. Erst nach 55 Jahren wurde diese Forderung
5
10 realisiert.

„Auch bei uns werden Mädchen nach wie vor mehr in ihrer passiven Rolle bestärkt, werden Mädchen weniger ermutigt, Funktionen und verantwortliche Positionen zu übernehmen, wird ihnen insgesamt zu wenig persönliches und politisches Selbstbewusstsein zugestanden.“ – so die Analyse in „Theorie und Praxis der sozialistischen Kinder- und Jugendarbeit“ 1978.
15

Der Anspruch lautete nun, dieses rollenspezifische Verhalten in der täglichen Praxis bewusst zu machen und zu verändern. Mädchenarbeit müsse über den Duldungscharakter hinausgehen; es gelte, die männlichen Strukturen innerhalb des Verbandes in Frage zu stellen. „Mädchenarbeit strebt längerfristig eine Veränderung der zumeist patriarchalischen Organisationsstrukturen an.“ Sie erfordere aber auch eine geschlechtsspezifische Jungenarbeit, denn Emanzipation bedeute für die Mädchen bei den Falken nicht nur Gleichberechtigung, sondern die Entwicklung von neuen menschlichen Werten, Umgangsformen und Verhaltensweisen. So nachzulesen in der Dokumentation zur Sozialistischen Mädchenkonferenz von 1979.
20

Das Prinzip der Koedukation wird heute in der Sozialistischen Jugend wieder in Frage gestellt, da eine scheinbar geschlechtsneutrale Erziehung in der Praxis darauf hinausläuft, dass einseitig doch die Interessen und Verhaltensweisen der Jungen berücksichtigt werden. Diese Erklärungsansätze sind die konsequente Fortsetzung der Diskussionsprozesse innerhalb der SAJ zu Beginn der dreißiger Jahre. Allerdings führte – wie berichtet – die damalige Strukturanalyse der Mädchen in der Arbeiterjugendbewegung nicht zu einer parteilichen Mädchenarbeit. Das Festhalten am Prinzip der Gemeinschaftserziehung manifestierte letztlich das Rollenverhalten der Geschlechter. Diese Brüche zwischen Ansprüchen und täglichen Erfahrungen sind auf die Ungleichzeitigkeit von Denken, Wollen und Handeln zurückzuführen.
25
30

Diese Widersprüchlichkeit hat insbesondere die neue Frauenbewegung aufgedeckt und damit die Ansprüche der Frauen an den Sozialismus erhöht. „Der ökonomische Kampf und der Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter muss miteinander verknüpft werden, da erfahrungsgemäß eine Umwälzung der Produktionsbedingungen nicht unbedingt die patriarchalische Struktur in einer Gesellschaft zerstört.“ (s.o.)
35
40

So gilt es heute nach wie vor, die traditionellen Rollenmuster auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens aufzubrechen. Dies bedeutet ein völlig neues Politikverständnis, denn eine Trennung von Politik und Persönlichkeit darf und kann es demnach nicht mehr geben. Tradierte Verhaltensweisen und traditionelles Denken, unreflektierte Vorurteile und auch der gesamte so genannte private Bereich stehen in diesem Zusammenhang zur Diskussion. 1
 5
 10
 15
 20
 25
 30
 35
 40

Geschichte der Arbeiterjugendbewegung weltweit – eine unvollständige Geschichte!

Von Kai Burmeister

Kai Burmeister ist IUSY-Vizepräsident und lebt in Lübeck

Der Kampf um die Gewinnung der Jugend ist eine der Kernfragen des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Zu den Lehren und Erfahrungen der Geschichte gehört, dass die Ziele und die Politik des Imperialismus und Militarismus mit den Lebensinteressen der jungen Generation unvereinbar sind.

Aus: Geschichte der Arbeiterjugendbewegung (1974)

Das Denken und Handeln über die Grenzen des Nationalstaates hinaus ist für Jusos nicht erst seit dem Gerede um Globalisierung seit den 1990ern aktuell geworden. Vielmehr ist der Internationalismus seit jeher wesentlicher Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der Arbeiterjugendbewegung und damit der Jusos.

Dieser Beitrag kann unmöglich die ganze Geschichte des Internationalismus unserer Jugendbewegung darstellen. Vielmehr sollen mit der Gründungsphase der sozialistischen Jugendinternationale vor dem 1. Weltkrieg, der Wiedegründung nach dem 2. Weltkrieg und dem sich ausbreitenden Antikommunismus sowie mit der Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika drei wichtige Etappen der internationalen Praxis vorgestellt werden. Wichtige Kapitel wie der Kampf gegen den Faschismus, die Entwicklung von jungsozialistischen Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Südamerika müssen unberücksichtigt bleiben.

1. Die sozialistische Jugendinternationale vor dem 1. Weltkrieg

Die Gründung der deutschen Arbeiterjugendbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts fiel in eine Zeit, die neben der sozialen Frage vor allem durch den sich ausbreitenden Imperialismus und die Vorwehen des 1. Weltkrieges bestimmt wurde. Entsprechend belegen zahlreiche Flugblätter und Broschüren der Arbeiterjugendbewegung, dass der Kampf gegen den sich abzeichnenden Krieg zum Hauptthema der damals aktiven Jungsozialisten gehörte.

Programmatisch war für die damalige Generation von Aktiven klar, dass die Kriegsgefahr nur durch die internationale Zusammenarbeit der jungen Generation gebannt werden konnte. Entsprechend oft tauchen in den frühen Schriften der organisierten Arbeiterjugend Forderungen nach internationaler Zusammenarbeit und internationaler Solidarität auf. Praktisch wurde diese Forderung auf breiter Ebene jedoch durch den Stand der Technik erschwert. Der damals noch niedrige Entwicklungs- und Verbreitungsgrad von ländergrenzenüberschreitender Transport- und Kommunikations-

technik behinderte die internationale Vernetzung bzw. beschränkte diese auf wenige Funktionäre. 1

Dennoch kam es bereits 1907, im Anschluss an den Internationalen Sozialistenkongress, in Stuttgart zur Gründung der „Sozialistischen Jugendinternationale“. An der Konferenz nahmen 20 Jugendvertreter aus Österreich, Böhmen, Ungarn, Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Holland, England, Dänemark, Schweden, Australien und der Schweiz teil. Aus der Mitte des Kongresses heraus wurde ein Büro gewählt, dass für die weitere Arbeit verantwortlich war. 5

Auf der Tagesordnung dieser kleinen, ersten internationalen Jugendkonferenz stand neben dem Austausch über die Aktivitäten in den einzelnen Ländern vor allem der Kampf gegen den Militarismus. In einem vierstündigen Referat erläuterte der Präsident der Jugendinternationale, Karl Liebknecht, die grundlegenden Gedanken seines Aufsatzes „Militarismus und Antimilitarismus“. Aber auch Themen wie sozialistische Erziehungsarbeit sowie die Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden diskutiert. Die niederländische Genossin Henriette Roland-Holst führte beispielsweise aus „Von der Erziehung, die der Arbeiter in diesen Jahren empfängt, ist es abhängig, ob er den geistigen Verirrungen nach dem Reformismus oder nach dem Anarchismus hin zugänglich sein wird oder ob er den kürzesten Weg zu seiner geistigen Befreiung wählen wird.“ Auch wenn diese Formulierungen heute ungewöhnlich klingen mögen, so zeigen die Ausführungen des ungarischen Vertreters Alpari, dass die Themen auch nach fast 100 Jahren immer noch ähnlich sind. Alpari referierte über die Verbesserung der sozialen Lage als eine Vorbedingung für die Bildungsarbeit und forderte entsprechend eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen gesetzlichen Jugendschutz. 10
 15
 20

Im Anschluss an die Stuttgarter Konferenz folgten weitere Aktivitäten und kleinere internationale Zusammenkünfte. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Verbindung der Jugendorganisationen vor dem 1. Weltkrieg sehr lose und unverbindlich gewesen ist. Zudem muss bedacht werden, dass die internationale Vernetzung nur auf Europa beschränkt blieb. 25

Die historische Spaltung der sozialistischen Bewegung zwischen den beiden Weltkriegen in sozialdemokratische und kommunistische Strömungen hat sich auch auf die Jugendorganisationen ausgewirkt. Dies drückte sich auf internationaler Ebene in der Gründung der kommunistischen sowie der sozialistischen Jugendinternationalen in den 1920ern aus. Der Faschismus führte in den darauffolgendem Jahrzehnt dazu, dass die Arbeiterjugendbewegung verfolgt wurde und nur im Untergrund agieren konnte. 30
 35

2. Nach dem 2. Weltkrieg: Zwischen Antikommunismus und Post-Kolonialismus

Nachdem in Europa der Faschismus besiegt war, fand im September 1946 in Paris die erste Nachkriegskonferenz von jungen SozialistInnen aus aller Welt statt. Auf dieser Konferenz wurde unsere Weltorganisation unter ihrem bis heute gültigen Namen 40

1 „International Union of Socialist Youth“ (IUSY) wiederbegründet. Die Gründung der IUSY kann im Kontext des sich anbahnenden Kalten Krieges verstanden werden. Neben der IUSY bestand auch der kommunistisch beeinflusste „Weltbund demokratischer Jugend“ (WBDJ). IUSY und WBDJ standen in gegenseitiger Konkurrenz zueinander. Innerhalb der IUSY herrschte eine große Kontroverse darüber, wie das Verhältnis mit dem kommunistischen Jugendverband ausgestaltet werden sollte. So waren einzelne nationale Mitgliedsverbände der IUSY gleichzeitig Beobachter im WBDJ bzw. befürworteten eine enge Kooperation, während andere IUSY-Mitglieder jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten kategorisch ablehnten.

5
10 In der Zeit des aufkeimenden Kalten Krieges war die Gestaltung der Kooperation der beiden internationalen Jugendverbände von höchster politischer Bedeutung. Dies wurde 1968 deutlich, als in Norwegen bekannt wurde, dass die IUSY seit Anfang der 1950er Jahre finanziell durch den us-amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt wurde. So schrieb der Spiegel damals: „(...)Der US-Geheimdienst CIA hat sich der Jung-Sozialdemokraten in aller Welt zu bedienen versucht, um Einfluss auf die kommunistisch geleiteten Weltjugendfestspiele zu nehmen (...)“. Das Bekanntwerden der IUSY-CIA-Kooperation führte zu massiven Verwerfungen innerhalb der Organisation. Mit diesem Beispiel soll verdeutlicht werden, dass es in der Hochphase des Systemstreits eben nicht nur um eine politische Kontroverse, als vielmehr um eine Instrumentalisierung zu Propagandazwecken ging.

15
20 Die Verankerung der IUSY an der Basis der jeweiligen nationalen Organisation wurde zu Beginn der 1950er durch internationale Camps erreicht. So gab es die größten IUSY-Festivals der Nachkriegszeit 1950 in Stockholm und 1952 in Wien mit 25.000 bzw. 32.000 Teilnehmern. Als ebenfalls prägend für die frühe Nachkriegszeit kann die wirkliche globale Ausbreitung der IUSY auf allen Kontinenten betrachtet werden. Zwar kam die Mehrheit der Mitgliedsorganisation nach wie vor aus Westeuropa, doch beispielsweise die „Juventudes Socialistas“ aus Argentinien, die „Pakistan Socialist Party Youth“ sowie die „Convention People's Party Youth Section“ aus Ghana verliehen der IUSY einen wirklich internationalen Charakter. So umfasste die IUSY zu Beginn der 1950er 73 Mitgliedsorganisationen aus 50 Ländern und 5 Kontinenten. Die ersten Kontakte der IUSY zu Organisationen aus Afrika und Asien wurde damals häufig über ausländische Studierende, die für einige Semester eine europäische Universität besuchten, erreicht.

25
30 Die globale Ausbreitung der IUSY spiegelte sich schnell in der Programmatik wieder. In einer Broschüre aus dem Jahr 1952 heißt es: „Die IUSY ist mehr als eine internationale Organisation. Die IUSY ist ein Bund sozialistischer Bewegungen aller Kontinente, die sich zusammen geschlossen haben, (...) um jeden Land der Erde echte politische, soziale und wirtschaftliche Demokratie zu bringen.“ Um konkrete Beispiele anzuführen, forderte die IUSY beispielsweise die Unabhängigkeit des afrikanischen Kontinents durch den europäischen Kolonialismus. So setzte sich die IUSY u.a. für die Been-

35
40

digung der britischen Herrschaft in Kenia ein und sprach sich gegen den Krieg Frankreichs in Algerien aus. 1

Auch Lateinamerika lag im Zentrum des Interesses. Die Lage wurde wie folgt analysiert: „Die IUSY hat festgestellt, dass viele Länder Lateinamerikas einem zweifachen Druck durch den Imperialismus und durch den lokalen Kapitalismus ausgesetzt sind. Nach Ansicht der IUSY wird die Politik der USA in Lateinamerika von den einheimischen Kapitalisten unterstützt. Die Politik beider zusammen besteht darin, Zwiespalt und Hader im Inneren zu säen, um damit dem ausländischen Kapitalismus Vorschub zu leisten. Sie dienen damit als politisches Instrument, das diese Länder an die amerikanische Politik fesselt.“ Der Einfluss der USA auf Südamerika kann anhand des chilenischen Beispiels verdeutlicht werden. Nachdem Salvador Allende mit der Unidad Popular (Volkseinheit) die chilenische Regierung übernommen und auf dem politischen und ökonomischen Gebiet einige anti-kapitalistische Strukturreformen wie die Verstaatlichung von Kupfer- und Salpeterminen durchgeführt worden sind, kam es unter aktiver Beihilfe des CIA zu einem Putsch. 5

Die internationale Arbeit der Jusos befasste sich zu dieser Zeit ebenfalls u.a. mit der Lage in Chile. Der Juso-Bundeskongress von 1974 stellte damals fest: „Seit dem 11. September 1973 unterdrückt eine faschistische Militärjunta mit brutalem Terror das chilenische Volk. Die Arbeiterklasse wird wieder mit allen Mitteln ausgebeutet. (...) Hier-von profitieren besonders die mit dem Militär verbündete einheimische Bourgeoisie und das internationale Kapital.“ 10

Einige Zeilen später wird zur Lage in ganz Lateinamerika festgestellt: „Es ist unbestritten, dass Lateinamerika in besonderem Maße härtester politischer und ökonomischer Abhängigkeit der imperialistischen Vormacht den Vereinigten Staaten und den us-amerikanischen Konzernen ausgesetzt ist.“ 15

Die Jusos, wie auch viele andere IUSY-Mitglieder aus Westeuropa, setzten sich also seit den frühen 1970ern verstärkt mit Chile, Brasilien, Bolivien, Peru und Argentinien und später auch Nicaragua auseinander. Nicht nur im Bundesverband, sondern auch in fast jedem Unterbezirk entstanden entsprechende Arbeitskreise, in denen neben einer Analyse der politischen Lage in Lateinamerika auch vielfach sehr praktische Solidaritätsarbeit geleistet wurde. 20

Die Jusos entwickelten in den 1970ern auch sehr konkrete Forderungen an die Schmidtregierung, um die Solidarität mit dem chilenischen Volk auszudrücken. So sollte die Bundesregierung jegliche wirtschaftliche und politische Unterstützung der Militärjunta beenden. Hierzu sollten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden, die Ausbildung chilenischer Offiziere an den Bundeswehrhochschulen eingestellt werden und chilenische Demokraten und Sozialisten sollten bedingungsloses Asyl in der Bundesrepublik erhalten. 25

Militärdiktaturen bestanden bis zu den 1970er Jahren auch in Spanien, Portugal und Griechenland. Entsprechend war für die Jusos in dieser Zeit die Unterstützung 30

..... 35

..... 40

1 von demokratisch-sozialistischen Bewegungen von zentraler Bedeutung. Mehrere Bundeskongressbeschlüsse setzten sich mit der Lage in diesen südeuropäischen Ländern auseinander.

5 Die Bundesregierung wurde mehrfach aufgefordert Waffenlieferungen nach Griechenland zu verbieten und 1974 hat Andreas Papandreu als Vertreter des griechischen antidiktatorischen Widerstandes auf einem Bundeskongress gesprochen. Die Jusos drückten in einer umfassenden Resolution ihre Solidarität aus. Nachdem mit der Nelkenrevolution die Diktatur in Portugal beendet wurde, setzten sich die Jusos in kritischer Solidarität mit der Politik der Kommunistischen Partei Portugals auseinander, ohne dabei „in einen blinden und emotionalen Antikommunismus zu verfallen“. So wurde u.a. festgestellt, dass die KP einen Alleinvertretungsanspruch durchsetzen wollte und damit die demokratische Entwicklung im Land behindert worden ist. In dem ausgewogenem Antrag wurde allerdings auch der Investitionsboykott der deutschen Industrie sowie die Drohungen der us-amerikanischen Administration kritisiert, die portugiesische Revolution von außen zu torpedieren.

15 Dieser kurze historische Rückblick auf einige Länder und Regionen zeigt, dass viele junge SozialistInnen unter Einsatz von Leib und Leben für die Durchsetzung umfassender politischer und sozialer Rechte gekämpft haben. In vielen Ländern wie Chile und Griechenland konnten die Diktaturen überwunden werden. Auch heute sind viele kleinere IUSY-Mitglieder in Asien und Afrika massiver politischer Repression ausgesetzt. Es ist klar: In vielen Ländern der Welt ist soziale Demokratie und das Recht zur politischen Betätigung noch lange nicht durchgesetzt. Unsere aktuell Aufgabe als Jusos auf internationaler Ebene ist damit klar.

25 *Literatur:*

Der Spiegel, Tote Ratten, in Der Spiegel Nr. 31/1968, S. 28 f.

IUSY, The International Union of Socialist Youth, Wien 1952

Karl-Heinz Jabnke u.a., Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Dortmund 1975

30

35

40

Keine, neue, andere, alte Helden? – Die neuen sozialen Bewegungen. 1

Von Lars Klingbeil 5

Lars Klingbeil ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Berlin

„Wir seben die Welt mit anderen Augen seitdem wir draußensind

Wir seben Dinge ohne Namen mit schleierhaftem Sinn

Wir sind Leute in den Straßen, wir seben unmöglich aus 10

Unsere Art sich zu bewegen gleicht einem Fallen oder Schweben,

so als wäre uns der Boden unter den Füßen weggezogen. (...)

Wir steben auf der Schwelle einer neuen Zeit.“

(Kante, Zombi)

..... 15

1. „Die soziale Bewegung“

Immer wieder geistert das Phänomen der „neuen sozialen Bewegungen“ durch die Presselandschaft, die wissenschaftliche Debatte und auch diverse Juso-Antragspapiere. In diesem Artikel soll ein kurzer Rückblick auf die Entwicklungen der Bewegungen der letzten Jahre gegeben werden, das Verhältnis von Jusos und Bewegung geschildert werden und abschließend werden noch einige Bemerkungen zum strategischen Dilemma skizziert, auf das die Bewegungen zusteuern könnten. 20

Soziale Bewegungen gehören schon lange zum politischen Geschäft: Die Studentenbewegung 1968 war beispielsweise mit Ausgangspunkt für die Frauenbewegung, die Friedens- bzw. Anti-Kriegsbewegung, die Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung und letztendlich die Eine-Welt-Gruppen. Auf diese „alten“ sozialen Bewegungen soll hier allerdings nicht eingegangen werden. Im Mittelpunkt stehen die aktuellen Entwicklungen, die mit den Protesten von Seattle im Jahr 1998 einsetzen. 25

Klar muss dabei allerdings auch sein: Die „eine“ neue soziale Bewegung gibt es nicht. „Die Bewegung“, so Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin, ist ein „Konstrukt der Medien“ in ihrer Fixiertheit auf „Eindeutigkeit, auf greifbare Personen und Institutionen“ (taz, 03. November 2001). Es handelt sich dabei um einen heterogenen Zusammenschluss von verschiedenen Aktivisten und Organisationen. Ziel von sozialen Bewegungen ist dabei die grundsätzliche Änderung der Gesellschaft. Jede Kampagne, jede Aktion wird diesem Gesamtziel untergeordnet. Die Bewegung versteht sich als emanzipativ. Attac hat dies in Deutschland mit dem Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ verdeutlicht. 30

Strukturell sind soziale Bewegungen von einem mittleren Organisationsgrad geprägt und unterscheiden sich damit von spontanen und kurzlebigen Aktionen auf der 40

1 einen und formellen Organisationen wie Parteien auf der anderen Seite (Rucht, 2002). Die Organisation erfolgt vor allem in netzförmigen Strukturen von Personen, Gruppen und Organisationen. Als drittes Merkmal sieht Rucht, dass sie „mangels anderer Möglichkeiten der Einflussnahme bevorzugt zum Mittel des kollektiven und öffentlichen Protests greifen.“
 5 Durch ihre Struktur erweist sich die Bewegung als flexibel in der Agitation und offen für neue Formen der politischen Arbeit und der Aktion. Auf der anderen Seite geht mit einer solchen Flexibilität zu oft aber auch ein Anspruch auf Professionalität der Arbeit verloren. Dies muss allerdings nicht zwangsläufig passieren.

10 *„Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist.
 Es ist nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.“
 (Die Ärzte, Deine Schuld)*

2. Seattle '98: Startpunkt einer Bewegung

15 Mediale Aufmerksamkeit erhielten die „neuen sozialen Bewegungen“ erstmals wieder in größerem Ausmaße nach den Massenprotesten während der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle (USA) im Jahr 1998. Knapp 50.000 Menschen demonstrierten gegen die neoliberale Politik der Welthandelsorganisation und forderten gleichzeitig eine andere Politik. Zusammen mit anderen Faktoren haben die Proteste die Tagung in Seattle zum Scheitern gebracht. Die WTO wurde damit in eine Krise gestürzt, die bis heute anhält. Für die Eigenmotivation der Bewegung hat Seattle einen enormen Schub bedeutet, von dem man bis heute ebenfalls profitiert.

20 Der politische Einfluss und die öffentliche Aufmerksamkeit der zu diesem Zeitpunkt vor allem globalisierungskritischen Organisationen wuchsen von nun an beständig.
 25 Die Öffentlichkeit setzte sich intensiver mit den Kritikern der Globalisierung auseinander und diese erfuhren vermehrten Zuspruch in der Gesellschaft. Treffen der G8, des Zusammenschlusses der wirtschaftskräftigsten Nationen, Treffen der Weltbank, des IWF, der WTO, aber auch der Nato und der Europäischen Union wurden permanent und öffentlichkeitswirksam von Protesten begleitet. Prag, Nizza, Göteborg und Genua waren die nächsten Stationen der Auseinandersetzung um die Agenda der Globalisierung. Überall traten die Aktivist*innen mit der Forderung nach einer neuen Weltfinanzarchitektur auf. Weitere Forderungen wurden dabei umrissen: Entschuldung der ärmsten Länder, Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen, Bekämpfung der Steuerflucht, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie Transparenz und Demokratisierung der Politik.

30 Als problematisch hat sich dabei erwiesen, dass die wenigen gewaltbereiten Demonstranten es durch ihre Aktionen verstanden die Berichterstattung zu dominieren und die Anliegen der Bewegung partiell in den Hintergrund rückten. Klar ist dabei, dass die gewaltbereiten Gruppen eine absolute Minderheit innerhalb der Bewegung darstellen und die meisten Aktivist*innen gewaltfrei für ihre Ziele eintreten.
 35
 40

*„Du und ich und sonst noch n paar Leute
Wir sind auf der guten Seite“
(Sportfreunde Stiller, Auf der guten Seite)* 1

3. Alternativen und Vielfalt als Stärke 5

Dabei war es nicht nur die Ablehnung der herrschenden politischen Logik, die die Proteste motivierte. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ wurden auch Alternativen zur aktuellen Politik in den Mittelpunkt des Protests gestellt. Die Bewegung schaffte es, visionäre Ideen gesellschaftlich wieder stärker zu verankern. Im Mittelpunkt stand dabei freilich nicht der Gedanke der „Anti-Globalisierung“, wie dies häufig berichtet wird, sondern eine Ablehnung der momentanen Politik der (ökonomischen) Globalisierung, die zu häufig zu Lasten der Ärmsten und sozial Schwachen in den Ländern der Welt geht. Die Globalisierung wird wahrgenommen als Phänomen, das sich in unterschiedlicher Qualität sowohl in den Gesellschaften des Südens als auch im Norden mit negativen Effekten auf die Lebensqualität der Menschen auswirkt. 10

Man hat sich mit den Forderungen allerdings nie – und dies muss auch als Stärke gesehen werden – auf konkrete politische Modelle geeinigt, deren Umsetzung man forderte. Die Bewegung hat immer Raum für unterschiedliche Ansätze und Ideen gelassen. Die Bewegung konnte so auch aus höchst unterschiedlichen Gruppen bestehen: Von ökologischen Gruppen, über entwicklungspolitische Organisationen, anti-kapitalistische Gruppierungen bis hin zu Gewerkschaften. Von Gewerkschaftsvertretern bis hin zum anarchistischen Gruppen konnte man sich so zu einem Konsens, der zwar brüchig aber effektiv war, einigen. Der Erfolg der Bewegung war sichtbar: Die Auswirkungen der Globalisierung standen wieder auf der Tagesordnung und wurden diskutiert. Ziel war es, Einfluss auf die Logik der Debatte zu nehmen. Dies haben die Proteste geschafft. Ein Grundstein war gelegt. 20

4. Neue Politik und neue Politikformen

In Zeiten, in denen sich etablierte Organisationen wie Parteien und Kirchen über mangelnde Mitarbeit, gerade junger Menschen beklagen, schafften es die globalisierungskritischen Organisationen ihre eigenen Mitgliederzahlen ständig zu erhöhen. Gründe hierfür sind sowohl in der thematischen Agenda, aber in neuen Politikformen zu sehen. Durch neue Arten der Zusammenarbeit und neue Einbringungsmöglichkeiten bieten die sozialen Bewegungen dabei ausreichend Anknüpfungspunkte für junge Menschen. 30

Die neuen sozialen Bewegungen sind dabei auch eine Reaktion auf die zunehmende Komplexität des politischen Prozesses, der oftmals undurchschaubarer wird und auf den immer mehr Lobbygruppen versuchen Einfluss zu nehmen. Jugendliche können ein „situated Engagement“ (Huber, 2004) praktizieren, das vor allem auf die politischen Partizipationswünsche junger Menschen eingeht. Es werden neue Formen der Mitarbeit 40

1 geboten. Die Zivilgesellschaft nimmt in politischen Prozessen generell eine immer bedeutendere Rolle ein und auch für Parteien stellt sich somit die Frage, wie man auf diese politischen Umbrüche reagiert und neue Strategien entwickelt.

5 In Abgrenzung zu den sozialen Bewegungen der 60er Jahre bringen die heutigen sozialen Bewegungen eine neue Qualität mit sich, da sich transnational bzw. international vernetzen. Es findet eine „Internationalisierung der neuen sozialen Bewegungen“ statt. Die Bewegung in ihrer jetzigen Form würde es ohne die massiven Veränderungen durch die Globalisierung selbst gar nicht geben können. Organisationen wie Attac haben es verstanden, neue Politikformen, die mit den Globalisierungsprozessen und dem damit einhergehenden technischen Fortschritt erst möglich wurden zu nutzen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht dabei das Internet.

4.1. Exkurs: Attac

15 Attac („Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“) bildete sich 1995/1996 aus den Protesten gegen das „Multilateral Agreement on Investment“ (MAI), einem Internationalen Investitionsabkommen, das verabschiedet werden sollte, heraus. Auch die Sparpläne des damaligen französischen Ministerpräsidenten Juppé sorgten in dieser Zeit für massive Proteste. Heute hat Attac weltweit 60.000 Mitglieder bei steigenden Zahlen. Auf der ganzen Welt existieren Attac-Gruppen in 50 Ländern. Die populärste Forderung ist dabei die Besteuerung internationaler spekulativer Finanztransaktionen mit der so genannten Tobin-Tax. Die thematische Agenda hat sich seit dem allerdings kontinuierlich weitert.

25 Auch in Deutschland befand sich die globalisierungskritische Bewegung nach Seattle im Höhenflug. Dieser manifestierte sich vor allem anhand des Aufschwungs des deutschen Netzwerkes von Attac. Auch wenn dies abgestritten werden würde, orientiert Attac die globalisierungskritische Bewegung und mag vielleicht nicht die „Zentrale der Globalisierungskritiker“ sein, zumindest aber deren organisierendes Zentrum. Attac selbst sieht sich irgendwo zwischen sozialer Bewegung, Netzwerk und NGO.

30 Attac Deutschland hat durchaus unterschiedlichste Mitgliedsorganisationen. Von Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Bürgerinitiativen reicht das Spektrum bis hin zu NGOs). Der Juso-Bundesverband gehörte zu den Gründungsmitgliedern von Attac Deutschland und hat sich seit dem immer wieder in die Arbeit der Attac-Strukturen eingebracht. Die Arbeit von Attac in Deutschland ist trotz des offenen und pluralen Strukturen stark professionalisiert und in 160 Städten existieren Orts- und Regionalgruppen. Auch hier bringen sich vielerorts Jusos ein.

4.2. Sozialforen

40 Zunehmend ging es in den Bewegungen darum, die Alternativen zur neoliberalen Globalisierungsagenda zu entwerfen und zu diskutieren. Hierbei wurde auf das

Organisationsmodell der Sozialforen zurückgegriffen. Foren gelten als „Markt der politischen Ideen“ und sollen nicht zu einem Ergebnis führen, sondern innerhalb eines Korridors (bspw. der Verständigung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit) Raum bieten, verschiedene politische Ansätze zu diskutieren. 1

Sozialforen finden in einigen Ländern mittlerweile im nationalen Rahmen statt. Auf europäischer Ebene hat das ESF (Europäisches Sozialforum) mittlerweile schon mehrere Male stattgefunden und auch das Weltsozialforum (WSF) ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Mit dem WSF wurde eine Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos geschaffen, bei dem Staats- und Regierungschefs mit Wirtschaftsvertretern zusammenkommen. Nach mehreren Treffen des WSF im brasilianischen Porto Alegre fand es 2004 erstmals auf asiatischem Boden, in Mumbai (Indien) statt. Über 100.000 TeilnehmerInnen aus 150 Ländern diskutierten dort mehrere Tage über Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. 5

Auch in Deutschland soll 2005 erstmals ein Sozialforum stattfinden, bei dem Gruppen aus den verschiedenen Organisationen in Deutschland ihre Alternativen zur aktuellen Politik darstellen und diskutieren wollen. 15

4.3. Agenda: Frieden und Globalisierung

Nach dem es seit Seattle vor allem die globalisierungskritische Bewegung war, die die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit dominierte, trat mit der Zuspitzung im Irak-Konflikt auch die Friedensbewegung wieder in den Vordergrund. „Höhepunkt“ waren dabei sicherlich die weltweiten Demonstrationen am 15. Februar 2003 mit mehreren Millionen Menschen, die gegen den drohenden Krieg und die Politik der Regierung von George W. Bush auf die Straße gingen. Die Proteste kamen dabei mitten aus der Gesellschaft. 20

Friedensbewegung und globalisierungskritische Bewegung haben sich in den letzten Jahren verstärkt vernetzt. Dies hat nicht nur mit personellen Überschneidungen zu tun, sondern vor allem mit thematischen. Globalisierung und Krieg sind ohne einander nicht zu denken, heute weniger denn je. Schon allein diese Feststellung macht ein gemeinsames Agieren notwendig. 30

„... dabei scheint es allzu leicht, einen eigenen Platz zu finden, diesen Wahnsinn zu vergessen inmitten guter Menschen. Doch der Alltag macht uns platt, mit jedem neuen Tag. Das sind felsenharte Zeiten. Das ist die Oper der Verrückten. Nach jabrelanger Verschwendung ist das Reality in Echtzeit. Das ist das ganz normale Leben – so passiert das jetzt eben. (...) Denn manchmal frag ich mich, wer bin ich hier. Was mach ich hier und wofür?“
(Virginia Jetzt!) 35

..... 40

5. Jusos als Teil der Bewegung

Wir Jusos sind ohne Einschränkung Teil der neuen sozialen Bewegungen. Die Jusos waren dabei, als Attac in Deutschland gegründet wurde und die Jusos gehörten zum Trägerkreis der Friedensdemonstrationen am 15. Februar 2003. Als am 3. April 2003 tausende Demonstranten in europäischen Hauptstädten auf die Straße gingen und für ein soziales Europa demonstrierten, riefen die Jusos zur Teilnahme an den Veranstaltungen auf und waren zahlreich vertreten. Die Forderungen nach gerechter Globalisierung, Frieden und einem sozialen Europa stehen auch bei den Jusos oben auf der Agenda.

Mit der Doppelstrategie verfolgen die Jusos das Ziel, als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft/Bewegung und Partei zu agieren. Auch in der Gewerkschaftsbewegung wollen wir Jusos stark verankert sein. Je stärker der gesellschaftliche Druck für eine sozialgerechte Politik ist, desto mehr Stärke haben Jusos in der Partei für eine solche Politik zu agieren. Gleichzeitig gilt es im zivilgesellschaftlichen Raum deutlich zu machen, dass die SPD für eine bessere Politik gebraucht.

Zweifelsohne: Die globalisierungskritischen Bewegungen und die Friedensbewegung haben in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung erfahren. In vielen Bereichen konnten wir die Stärke der Bewegung nutzen, um innerhalb der SPD stärker von links in die Debatte einzugreifen. Jusos haben in ihrer strategischen Ausrichtung dabei stets ihre Doppelrolle als Jugendorganisation der SPD und Teil der sozialen Bewegung betont. Unsere Aufgabe ist es, Ideen der sozialen Bewegung in der Partei stark zu machen und gewonnene Stärke der sozialen Bewegungen für unsere Schlagkraft innerhalb der Partei zu nutzen. Gleichzeitig müssen wir innerhalb der Bewegung klar machen, dass es keine politische Konstellation ohne die Sozialdemokratie gibt, die eine sozial gerechte Politik gestalten kann.

Auch innerhalb unserer internationalen Organisation der International Union auf Socialist Youth (IUSY) waren es vor allem die Jusos, die die Doppelstrategie und das Zugehen auf die sozialen Bewegungen verankerten und aktiv förderten. Bei zu vielen Partnerorganisationen herrschte noch die einseitige Parteifixierung.

*„Volksparteien Mittelspur Abgrenzung im Notfall nur zur Fönfrisur
Börsengang Abgesang mitgehangen mitgefangen alle bange
Dotcomsterben doch nichts erben Brot erwerben Traum in Scherben –
weiter werben
Und ein müdes Model zählt voll Frust die Haare auf der Heldenbrust –
wieder keine Lust (...)
Hat irgendwer gesagt, es wäre Zeit für Helden?
Wir kommen um die anderen Helden abzumelden.“
(Heldenzeit, Wir sind Helden)*

6. Strategisches Dilemma der Bewegungen?

Schon auf dem Weltsozialforum 2004 in Mumbai (Indien) an dem die Jusos mit einer Delegation teilnahmen, war deutlich zu merken, dass viele Mitglieder der neuen sozialen Bewegungen gewillt sind, die strategische Frage zentraler in die eigene Diskussion zu rücken und vermehrt konkreten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Der Mangel an zielgerichteten Diskussionen wurde häufig beklagt. Man will nicht mehr ausschließlich als „Negativkoalition“ wahrgenommen werden, sondern auch politische Alternativen jenseits der Vision anzubieten.

Der tagespolitischen Intervention steht allerdings die Spannbreite innerhalb der sozialen Bewegungen und die Ausklammerung von wichtigen politischen und strategischen Detailfragen, die in den Anfangsjahren nützlich war, um einen hohen Einfluss zu erreichen, entgegen. Immanuel Wallerstein hat den momentanen Zustand der neuen sozialen Bewegungen als „Sehnsucht nach politischen Einfluss“ beschrieben.

Gruppen wie Attac orientieren daher zunehmend auf innenpolitische Themen. Mit dem Konzept einer „Einfachsteuer“, dass Attac gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vorgelegt hat, wurde Neuland betreten, in dem man konzeptionell Ziele benennt. Diese Neuausrichtung der Strategie wird allerdings auch bei vielen – eher radikaleren Gruppen – durchaus kritisch gesehen und könnte schon bald zu einer Zerreißprobe der globalisierungskritischen Bewegung werden.

Die Diskussion um eine neue Linkspartei verdeutlicht ebenfalls die „Sehnsucht nach politischem Einfluss“. Zwar konnte die Bewegung Themen auf die Agenda setzen und somit Erfolge erzielen. Im tagespolitischen Geschäft blieben die Forderungen allerdings unerhört und die soziale Schieflage wurde weiter verschärft. Die Montagsdemonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung unter dem Schlagwort „HartzIV“ haben zwar kurzzeitig für eine hohe Mobilisierung und ein massenmediales Spektakel gesorgt, sind aber politisch wahrscheinlich ohne konkrete Auswirkung geblieben. Dies soll nicht als Vorwurf verstanden werden, vielmehr zeigt es eine Situation, in der sich auch die Jusos befinden. Es gilt die Frage zu beantworten, wie eine erfolgreiche Strategie aussehen kann, um linke Position in der Tagespolitik zu verankern und dabei gleichzeitig den langfristigen Diskurs mitzubestimmen.

Wir Jusos haben die strategische Herausforderung mit der Doppelstrategie beantwortet. Die neuen sozialen Bewegungen befinden sich momentan ebenfalls auf der Suche nach einer Antwort auf ihr strategisches Dilemma. Klar ist: Die Bewegung darf sich nicht von Parteien vereinnahmen lassen, hierdurch würden sie erheblich an Schlagkraft verlieren. Man sollte allerdings auch niemals vergessen, dass Parteien potentieller Partner sind. Politik kann nicht effektiv geschehen, wenn sie losgelöst ist vom parlamentarischen Prozess. Zudem sollte ebenfalls klar sein, dass Parteien heterogen sind und es dort unterschiedliche Kräfte gibt.

..... 1

..... 5

..... 10

..... 15

..... 20

..... 25

..... 30

..... 35

..... 40

7. Herausforderung „Neue soziale Bewegung“

Von sozialen Bewegungen kann man wunderbar lernen, was das Eingehen auf Umbrüche der politischen Arbeit angeht. Warum schaffen es die neuen sozialen Bewegungen massiv junge Leute für ihre Arbeit zu gewinnen? Die Projektarbeit und die zeitliche Übersicht des Engagements scheinen zwei der wesentlichen Punkte zu sein, die junge Menschen reizen, sich zu engagieren. Gleichzeitig bieten die Bewegungen eine weitestgehend hierarchiefreie Diskussion. Parteien haben eine andere Funktion und werden so etwas nie haargenau umsetzen können. Nachdenken sollte man trotzdem, wie man Elemente dieser Arbeit übernehmen kann.

Wichtiger als das organisationspolitische Lernen von den neuen sozialen Bewegungen ist aber die Frage, wie man künftig intensiver kooperieren kann, um eine bessere Politik durchzusetzen. Die neuen sozialen Bewegungen sind gesellschaftspolitisch nicht nur wichtig, sondern auch notwendig zur Formulierung linker Politik in Deutschland. Gleichzeitig müssen die VertreterInnen der sozialen Bewegungen verstärkter erkennen, dass sie Partner in den Parteien brauchen, um ihre politischen Forderungen voranzubringen. Dies heißt nicht selbst Partei zu werden oder sich in Abhängigkeit zu Parteien zu begeben. Im Gegenteil: Die Bewegung lebt und wird nur überleben wenn die Vielfältigkeit und Kreativität, der visionäre Blick und die Offenheit bewahrt bleiben. Das strategische Verständnis, gemeinsam mit Partner in Parteien zu agieren, sollte allerdings stärker geprägt werden. Ein ernsthaftes Interesse an einem Regierungswechsel kann man nicht haben. Es muss um einen Politikwechsel gehen, hierfür müssen gesellschaftlich und innerparteilich die Kräfteverhältnisse verändert werden. Dies geht nur mit verstärkter Kooperation linker Kräfte und dem Eingeständnis, dass unterschiedliche Rollen und Strategien vorliegen. Unsere Rolle ist die als Jugendorganisation der SPD einerseits und die als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband andererseits.

Aber auch die SPD muss sich fragen, welche Veränderungen ihrer Strategie sie gegenüber sozialen Bewegungen vornimmt. Die Sozialdemokratie ist selbst aus einer emanzipativen Idee heraus entstanden. Klar ist auch, dass man keine Ziele verfolgt, die sich grundsätzlich gegenüberstehen. Die SPD muss den sozialen Bewegungen deutlich offener gegenüber treten und sie bei aller kritischen Distanz als Dialogpartner begreifen. Dies müsste dann in der Konsequenz auch bedeuten, Events wie das Europäische Sozialforum und das Weltsozialforum ernst zunehmen und ebenso wie andere sozialdemokratische Parteien Delegationen dorthin zu entsenden, die ernsthaft die Diskussion mit den Bewegungen suchen.

Mit der Doppelstrategie verfolgen wir einen Spagat, der nicht immer einfach, allerdings zwingend nötig ist, um nachhaltig auf Prozesse in der Politik Einfluss nehmen zu können. Die Jusos werden weiterhin versuchen, Brücken zwischen beiden Seiten zu bauen. Dies ist unsere Ausgabe, wenn wir politische Erfolge erreichen werden.

Literatur:

<i>Rucht, Dieter: Anstöße für den Wandel – Soziale Bewegungen im 21. Jahrhundert, Vortrag im Rahmen der Gründungsveranstaltung für „Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen“, 2. März 2002</i> 1
<i>Huber, Jakob: „Frischer Wind in der politischen Arena: neue soziale Bewegungen“, in: Diskurs – Positionen sind gefragt, Seite 121-141</i> 5
 10
 15
 20
 25
 30
 35
 40

Herausforderungen für die Zukunft der Jusos

Von Niels Annen

Niels Annen war von 2001 bis Mitte 2004 Bundesvorsitzender der Jusos und lebt in Hamburg

„Kümmert euch um Europa!“, hat Franz Müntefering den zu einer Festveranstaltung versammelten Jusos zugerufen. Und verschmitzt hinzugefügt, „Gerd und ich fühlen uns noch jung“. An diese Anekdote musste ich unwillkürlich denken, als ich die Arbeit für diesen Artikel begann. Sollte Franz Müntefering bei seinem ebenso amüsanten wie launigen Redebeitrag die stille Hoffnung geleitet haben, die Jusos würden sich allein auf ein Themengebiet konzentrieren, so wird er schnell eingesehen haben, dass dies gar nicht im Interesse der Partei liegen kann.

Im hundertsten Jahr der Arbeiterjugendbewegung sind die Jusos ein lebendiger und handlungsfähiger Verband. Und was vor allem Mut macht: Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes ein „Jugendverband“. Trotz der anhaltenden Krise der SPD sind allein im Jahr 2003 44% der in die SPD neu eingetretenen im Juso-Alter gewesen. In keiner anderen Arbeitsgemeinschaft engagieren sich so viele Neumitglieder. Das ausgehende Jahr war ohne Zweifel nicht ohne Bedeutung für die Jusos. Mit der 100-Jahrfeier im Mai beging der Verband ein wichtiges Jubiläum und nutzte diese Gelegenheit, sich als ebenso geschichts- wie selbstbewusster Verband zu präsentieren. Bereits auf dem kurz darauf folgenden Bundeskongress gelang den Jusos – denen viele Beobachter schon dauerhaft den Stempel „zerstritten“ aufdrücken wollten – mit der Wahl von Björn Böhning der erste einvernehmliche Generationenwechsel seit Jahren. Ein Generationenwechsel übrigens, der sich nicht nur auf die Führung des Verbandes beschränkt. Die Anwesenheit der Parteispitze auf beiden Veranstaltungen signalisierte: „Wir nehmen Euch wieder Ernst!“. Und dennoch: Trotz der gemeinsam errungenen Erfolge gibt es für die Jusos keinen Anlass sich auszuruhen. Dafür ist die Liste der anstehenden Aufgaben zu groß. Denn trotz aller Konsolidierung des Verbandes geht die Krise der SPD auch an den Jusos nicht spurlos vorüber. Die Anzahl der Neueintritte ist zwar wie gesagt erfreulich hoch, im Vergleich zu weniger turbulenten Jahren aber immer noch zu niedrig – und die demographische Struktur des Verbandes wird dazu führen, dass die Jusos auch weiterhin Mitglieder verlieren werden. Ob sich diese Verluste allerdings auch auf die politische Handlungsfähigkeit auswirken werden oder ob es auch in Zukunft gelingt, mehr Aktive zu rekrutieren, wird nicht zuletzt von den Jusos selbst abhängen.

Mit den Konsequenzen aus der Austrittswelle der vergangenen Monate, Reformvorschläge für die Partei und der Frage, wie die SPD eine lebendige Mitgliederpartei bleiben kann, beschäftigt sich seit einigen Monaten eine Kommission des SPD-Partei Vorstandes unter der Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Kurt Beck. Die

Jusos können in die Arbeit dieser Kommission meiner Meinung nach viel Organisations- 1
 erfahrung mit einbringen. Das gilt für den seit einigen Jahren laufenden Modellversuch,
 „Juso-Mitglieder“ (oder wie es im Funktionärskauderwelsch heißt, „Nichtmitglieder mit
 Teilrechten“) in den Verband zu integrieren ebenso wie für die Erfahrungen in der Ziel-
 gruppenansprache aus den vergangenen Wahlkämpfen. In vielen Fragen haben insbes- 5
 ondere die Jusos die Möglichkeit, in gewisser Weise als „Versuchslabor“ neue Ideen aus-
 zuprobieren und mit der Kreativität und Erfahrung ihrer Mitglieder im eigenen Lebens-
 umfeld der Partei wichtige Hinweise und Impulse zu geben.

Eine gründliche Evaluation der Zielgruppenarbeit der SPD ist dringend not- 10
 wendig und erste Schritte sind im Rahmen der Arbeit der schon genannten Beck-Kom-
 mission bereits eingeleitet worden. Ich denke, dass für die JungsozialistInnen eine vor-
 dringliche Aufgabe darin bestehen wird, rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2006 die
 Jugendwahlkämpfe des „Superwahljahres“ 2004 und der vergangenen Wahlkämpfe ins-
 gesamt auszuwerten. Viele Instrumente der letzten Jahre waren erfolgreich. Das gilt ins-
 besondere für die im Verband gemeinsam entwickelte Strategie für den Wahlkampf 2002, 15
 in dem die Vermittlung der Juso-Programmatik mit einer Aktionsorientierung verknüpft
 wurde. Die Mühe, die Bezirke und Landesverbände in die Planungen für den Bundes-
 tagswahlkampf zu integrieren, hat sich ausgezahlt. Der Aufbau von jungen Teams, die
 überall im Land von Juso-Unterbezirken organisiert wurden, hat innerhalb der Partei
 und der Öffentlichkeit einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Aber Wahlkämpfe sind 20
 nichts Statisches und der Europawahlkampf hat auf dramatische Weise deutlich gemacht,
 dass es für sie keine „Dr.-Oetker-Geling-Garantie“ gibt. Die Stimmung im Land hat sich
 zum Teil dramatisch verändert und die SPD wird ebenso wie ihre Jugendorganisation
 eine Antwort darauf finden müssen – politisch und organisatorisch. Aus meiner Sicht
 darf es dabei keine Tabus und Erbhöfe geben. Gefragt ist eine adäquate Aktionsform. Ich 25
 bin sicher nicht der einzige, der auf die Antwort der Jusos auf diese Herausforderung
 gespannt ist.

Dies gilt auch für die Bündnispolitik. Die eindeutige Haltung der Jusos, z.B. in 30
 der Auseinandersetzung mit der Agenda 2010, aber auch in vielen anderen politischen
 Grundsatzfragen hat den Jusos bis heute Gesprächs- und Dialogmöglichkeiten erschlos-
 sen, die der Mutterpartei nicht so ohne weiteres zur Verfügung stehen. Diese „klassische“
 Funktion der Jusos gilt es aus meiner Sicht zu pflegen und auszubauen – zum beider-
 seitigen Vorteil. Denn nur wenn die Jusos bis weit hinein in das linke politische Spek-
 trum gesprächsfähig bleiben, bleibt es letztlich auch die Sozialdemokratie als ganzes. Das 35
 bedeutet keinesfalls den Partnern nach dem Mund zu reden, aber es bedeutet im besten
 Brandtschen Sinne „auf der Höhe der Zeit“ zu sein. Mein Eindruck ist, dass es insbeson-
 dere in der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend eine mehr als positive Ent-
 wicklung zu beschreiben gibt. Die jahrelange Zusammenarbeit in der Frage der Ausbil-
 dung und der gemeinsame Kampf für eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe sind in 40

1 diesem Zusammenhang zu nennen. Auch die Präsenz der Jusos im Programm des zentralen Protesttages des DGB unterstreicht diesen Befund. Aber auch in Bezug auf das Bündnis mit den Gewerkschaften wird es in Zukunft noch einige Hürden zu meistern geben. Viele Gewerkschafter haben sich in den vergangenen Jahren enttäuscht von der Sozialdemokratie abgewandt. Viele von ihnen vermutlich für immer. Und nicht immer ist es einfach für Jusos, ihre eigenständige Position innerhalb der SPD gegenüber den Gewerkschaftskollegen klar zu machen. So mancher Genosse und so manche Genossin musste die nicht immer angenehme Erfahrung machen für eine Politik in Haftung genommen zu werden, gegen die man selber gerade noch angekämpft hatte. Und nicht zuletzt innerhalb der Jugend ist es heute keinesfalls mehr selbstverständlich, dass man als Juso bei den Gewerkschaften der DGB-Jugend auf sozialdemokratische Funktionäre stößt. Darauf muss sich eine moderne Juso-Politik einstellen.

5
10
15 Aber natürlich geht es bei weitem nicht nur um Organisationspolitik. Die Jusos – das ist meine feste Überzeugung – werden nur als profilierter, linker Jugendverband weiterhin erfolgreich sein. Auseinandersetzungen mit der Partei über den richtigen Weg werden auch in Zukunft mit zum Alltag gehören. Aber: Die Jusos müssen dabei ihren eigenen Weg gehen, der sich weder an den nostalgischen Erinnerungen einiger in Regierun-
20 gungämtern aufgestiegener Ex-Jusos noch an kurzfristigen Schlagzeilen orientieren sollte. Die Ausdrucksformen der Jugendlichen in diesem Land haben sich mindestens ebenso radikal wie die Presse- und Medienberichterstattung über das politische Geschehen in Deutschland verändert. Glaubwürdig werden Jusos immer dann wahrgenommen, wenn sie ihre Anliegen authentisch vortragen und dabei inmitten ihrer eigenen Generation agieren. Schon deshalb darf der SPD-Nachwuchs den SPD-Senioren nicht die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm überlassen. Denn dafür steht zu viel auf dem Spiel. Die
25 Jusos werden nicht nur als „linkes Korrektiv“ gebraucht – das sicher auch – sie werden aber vor allem deshalb gebraucht, weil sie vermutlich die einzige organisierte Kraft innerhalb der Partei sind, die die Lebenswirklichkeiten der Jugend nicht nur aus dem Fernsehen und der jährlichen Lektüre der Shell-Studie kennt. Das neue Grundsatzprogramm wird u.a. die Frage beantworten müssen, wie die Sozialdemokratie in Zukunft flexible Lebensentwürfe solidarisch absichern will. Dies wird, bei allem Respekt, sicher nicht von den Autoren des alten Grundsatzprogramms hinreichend geleistet werden können.

30 In den nächsten Monaten fallen innerhalb der SPD einige wichtige Entscheidungen. Die Debatte um die Ausgestaltung des Konzeptes der Bürgerversicherung geht in die entscheidende Runde, die Kommission zur Erarbeitung eines neuen Grundsatz-
35 programms setzt ihre Beratungen fort und in der von den Jusos auf Bundes- und Landesebene getragenen Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht steht spätestens auf dem Parteitag im Herbst 2005 eine Entscheidung an. Allein diese unvollständige Aufzählung zeigt, dass die Stimme der Jusos gebraucht wird. Machen wir uns nichts vor: Hinter den Kulissen machen sich bereits heute viele Kräfte innerhalb der Partei Gedanken um
40

die Grundzüge des Wahlkampfes 2006. Die Voraussetzungen für diese Debatte – und damit die Voraussetzungen für die grundlegende Diskussion über das zukünftige Profil der SPD – zeichnen sich bereits ab. Da wird die Idee in die Welt gesetzt, „Eigenverantwortung“ als gleichberechtigten Grundwert ins Grundsatzprogramm aufzunehmen, den „Demokratischen Sozialismus“ zu streichen oder die Rolle des Staates „kritisch zu hinterfragen“. Um als Parteilinke rechtzeitig mit einer klaren Vorstellung in diese Auseinandersetzungen gehen zu können brauchen wir die Jusos. Die Debatte um die Bürgerversicherung hat es gezeigt: Als Idee von der Linken entwickelt und eingebracht, sind wir mit unserer Position inzwischen ins Zentrum der Partei gerückt. Ohne die programmatischen Impulse und die politische Unterstützung der Jusos bei zahlreichen Debatten und auf ungezählten Parteitag	1
	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40

Impressum:

Herausgeber:

... Bundesverband der Jungsozialistinnen und
... Jungsozialisten in der SPD

Verantwortlich:

... Björn Böhning und Tanja Hofmann

Redaktion:

... Kai Burmeister, Thilo Scholle, Antje Trosien
... und Susanne Wagner

Redaktionsanschrift:

... Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin
... Tel: 030-25991-366, Fax: 030-25991-415
... <http://www.jusos.de>

Fotos:

... AdsD, J.H. Darchingner und Nicole Maskus

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.*

Verlag:

... Eigenverlag

Konzeption/Gestaltung:

... Corporate Werbeagentur, Münster

Gesamtherstellung:

... Druckhaus Dresden GmbH

Postvertriebsstück G 61797

Gebühr bezahlt



Bei Unzustellbarkeit wegen Adressenänderung erfolgt die Rücksendung an den Herausgeber unter Angabe der gültigen Empfängeranschrift.

Juso-Bundesverband
Willy-Brandt-Haus
10911 Berlin

November 2004

Gefördert aus Mitteln des Bundesjugendplanes